



# Pflegevorsorge in Gemeinden

**Ulrike Famira-Mühlberger**

---

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Brunner,  
Stefan Weingärtner

Juni 2020

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

# Pflegevorsorge in Gemeinden

Ulrike Famira-Mühlberger

Juni 2020

---

**Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung**

**Im Auftrag von SeneCura Kliniken- und HeimebetriebsgmbH und Österreichischem Gemeindebund**

Begutachtung: Matthias Firgo

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Brunner, Stefan Weingärtner

Aufgrund der demographischen Entwicklung steht die Organisation der Pflegevorsorge in den Gemeinden vor großen Herausforderungen. Auf Basis einer Befragung von Gemeinden präsentiert die vorliegende Studie die aktuelle Situation der Pflegevorsorge in den Gemeinden und einen Ausblick auf die Zukunft aus Gemeindesicht, um daraus pflegepolitische Handlungsspielräume abzustecken. Die Gemeinden profitieren demnach aus den Bedarfs- und Entwicklungsplänen der Länder nur wenig, obwohl sie die Entwicklung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen befürworten. Zuspruch findet auch die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion. Der regionale Ausbau des Pflegeversorgungssystems muss systematisch erfolgen, da sich auch nach Sicht der Gemeinden das Pflegepotential der Familie künftig verringern und die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigen wird. Gemeinden setzen auf den Ausbau aller Arten von Pflegedienstleistungen mit Schwerpunkt auf dem Ausbau von betreutem oder betreubarem Wohnen und mobilen Diensten, aber auch von stationären und teilstationären Diensten (mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern). Der zu erwartende Anstieg der Nachfrage nach stationärer Pflege kann durch den Ausbau und die Förderung von Alternativen verzögert und abgeschwächt, jedoch nicht verhindert werden. Die Gemeinden sehen – neben der Finanzierungsfrage – im drohenden Arbeitskräftemangel im Pflegesektor eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft.

2020/212-1/S/WIFO-Projektnummer: 12919

© 2020 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • <https://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66284>

# Pflegevorsorge in Gemeinden

Ulrike Famira-Mühlberger

## Inhaltsverzeichnis

<b>Verzeichnis der Abbildungen</b>	<b>II</b>
<b>Verzeichnis der Übersichten</b>	<b>III</b>
<b>Verzeichnis der ergänzenden Übersichten im Anhang</b>	<b>III</b>
<b>Executive Summary</b>	<b>IV</b>
<b>1. Hintergrund und Ziele der Studie</b>	<b>1</b>
<b>2. Das österreichische System der Pflegevorsorge</b>	<b>4</b>
2.1 Die Langzeitpflege in Österreich	4
2.2 Zur Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Pflegedienstleistungen	6
2.3 Eine Einschätzung des Effekts der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege	7
<b>3. Befragung von Gemeinden: Vorgangsweise und Datenbeschreibung</b>	<b>8</b>
3.1 Befragung von Gemeinden	8
3.2 Datenbasis	9
<b>4. Pflegevorsorge in Gemeinden: Ergebnisse einer Befragung</b>	<b>11</b>
4.1 Zur Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden	11
4.2 Die Rolle der stationären Pflegeeinrichtungen	13
4.3 Zur Information der Pflegenachfrage in den Gemeinden	16
4.4 Zur Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in den Gemeinden	21
4.5 Die Rolle der 24-Stunden-Betreuung in den Gemeinden	23
4.6 Strategien und Herausforderungen	26
<b>5. Schlussfolgerungen und pflegepolitische Handlungsspielräume</b>	<b>39</b>
5.1 Hauptergebnisse der Studie	39
5.2 Pflegepolitische Handlungsspielräume	42
<b>Literatur</b>	<b>44</b>
<b>Anhang</b>	<b>45</b>
Anhang 1: Ergänzende Übersichten	45
Anhang 2: Fragebogen für Gemeindebefragung	64

## Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Entwicklung der Anzahl der Personen im Alter von 85 und mehr Jahren bis 2050	1
Abbildung 2: (Nicht-)Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen durch Pflegegeldbeziehende	4
Abbildung 3: Verteilung der öffentlichen Nettoausgaben für Pflegegeld, Pflegedienstleistungen und Förderung der 24-Stunden-Betreuung	5
Abbildung 4: Entwicklung der realen Ausgabenpfade	7
Abbildung 5: Einschätzung der ökonomischen Kosten der Abschaffung des Eigenregresses	8
Abbildung 6: Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden	11
Abbildung 7: Weitere Pflegeinfrastrukturen	12
Abbildung 8: Organisatorische Hilfestellungen durch die Gemeinde bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit	12
Abbildung 9: Weitere organisatorische Hilfestellungen bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit	13
Abbildung 10: Funktionen (teil-)stationärer Einrichtungen	14
Abbildung 11: Weitere Funktionen (teil-)stationärer Einrichtungen	15
Abbildung 12: Kooperation zwischen (teil-)stationären Einrichtungen und mobilen Diensten	15
Abbildung 13: Informationsbezug über gegenwärtige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen	16
Abbildung 14: Weitere Informationsquellen zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen	17
Abbildung 15: Informationsbezug über zukünftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen	17
Abbildung 16: Weitere Informationsquellen zur zukünftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen	18
Abbildung 17: Systematische Erhebung der Informationen zur zukünftigen Nachfrage nach Pflege	19
Abbildung 18: Ausgestaltung eines optimalen Informationssystems zum zukünftigen Pflege- und Betreuungsbedarf	20
Abbildung 19: Weitere Ausgestaltungen eines optimalen Informationssystems zum zukünftigen Pflege- und Betreuungsbedarfs	20
Abbildung 20: Derzeitige und zukünftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung	22
Abbildung 21: Derzeitige Leistungsfähigkeit informeller Pflege	22
Abbildung 22: Inanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung	24
Abbildung 23: Häufige Inanspruchnahme von 24-Stunden-Betreuung	24
Abbildung 24: Qualitätsprobleme mit der 24-Stunden-Betreuung	25
Abbildung 25: Sehr oder (eher) wichtige Strategien, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	26
Abbildung 26: Relevanz des Ausbaus stationärer Pflegeeinrichtungen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	27
Abbildung 27: Relevanz des Ausbaus teilstationärer Pflegeeinrichtungen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	28
Abbildung 28: Relevanz des Ausbaus von betreutem/betreubarem Wohnen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	28
Abbildung 29: Relevanz des Ausbaus mobiler Dienste, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	29
Abbildung 30: Relevanz des Ausbaus institutionalisierter Nachbarschaftshilfe (z. B. Ehrenamt), um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	30
Abbildung 31: Relevanz des Ausbaus von Vernetzung verschiedener Dienstleister bzw. einer integrierten Versorgungsstruktur, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben	30
Abbildung 32: Weitere Strategien zum Ausbau des Pflegesystems	31
Abbildung 33: Gemeinde sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung vermehrt Pflegedienste...	32
Abbildung 34: Gemeinde sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung vermehrt Pflegedienste...	33
Abbildung 35: Sehr oder (eher) wichtige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung	33
Abbildung 36: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Finanzierung des Pflegesystems	34
Abbildung 37: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Ausreichend Pflegepersonal zu finden	35

Abbildung 38: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen zu können	35
Abbildung 39: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Bessere Information zumöglichen Pflegeunterstützungsleistungen für betroffene Familien	36
Abbildung 40: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen zu verbessern	37
Abbildung 41: Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Familiäre Unterstützung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten	38

## Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Stichprobe der Befragung	9
Übersicht 2: Beantwortete Fragebögen	10

## Verzeichnis der ergänzenden Übersichten im Anhang

Übersicht A 1: Welche Pflegeinfrastrukturen sind in Ihrer Gemeinde vorzufinden? – Frage 1	45
Übersicht A 2: Führt die Gemeinde die stationäre Einrichtung selbst? – Frage 1a	45
Übersicht A 3: Welche organisatorischen Hilfestellungen stehen Ihren pflegebedürftigen GemeindebürgerInnen bzw. deren Familien im Falle des Eintritts von Pflegebedürftigkeit zur Verfügung? – Frage 5	46
Übersicht A 4: Falls in Ihrer Gemeinde (zumindest) eine (teil-)stationäre Pflegeeinrichtung vorzufinden ist: Welche Funktion(en) erfüllt/erfüllen diese in Ihrer Gemeinde? – Frage 2	47
Übersicht A 5: Kooperationen zwischen mobilen und (teil-)stationären Pflegedienstleistern – Fragen 3 und 4	48
Übersicht A 6: Wie bezieht die Gemeinde die Information zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen? – Frage 6	49
Übersicht A 7: Wie bezieht die Gemeinde die Information zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen? – Frage 8	50
Übersicht A 8: Erhebt Ihre Gemeinde systematisch Information zur künftigen Nachfrage nach Pflege? – Frage 7	51
Übersicht A 9: Wie könnte ein optimales Informationssystem ausgestaltet sein, damit Ihre Gemeinde frühzeitig Kenntnis darüber hat, wie viele GemeindebürgerInnen betreuungs- und pflegebedürftig werden könnten in den nächsten drei Jahren? – Frage 9	52
Übersicht A 10: Wie schätzen Sie die derzeitige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde ein? – Frage 11	53
Übersicht A 11: Wie schätzen Sie die künftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde ein? – Frage 12	53
Übersicht A 12: Derzeitige Leistungsfähigkeit informeller Pflege meist oder eher ausreichend	54
Übersicht A 13: Welche Rolle spielt die 24-Stunden-Betreuung in Ihrer Gemeinde? – Frage 13	54
Übersicht A 14: Häufige Inanspruchnahme von 24-Stunden-Betreuung	55
Übersicht A 15: Gibt es in Ihrer Gemeinde Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung? – Frage 13a	55
Übersicht A 16: Welche Strategien verfolgt Ihre Gemeinde um einen Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben angesichts der demographischen Entwicklung? – Frage 10	56
Übersicht A 17: Sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung die Gemeinde vermehrt Pflegedienste... – Frage 14	59
Übersicht A 18: Zur zukünftigen Bedarfsdeckung soll die Gemeinde vermehrt Pflegedienste...	60
Übersicht A 19: Was sind mittelfristig die größten Herausforderungen aus Sicht Ihrer Gemeinde im Bereich der Pflegeversorgung? – Frage 15	61

## Executive Summary

Gemeinden werden künftig mit einem deutlichen demographischen und gesellschaftlichen Wandel konfrontiert sein, der mit starken Effekten auf die Pflegevorsorge in den Gemeinden verbunden ist. Die Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen wird aufgrund der steigenden Zahl an älteren und hochaltrigen Menschen und eines gleichzeitigen Rückgangs des informellen Pflegepotenzials zunehmen. In allen Bundesländern steigt in den nächsten drei Jahrzehnten die Anzahl der hochaltrigen Personen im Alter von 85 und mehr Jahren um das Zweieinhalb bis Dreifache, wobei die Entwicklung regional recht unterschiedlich ist, mit einer tendenziell stärkeren Alterung im Westen Österreichs. Vor diesem Hintergrund setzt sich die vorliegende Studie das Ziel, auf Basis einer Befragung von Gemeinden die aktuelle Situation der Pflegeversorgung in den Gemeinden sowie einen Ausblick auf die Zukunft aus Gemeindesicht zu geben, um daraus pflegepolitische Handlungsspielräume abzustecken.

Das österreichische System der Langzeitpflege ist durch einen hohen Stellenwert der Angehörigenpflege (Nagl-Cupal et al., 2018) und – im europäischen Vergleich – unterdurchschnittliche öffentliche Ausgaben (in Relation zum BIP) für stationäre und mobile Pflege gekennzeichnet. Die Organisation der Sachleistungen ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt. Bundesländer-spezifische Muster werden daher auch in der Einschätzung der Pflegeversorgung in den Gemeinden sichtbar.

Aktuelle Projektionen über die Nachfrage und die Kosten der Pflegedienste für die öffentlichen Haushalte zeigen markante Anstiege in den kommenden Jahren (Klien et al., 2020). Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung wie auch einer sich verbessernden gesundheitlichen Situation älterer Menschen, eines Rückgangs der informellen Pflege und Kostensteigerungen im Pflegesektor, zeigen die Projektionen eine deutliche Steigerung der Nachfrage und der Finanzaufwände für Pflegedienstleistungen. Die Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für Pflege- und Betreuungsdienste nehmen den Projektionen zufolge zwischen 2018 und 2030 um real 77% zu. Der reale Anstieg der Ausgaben für das Pflegegeld wird im gleichen Zeitraum auf 25% geschätzt. Der ökonomische Effekt der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege wird für das Jahr 2018 auf rund 273 Mio. € geschätzt – im Jahr 2030 wird dieser Betrag auf 596 Mio. € geschätzt (nominell).

An der online-Befragung zur Pflegevorsorge in den Gemeinden im Rahmen des vorliegenden Projekts haben 649 Gemeinden aus allen Bundesländern (ohne Wien) bzw. 31% aller Gemeinden in Österreich teilgenommen (von 23% in Vorarlberg bis 46% in Oberösterreich; größere Gemeinden waren eher zur Teilnahme bereit als kleinere). Die wesentlichen Ergebnisse der Befragung lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Pflegeinfrastruktur in den an der Befragung teilgenommenen Gemeinden zeigen große Unterschiede. Mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung weisen die flächendeckendste Verbreitung auf. Stationäre Einrichtungen sind in Gemeinden in Salzburg, Vorarlberg, Tirol und der Steiermark häufiger vorzufinden als in den Gemeinden der anderen Bundesländer. Organisatorische Hilfestellungen von Gemeinden bei Pflegebedürftigkeit werden vor allem durch Informations- und Beratungsleistungen zur Verfügung gestellt.

- Stationäre bzw. teilstationäre Pflegeeinrichtungen erfüllen nicht nur eine Versorgungsfunktion, sondern vor allem in den Gemeinden der westlichen Bundesländer auch die Funktionen eines sozialen Treffpunkts, eines Stützpunktes für andere Pflegedienstleistungen und der Kurzzeitpflege. Die Kooperation zwischen (teil-)stationären Einrichtungen und mobilen Diensten ist teils recht hoch, eine Verstärkung dieser Kooperation ist jedoch breit gewünscht.
- Die Information zur Nachfrage nach Pflegeleistungen in den Gemeinden beziehen die meisten Gemeinden (außer in Vorarlberg) primär aus individuellen Nachfragen durch die Betroffenen. Auch den in der Gemeinde aktiven Pflegedienstleistern kommt hier eine Informationsrolle zu. Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder spielen insgesamt betrachtet zumeist eine untergeordnete Rolle, ebenso Informationen seitens des Bundes bzw. der Länder. Informationen über die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen werden zwar auch meist primär durch individuelle Nachfragen gewonnen – es zeigt sich jedoch, dass eine Reihe von Gemeinden in manchen Bundesländern (Kärnten, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark) angeben, gar keine Information zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu erheben. Auch für die künftige Nachfrage spielen für die meisten Gemeinden Bedarfs- und Entwicklungspläne kaum eine Rolle (mit Ausnahme von Salzburg und Vorarlberg). Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Gemeinden erhebt keine systematischen Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflege (Ausnahme: Vorarlberger Gemeinden). Ein optimales Informationssystem würde für die meisten Gemeinden eine regionale Pflegeinformationsstelle mit Monitoringfunktion bzw. die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen beinhalten.
- Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung wird in den Gemeinden der westlichen Bundesländer und im Burgenland als meist bzw. eher ausreichend eingeschätzt, die künftige Leistungsfähigkeit als wesentlich niedriger. Kleinere Gemeinden schätzen die Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung höher ein als größere Gemeinden, was auch unterschiedliche familiäre Strukturen in größeren Gemeinden reflektiert.
- Die 24-Stunden-Betreuung wird flächendeckend in allen Gemeinden in Österreich (Ausnahme: Vorarlberg) als wichtige Betreuungsform gesehen. Jedoch werden teils auch Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung sichtbar: Rund ein Viertel der Gemeinden geben an, dass es Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung gibt (Salzburg 35% bis Vorarlberg 11%).
- Angesichts der demographischen Entwicklungen verfolgen Gemeinden unterschiedliche Strategien, um den Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben. Der Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen und mobilen Diensten wird als etwas wichtiger eingeschätzt als der Ausbau von (teil-)stationären Diensten (mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern). Besonders Gemeinden in Salzburg, Tirol, der Steiermark und Vorarlberg sehen den Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen als wichtig an, während dies in Niederösterreich und im Burgenland weniger der Fall ist.

- Der Großteil der Gemeinden sieht bevorzugt Non-Profit-Organisationen als künftige Anbieter von Pflegediensten, gefolgt von privaten Unternehmen, wobei diese Angaben stark von der gegenwärtigen Organisation in den Bundesländern abhängt: So wollen Tiroler Gemeinden künftig eher selbst Pflegedienste anbieten (wie dies auch jetzt schon der Fall ist) und private Unternehmen werden eher in jenen Bundesländern genannt, die auch jetzt schon ein stärkeres Engagement von privaten Unternehmen aufweisen (wie in der Steiermark).
- Die wichtigsten Herausforderungen im Bereich der Pflegevorsorge sehen die Gemeinden vor allem in der Finanzierung des Pflegesystems sowie darin, ausreichend Personal zu finden, wie auch schon in einer Befragung aus dem Jahr 2014 (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014*).

Die Ergebnisse der Befragung in den österreichischen Gemeinden offenbaren zentrale Hindernisse für eine zukunftsorientierte Organisation der Pflegeversorgung. So verfügen die meisten Gemeinden über keine systematischen Herangehensweisen, um Informationen über den gegenwärtigen und künftigen Pflegebedarf der Bewohnerinnen und Bewohner zu erheben. Die Gemeinden können von den Bedarfs- und Entwicklungsplänen der Länder nur wenig profitieren, obwohl die Gemeinden die Entwicklung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen befürworten. Eine bessere Koordination dieser Pläne mit den Gemeinden wäre wichtig, ebenso eine stärkere Einbindung der Gemeinden bei deren Erstellung. Häufig vorgeschlagen wurde zudem die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion. Diese würden einerseits den Betroffenen eine Anlaufstelle zur Informationsbeschaffung und Hilfestellung im Pflegefall bieten und könnten andererseits auch die Entwicklung des regionalen Pflegebedarfs verfolgen. Der regionale Ausbau des Pflegeversorgungssystems sollte systematisch erfolgen, da auch die Gemeinden erkennen, dass sich das Pflegepotenzial von Familien künftig reduziert und die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigen wird.

Gemeinden setzen auf den Ausbau von allen Pflegedienstleistungen mit einer besonderen Relevanz für den Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen und mobilen Diensten, aber auch von stationären und teilstationären Diensten (mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern). *Famira-Mühlberger – Firgo (2018)* haben gezeigt, dass der zu erwartende Nachfrageanstieg in der stationären Pflege durch den Ausbau und die Förderung von Alternativen verzögert und abgeschwächt, jedoch nicht verhindert werden kann. Die 24-Stunden-Betreuung wird flächendeckend von den österreichischen Gemeinden in Anspruch genommen und ist somit ein wichtiger Baustein des österreichischen Pflegesystems. Allerdings werden von einem beträchtlichen Teil der Gemeinden Qualitätsprobleme in der 24-Stunden-Betreuung berichtet. Um die 24-Stunden-Betreuung als teilweises Substitut nicht nur von informeller Pflege, sondern auch von formalen Pflegedienstleistungen gestalten zu können, müssten einerseits die Qualitätskriterien weiter verbessert werden und andererseits das eingesetzte Personal besser geschult werden, damit auch vermehrt pflegerische Dienste übernommen werden können (*Famira-Mühlberger, 2017*).

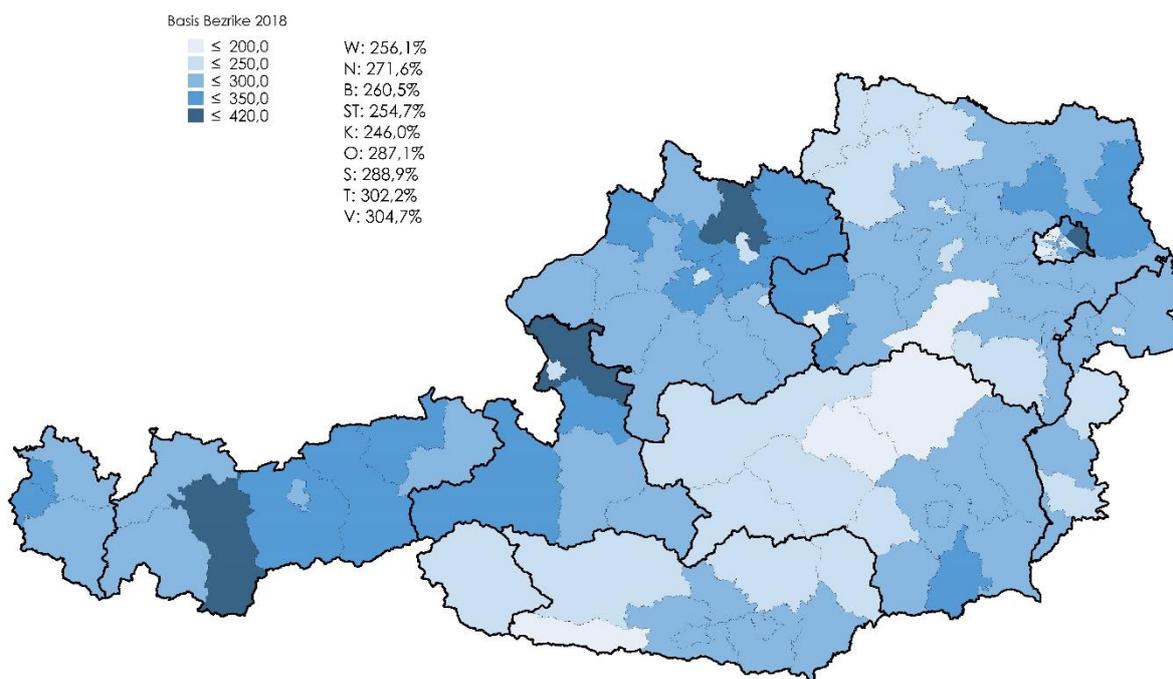
Die Gemeinden sehen neben der Finanzierungsfrage im drohenden Arbeitskräftemangel eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft des Pflegesektors. Um diesem entgegenzuwirken

ist ein Bündel an Maßnahmen nötig. Hier sind nicht nur höhere Einkommen ein wichtiger Faktor, um die Attraktivität von Pflegeberufen zu erhöhen, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen (z. B. psychosoziale Begleitung des Pflegepersonals, Reduktion der Zahl an prekären Dienstverhältnissen, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Förderung der Höherqualifizierung, Nostrifizierungen von ausländischen Abschlüssen) (Firgo – Famira-Mühlberger, 2014). In Zeiten von höherer Arbeitslosigkeit durch die COVID-19-Krise wird auch eine Förderung der Requalifizierung von arbeitslosen Personen für den Pflegebereich eine zentralere Bedeutung haben müssen.

## 1. Hintergrund und Ziele der Studie

Die österreichischen Gemeinden sind in den kommenden Jahrzehnten mit einem deutlichen Wandel der demographischen Struktur konfrontiert. Zum einen schlagen sich die steigende Lebenserwartung und die niedrigen Geburtenziffern nieder, zum anderen wird der Eintritt der Baby-Boomer-Generation der 1960er Jahre in das pensionsfähige – und später in das pflegebedürftige – Alter in den kommenden Dekaden eine große Herausforderung für viele Gemeinden darstellen. Der Anteil der 85+-Jährigen in Österreich betrug im Jahr 2018 2,5% der Bevölkerung, wird aber laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria bis 2030 voraussichtlich auf 3,5% und bis 2050 auf 6,1% ansteigen wird. Die Entwicklung ist jedoch regional sehr unterschiedlich, wie Abbildung 1 zeigt. Die westlichen Bundesländer und auf kleinräumiger Ebene die Umlandregionen der Großstädte ("Speckgürtel") erleben in den kommenden drei Jahrzehnten die größte Zunahme an Hochaltrigkeit.

Abbildung 1: **Entwicklung der Anzahl der Personen im Alter von 85 und mehr Jahren bis 2050**  
Index 2018 = 100



Q: ÖROK-Prognose 2018, WIFO-Berechnungen.

Für Gemeinden gilt es, sich auf diesen Wandel der Bevölkerungsstruktur vorzubereiten, da er mit einer sich stark erhöhenden Nachfrage nach Pflegedienstleistungen einhergehen wird. Die Herausforderungen der Organisation der Pflegevorsorge liegen aufgrund der föderalen Ausgestaltung des Systems bei den lokalen politischen Einheiten (Gemeinden, Gemeindeverbänden, Bezirken, Bundesländern). Von zentraler Bedeutung ist die Kooperation zwischen den öf-

fentlichen Einrichtungen, den Pflegedienstleistungsorganisationen und den privaten Haushalten. Es gibt daher mehrere Koordinationsachsen, die auf ihre Tauglichkeit hin untersucht werden müssen, um innovativen Ideen zur Neugestaltung Platz zu machen.

Die Daten zu den erbrachten Pflegedienstleistungen in den Bundesländern zeigen, dass der Betreuungsmix der Pflegegeldbeziehenden stark nach Bundesland variiert: So werden beispielsweise in Salzburg 40% der Pflegegeldbeziehenden der Stufen 4 bis 7 stationär betreut, in Niederösterreich nur knapp 24% (*Statistik Austria, 2019a; BMASGK, 2019*). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch im Verhältnis zwischen mobil und stationär betreuten Personen. Der politische Grundsatz "mobil vor stationär" wird in den Bundesländern unterschiedlich umgesetzt. Daraus ergeben sich auch recht unterschiedliche Realitäten für die Pflegebedürftigen in den unterschiedlichen Regionen.

Eine wesentliche Herausforderung für die Pflegevorsorge in Österreich ist die äußerst komplexe Finanzierungsstruktur mit hoher Verflechtung zwischen den Gebietskörperschaften. Nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl von Finanzströmen zwischen staatlichen Einheiten sind die Finanzierungsstrukturen der Pflege äußerst komplex, was teils zu Intransparenz, Ineffizienz und Steuerungsproblemen führt (*Grossmann – Schuster, 2017*).<sup>1)</sup> Darüber hinaus sind Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung zwischen unterschiedlichen Gebietskörperschaften verteilt – zumeist ohne einer gemeinsamen Steuerung, sodass es auch dadurch zu Fehlanreizen und Ineffizienzen kommt (*Biwald – Mitterer – Seisenbacher, 2019*).<sup>2)</sup>

Während die Auszahlung des Pflegegelds in die Kompetenz des Bundes fällt, werden Pflegedienstleistungen vorwiegend von Ländern und Gemeinden finanziert. Die finanzielle Nettobelastung der Pflegevorsorge teilte sich im Jahr 2017 folgendermaßen auf: Bund 53% (2,5 Mrd. €), Länder 23% (1,1 Mrd. €), Gemeinden 24% (1,1 Mrd. €)<sup>3)</sup> (*Biwald – Mitterer – Seisenbacher, 2019*). Es zeigen sich jedoch unterschiedliche Dynamiken dieser beiden Finanzierungsstränge, insbesondere da sich die in der Vergangenheit reale Abwertung der Pflegegeldsätze durch unregelmäßige Valorisationen unmittelbar auf die Aufwände der Länder und Gemeinden für Zuschüsse zu Pflegedienstleistungen auswirkte. Auch wenn sich diese unterschiedliche Dynamik durch die seit 2020 vorgenommene jährliche Valorisation des Pflegegelds wieder verändern wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzierung der Pflegedienstleistungen und der Sozialhilfeumlagen (Stichwort: Abschaffung des Pflegeregresses) auch künftig von einer hohen Dynamik geprägt sein werden (vgl. *Klien et al., 2020*). Einflussfaktoren der Ausgabenentwicklung der Gemeinden sind gesetzliche Maßnahmen im Bereich des Pflegefonds, Entfall des Pflegeregresses, Valorisation des Pflegegeldes, Wirksamkeit des Kostendämpfungspfades so-

---

<sup>1)</sup> Der Rechnungshof hat im Jahr 2011 aufgezeigt, dass hinter der Finanzierung eines Pflegeheimplatzes mit monatlichen Kosten von rund 3.200 € insgesamt 19 Zahlungsströme mit einem Gesamtvolumen von 10.000 € auszumachen waren (*Rechnungshof Österreich, 2011*).

<sup>2)</sup> So wurden beispielsweise die für den Vollzug zuständigen Bundesländer durch die im Nationalrat beschlossene Abschaffung des Pflegeregresses ab Jänner 2020 vor große Probleme gestellt.

<sup>3)</sup> Die Ausgaben der Gemeinden bestehen aus dem Kofinanzierungsanteil für das Pflegegeld (127 Mio. €), der Sozialhilfeumlage (828 Mio. €), Pflegedienstleistungen (111 Mio. €) und der Kofinanzierungsanteil für den Pflegefonds (42 Mio. €) (*Biwald – Mitterer – Seisenbacher, 2019*).

wie Rahmenbedingungen im Bereich der Demographie, der Entwicklung des Gesundheitszustandes Älterer, der Kapazität der informellen Pflege, der Struktur der Pflegedienstleistungen sowie der Kostenentwicklung im Pflegebereich (Biwald – Mitterer – Seisenbacher, 2019; Famira-Mühlberger – Firgo, 2018; Klien et al., 2020).

Vor diesem Hintergrund verfolgt die vorliegende Studie das Ziel, die Herausforderungen der Pflegevorsorge aus Sicht der Gemeinden zu analysieren und auf Basis einer Befragung von Verantwortlichen auf Gemeindeebene die Problembereiche darzustellen, um daraus wiederum pflegepolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Befragung zielt auf die Beantwortung der folgenden Forschungsfragen ab:

- Welche Pflegeinfrastrukturen und organisatorischen Hilfestellungen für Pflegebedürftige sind in den Gemeinden vorzufinden?
- Welche Rolle spielen bzw. welche Funktionen haben stationäre Pflegeeinrichtungen in den Gemeinden?
- Wie beziehen die Gemeinden Informationen zur gegenwärtigen und künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen?
- Wie schätzen Gemeinden die gegenwärtige und künftige Leistungsfähigkeit der informellen Pflege ein?
- Welche Rolle spielt die 24-Stunden-Betreuung in den Gemeinden und welche Erfahrungen gibt es mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung?
- Welche Strategien verfolgen die Gemeinden, um die Pflegevorsorge sicherzustellen?
- Worin sehen die Gemeinden mittelfristig die größten Herausforderungen im Bereich der Pflegevorsorge?

Die Studie gliedert sich in folgende Kapitel: Kapitel 2 beschreibt kurz das österreichische Pflegesystem und fasst jüngste WIFO-Projektionen zur Entwicklung der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und den damit verbundenen öffentlichen Ausgaben zusammen und präsentiert eine Einschätzung des Effekts der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege. Kapitel 3 beschreibt die methodische Vorgehensweise der Befragung und die Daten. Kapitel 4 analysiert die Ergebnisse der Befragung in den Gemeinden und beantwortet die oben beschriebenen Forschungsfragen. Kapitel 5 zieht die Schlussfolgerungen und leitet pflegepolitische Handlungsempfehlungen ab.

## 2. Das österreichische System der Pflegeversorgung

### 2.1 Die Langzeitpflege in Österreich

Das österreichische System der Langzeitpflege ist gekennzeichnet durch eine hohe Bedeutung der informellen Pflege (Nagl-Cupal et al., 2018). Sowohl die Anzahl der Pflegebetten (je 1.000 Einwohner über 65 Jahre) als auch die Ausgaben für stationäre und mobile Pflege relativ zum BIP sind in Österreich unterdurchschnittlich im europäischen Vergleich (Famira-Mühlberger – Firgo, 2018). Knapp 42% der Pflegegeldbeziehenden in Österreich werden ausschließlich durch Angehörige betreut (Abbildung 2).

Abbildung 2: **(Nicht-)Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen durch Pflegegeldbeziehende**

2016, in %



Q: WIFO-Darstellung; KDZ auf Basis Sozialministerium: Abschaffung des Pflegeregresses, 2017 [auf Basis der Daten von PFI – Pflegegeldinformation des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger (Pflegegeldbeziehende 2016), Pflegedienstleistungsstatistik 2016 (Statistik Österreich) und 24-Stunden-Betreuung Monatsstatistik (Dezember 2016)]. – Ergänzend nehmen 21% Case- und Care-Management und 2% der Pflegegeldbeziehenden Kurzzeitpflege in Anspruch.

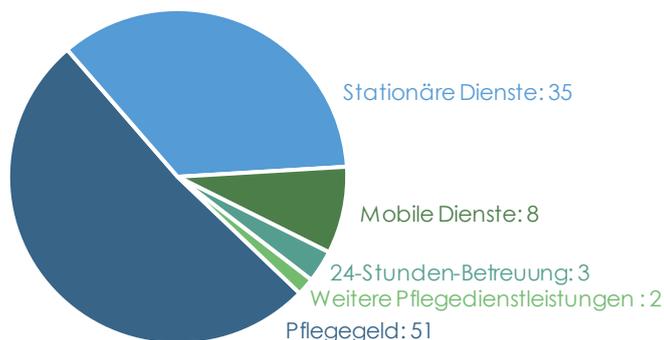
Unterstützt werden pflegebedürftige Personen von der öffentlichen Hand durch Geldleistungen (Pflegegeld) und Sachleistungen (Pflegedienstleistungen). Das bedarfsorientierte Pflegegeld wurde 1993 in Österreich eingeführt. Unabhängig von Einkommen und Vermögen ("non-means-tested") besteht nach Bedarfsprüfung ein Rechtsanspruch auf Pflegegeld. Je nach notwendigem Pflegeumfang gibt es sieben Pflegegeldstufen (Stufe 1: 160,10 € bis Stufe 7: 1.719,30 €). Das Pflegegeld wird durch das allgemeine Steueraufkommen finanziert und durch den Bund ausbezahlt.<sup>4)</sup> Sofern Pflegegeldbeziehende auch Sachleistungen beziehen, dient das Pflegegeld zur Finanzierung von Eigenbeträgen bzw. Zuzahlungen, im Fall der stationären Pflege wird das Pflegegeld direkt an die Einrichtung weitergeleitet.

<sup>4)</sup> Seit Einführung des Pflegegeldes wurden die Tarife drei Mal angehoben, die letzte Anhebung – vor Einführung der jährlichen Valorisierung seit 2020 – war zu Beginn des Jahres 2016. Die vorgenommene Anhebung konnte die Kaufkraft des Pflegegeldes nicht erhalten. Je nach verwendetem Preisindex errechneten Rainer – Theurl (2015) einen realen Wertverlust des Pflegegeldes zwischen 25% (Referenz Verbraucherpreisindex) und 45% (Referenz ausgewählte Leistungen der Gesundheitspflege im Verbraucherpreisindex). Greifeneder (2018) berechnete, dass das Pflegegeld um etwa 35% erhöht werden müsste, um den Wertverlust auszugleichen, welches es seit 1993 erfährt.

Seit der Einführung des Pflegegeldes im Jahr 1993 stieg die Zahl der pflegegeldbeziehenden Personen von 299.000 auf 466.360 im Jahr 2019. Im Jahr 2018 bezogen in Summe 5,2% der österreichischen Bevölkerung Pflegegeld (im Dezember 2018 waren das 21,7% der Bevölkerung im Alter von 65 oder mehr Jahren, 52,8% der Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren und 69,7% im Alter von 85 und mehr Jahren).

Etwas mehr als die Hälfte der öffentlichen Pflegeausgaben von gesamt 5.092,5 Mio. € werden für das Pflegegeld aufgewendet (2.621,6 Mio. €)<sup>5)</sup>, ein gutes Drittel für die stationären Dienste (1.799,6 Mio. €), 8% für mobile Dienste (427,5 Mio. €), 3% für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung (158,4 Mio. €) und 2% für die anderen Pflege- und Betreuungsdienste (teilstationäre Dienste, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen, Case- und Caremanagement und mehrstündige Alltagsbetreuung und Entlassungsdienste) (85,4 Mio. €) (Abbildung 3). Die österreichischen Privathaushalte kommen durch Kostenbeteiligungen und Eigenbeiträge für Pflegedienstleistungen<sup>6)</sup> und durch die erbrachten Pflegeleistungen im Rahmen der informellen Pflege für einen Teil der gesamtgesellschaftlichen Kosten für Pflege auf (teilweise wiederum finanziert durch das Pflegegeld), der andere Teil ist öffentlich finanziert.

Abbildung 3: **Verteilung der öffentlichen Nettoausgaben für Pflegegeld, Pflegedienstleistungen und Förderung der 24-Stunden-Betreuung**  
2018, in %



Q: BMASGK (2019); WIFO-Darstellung.

Das Pflegegeld sowie die öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen werden durch allgemeine Steuern finanziert. Der Bereich der Pflegedienstleistungen fällt in die Zuständigkeit der Länder, geregelt im Art. 15a B-VG, wo bundesweit gleiche Zielsetzungen und Grundsätze sowie die Anwendung von Mindeststandards festgehalten werden. Dennoch existieren gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern, z. B. bei den Personalschlüsseln oder der Qualitätskontrolle in der stationären Pflege (*Rechnungshof Österreich, 2020; Stafflinger, 2018*) sowie bei der Betreuungsdichte oder den Eigenbeiträgen in der mobilen Pflege (*Rechnungshof Österreich, 2020; Hilfswerk Österreich, 2018; Famira-Mühlberger, 2017*). Dies bedeutet, dass es für pflegebedürftige Personen in Österreich einen mitunter erheblichen Unterschied macht, in wel-

<sup>5)</sup> Inklusive der im Ausland lebenden Beziehenden, aber exklusive der Verwaltungskosten.

<sup>6)</sup> Kostenbeteiligungen und Eigenbeiträge von Betroffenen werden u.a. vom Pflegegeld und den Pensionen bezahlt.

chem Bundesland sie wohnen. Die Ansprüche, die Unterstützung und die Kosten für diese Unterstützung variieren zum Teil stark. Ebenso bestehen große Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Organisation der Pflegevorsorge. So wird die stationäre Pflege in Salzburg, Tirol und Vorarlberg grundsätzlich von den Gemeinden verantwortet, während dies in Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark in die Kompetenz von Sozialhilfeverbänden fällt und in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland in jene des Landes, wobei die Länder Wien und Niederösterreich auch selbst zentrale Anbieter von Dienstleistungen sind. Die Verpflichtung zur Leistungserbringung in der mobilen Pflege wird teils von den Ländern selbst (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg), teils von den Sozialhilfeverbänden oder Statutarstädten (Oberösterreich) oder von den Gemeinden (Steiermark und Wien) wahrgenommen. Zur Leistungserbringung bedienen sich die meisten Bundesländer privater Organisationen (*Rechnungshof Österreich, 2020; Grossmann – Schuster, 2017*). Diese organisatorischen Unterschiede in der Pflegevorsorge spiegeln sich auch in den Befragungsergebnissen dieser Studie wider.

## **2.2 Zur Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Pflegedienstleistungen**

Dieser Abschnitt präsentiert die jüngsten WIFO-Projektionen zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und den damit verbundenen öffentlichen Ausgaben. Darüber hinaus werden Einschätzungen über die Effekte der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege präsentiert.<sup>7)</sup> Diese Projektionen und Einschätzungen wurden kürzlich in *Klien et al. (2020)* veröffentlicht und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die jährlichen Steigerungsraten der Nettokosten für Sachleistungen schwankten seit Einführung des Pflegefondsgesetzes beträchtlich. Im Zeitraum 2014 bis 2017 betrug die Steigerungsraten zwischen 9,3% (2013 auf 2014) und 1,1% (2015 auf 2016). Im Jahr 2018 nahmen die Nettokosten für Sachleistungen um 16,0% gegenüber dem Jahr 2017 zu, was vor allem auf den markanten Anstieg bei den Kosten für die stationäre Pflege zurückzuführen ist (+19,1%). Die Pflegegeldleistungen stiegen in den Jahren 2014 bis 2017 deutlich langsamer. Dies ist auf die Erschwerung des Zugangs zu den unteren beiden Pflegegeldstufen (Anhebung des monatlichen Mindest-Pflegebedarfs) im Jahr 2015 und auf die lediglich einmalige Valorisierung der Pflegegeldsätze im Jahr 2016 zurückzuführen.

Der künftige Aufwand der Länder und Gemeinden für Pflege- und Betreuungsdienstleistungen wird durch demographische und nicht-demographische Faktoren bestimmt. Demzufolge werden die Kosten für Pflegedienstleistungen in den folgenden Projektionen auf Basis demographischer (Projektionen über die Änderung der Bevölkerungsstruktur, Annahmen der Entwick-

---

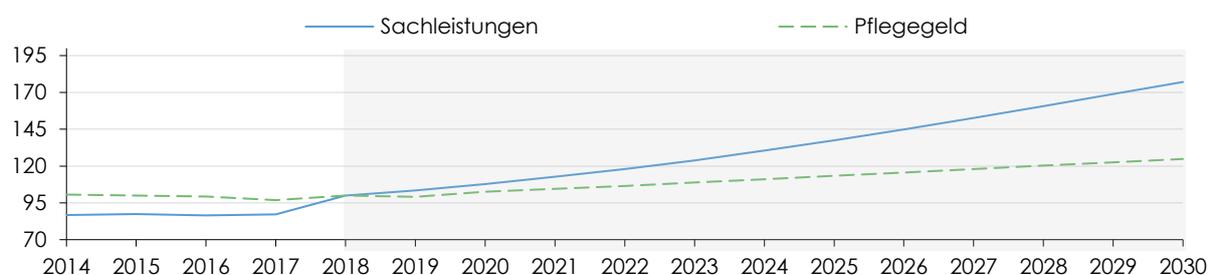
<sup>7)</sup> Der abgeschaffte Eigenregress bezieht sich auf die Vermögenswerte der Betroffenen. Das laufende Pensionseinkommen sowie das Pflegegeld von Betroffenen wird weiterhin für die Bezahlung eines Pflegeheimplatzes (bis auf einen kleinen Teil) aufgebraucht. Die darüber hinaus anfallenden Kosten werden über die Sozialhilfe abgerechnet, unabhängig von bestehenden Vermögenswerten.

lung des Gesundheitszustandes) und nicht-demographischer Daten (Annahmen über die Entwicklung der informellen Pflege, Annahmen zu den Kostenentwicklungen im Pflegesektor) projiziert.<sup>8)</sup>

Abbildung 4 stellt die Ausgabenpfade zu Preisen von 2018 bewertet dar. Für Sachleistungen beträgt der Anstieg gegenüber 2018 real 37% im Jahr 2025 bzw. 77% im Jahr 2030. Im Bereich des Pflegegeldes werden zwischen 2018 und 2025 reale Kostensteigerungen von 13% projiziert und 25% zwischen 2018 und 2030. Im Projektionszeitraum werden demnach für Sachleistungen deutlich höhere Wachstumsraten als für Geldleistungen deutlich. Dies liegt zum Teil an der steigenden Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsdiensten durch den kontinuierlichen Rückgang an informeller Pflege, ist jedoch auch stark durch den erwartbaren Anstieg der Stückkosten getrieben. In den Ausgaben für Pflegegeld macht sich ab dem Jahr 2020 die im Jahr 2019 beschlossene jährliche Valorisierung der Pflegegeldsätze bemerkbar.

Abbildung 4: **Entwicklung der realen Ausgabenpfade**

Jahr 2018 = 100



Q: BMASGK (2019); Statistik Austria (2019a); WIFO-Berechnungen. – Sachleistungen ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste. Bis 2018: realisierte Werte; grau hinterlegt: Projektion.

### 2.3 Eine Einschätzung des Effekts der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege

Klien *et al.* (2020) haben eine erste Einschätzung des fiskalischen Effekts der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege veröffentlicht. Das Jahr 2018 ist das erste und bislang einzige Berichtsjahr nach Abschaffung des Vermögensregresses in der stationären Pflege. Projektionen mit Basisjahr 2018 bilden demnach die Ausgabenpfade im Status-quo ab, also bereits ohne Vermögensregress. Um eine Einschätzung über die ökonomischen Mehrkosten für Länder und Gemeinden aus der Abschaffung des Regresses vornehmen zu können, wird ein kontrafaktisches Vergleichsszenario benötigt. Ein solches Szenario gibt Auskunft darüber, wie sich die Aufwände für Sachleistungen im Jahr 2018 entwickelt hätten, wäre der Vermögensregress in der stationären Pflege nicht abgeschafft worden, aber alle anderen Rahmenbedingungen gegenüber dem Status quo 2018 unverändert geblieben (für methodische Details siehe Klien *et al.*, 2020).

<sup>8)</sup> Für eine genaue methodische Beschreibung siehe Famira-Mühlberger – Firgo (2018). Die Kostenentwicklung des Pflegegeldes wird auf Basis der demographischen Entwicklung und einer Annahme der Entwicklung des Gesundheitszustandes projiziert.

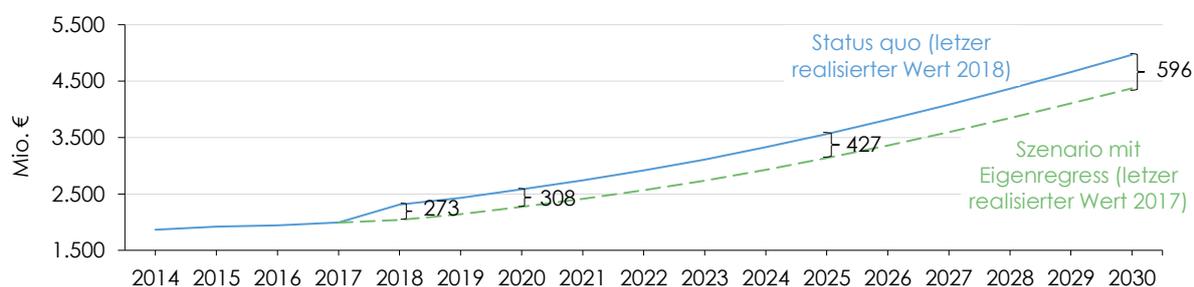
Die mit 1.1.2018 wirksame Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege spielt zweifelsfrei eine wesentliche Rolle für den markanten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Sachleistungen im Jahr 2018. Dennoch ist nicht der gesamte Anstieg von 2017 auf 2018 um 318 Mio. € bzw. 16,0% laut Pflegedienstleistungsstatistik darauf zurückzuführen. Im Jahr 2018 sind laut BMASGK (2019) auch die Ausgaben für Pflegegeld (inklusive Verwaltungskosten und Zahlungen an im Ausland lebende Anspruchsberechtigte) um 4,4% gestiegen.

Ein Teil dieses Anstiegs der Ausgaben für Sachleistungen ist durch demographische Faktoren erklärt. Der Anstieg von 16,0% bzw. 318,0 Mio. € gegenüber 2017 stellt ein plausibles Maximum des Effekts im Jahr 2018 dar. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der nominellen Nettoausgaben für Sachleistungen zwischen 2014 und 2017 betrug 2,2% pro Jahr.<sup>9)</sup>

Gemäß kontrafaktischem Szenario entstanden den Ländern und Gemeinden im Jahr 2018 aus der Abschaffung des Eigenregresses fiskalische Mehrausgaben in Höhe von 272,7 Mio. € bzw. ein Beitrag von 13,7 Prozentpunkten zur Steigerung von insgesamt 16,0%. Für die Jahre 2019 und 2020 steigt die projizierte Differenz auf 289,1 bzw. 308,4 Mio. € (zu Preisen der jeweiligen Jahre). In weiterer Folge steigt die Differenz der nominellen Ausgaben zwischen den beiden Szenarien auf 427,1 Mio. € im Jahr 2025 bzw. auf 595,6 Mio. € im Jahr 2030 (Abbildung 5).

Abbildung 5: **Einschätzung der ökonomischen Kosten der Abschaffung des Eigenregresses**

Projizierte Ausgaben der Länder und Gemeinden (nominell)



Q: BMASGK (2019); Statistik Austria (2019a), WIFO-Berechnungen. – Ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste.

### 3. Befragung von Gemeinden: Vorgangsweise und Datenbeschreibung

#### 3.1 Befragung von Gemeinden

Um die Herausforderungen für Gemeinden im Bereich der Pflegevorsorge zu analysieren, wurde im Rahmen dieses Projekts eine Befragung von Gemeinden durchgeführt. Die Analyse der Befragungsergebnisse dient – gemeinsam mit der Aufarbeitung von Primär- und Sekundärliteratur zum Thema – als Basis für die Ableitung von pflegepolitischen Handlungsoptionen.

Das WIFO hat in Abstimmung mit dem Auftraggeber und in Kooperation mit dem Gemeindebund einen Fragebogen entworfen, der durch Kommunalnet an Gemeindevertreterinnen und

<sup>9)</sup> Bei Unterstellung eines Ausgabenwachstums bei Beibehalt des Pflegeregresses von 2,2% auch zwischen 2017 und 2018 würden sich die Ausgaben im Jahr 2018 auf 2.035 Mio. € belaufen. Dies würde einem Mehraufwand durch den Regressentfall von 274,1 Mio. € entsprechen.

-vertreter online übermittelt wurde. Es wurden 17 inhaltliche und zwei Kontrollfragen formuliert, die sich an den eingangs beschriebenen Forschungsfragen orientierten. Der Fragebogen befindet sich im Anhang 2 dieser Studie.

Die Befragungsergebnisse wurden auf Bundesländerebene als auch auf Ebene von Gemeindegroßenklassen analysiert. Die Interpretation der Ergebnisse wurde im Kontext einer Literaturanalyse vorgenommen und auch mit den Erkenntnissen von bisherigen WIFO-Pflegestudien (Firgo – Famira-Mühlberger, 2014; Famira-Mühlberger et al., 2017; Famira-Mühlberger, 2017; Famira-Mühlberger – Firgo, 2018; Famira-Mühlberger – Firgo, 2019; Firgo – Famira-Mühlberger, 2019; Firgo – Nowotny – Braun, 2020) verknüpft.

### 3.2 Datenbasis

Der Fragebogen wurde von Kommunalnet, dem größten Arbeits- und Informationsportal für die österreichischen Gemeinden, online ausgeschickt. Von den 2.095 Gemeinden in Österreich haben 649 Gemeinden aus allen Bundesländern (ohne Wien) – das sind 31,0% aller österreichischen Gemeinden – den Fragebogen ausgefüllt. Die Anzahl der Beantwortung der einzelnen Fragen – nicht alle Gemeinden haben alle Fragen beantwortet – wird in den jeweiligen Abbildungen bzw. Übersichten angeführt.

#### Übersicht 1: Stichprobe der Befragung

Je Bundesland

	Alle Gemeinden		Antwortende Gemeinden	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %
Niederösterreich	573	27,4	157	27,4
Burgenland	171	25,7	44	25,7
Steiermark	286	30,4	87	30,4
Kärnten	132	30,3	40	30,3
Oberösterreich	438	45,9	201	45,9
Salzburg	119	30,3	36	30,3
Tirol	279	22,2	62	22,2
Vorarlberg	96	22,9	22	22,9

Je Gemeindegrößenklasse

	Alle Gemeinden		Antwortende Gemeinden	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %
0 bis 1.000	423	17,5	74	17,5
1.001 bis 2.000	724	27,6	200	27,6
2.001 bis 5.000	695	33,2	231	33,2
5.001 bis 10.000	167	57,5	96	57,5
Mehr als 10.000	86	55,8	48	55,8

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Ein unterdurchschnittlicher Rücklauf kam von Tiroler, Vorarlberger und burgenländischen Gemeinden, ein besonders überdurchschnittlicher Rücklauf von den oberösterreichischen Gemeinden. Nach Gemeindegrößenklassen zeigt sich, dass größere Gemeinden eher bereit waren, den Online-Fragebogen zu beantworten (Übersicht 1). Die Auswertung der einzelnen Fragen erfolgte einerseits nach Bundesländern sowie andererseits nach Gemeindegrößen. Übersicht 2 enthält eine Stichprobenbeschreibung nach Bundesländern und Funktion der Person, die den Fragebogen ausgefüllt hat. Im folgenden Kapitel 4 werden die Befragungsergebnisse primär in Form von Abbildungen präsentiert, die genauen Daten der einzelnen Abbildungen finden sich in den Übersichten im Anhang 1.

## Übersicht 2: Beantwortete Fragebögen

Je Bundesland

	Bürger- meister/in	Amtslei- ter/in	Gemeinde- rat/-rätin Anzahl	Gemeinde- mitarbeiter/in	Andere Funktion	<b>Insgesamt</b>	Bürger- meister/in	Amtslei- ter/in	Gemeinde- rat/-rätin In %	Gemeinde- mitarbeiter/in	Andere Funktion	<b>Insgesamt</b>
Niederösterreich	50	41	15	45	6	<b>157</b>	31,9	26,1	9,6	28,7	3,8	<b>100,0</b>
Burgenland	19	11	3	10	1	<b>44</b>	43,2	25,0	6,8	22,7	2,3	<b>100,0</b>
Steiermark	30	19	9	24	5	<b>87</b>	34,5	21,8	10,3	27,6	5,8	<b>100,0</b>
Kärnten	3	7	7	22	1	<b>40</b>	7,5	17,5	17,5	55,0	2,5	<b>100,0</b>
Oberösterreich	61	61	24	51	4	<b>201</b>	30,4	30,4	11,9	25,4	2,0	<b>100,0</b>
Salzburg	8	14	6	4	4	<b>36</b>	22,2	38,9	16,7	11,1	11,1	<b>100,0</b>
Tirol	30	14	6	9	3	<b>62</b>	48,4	22,6	9,7	14,5	4,8	<b>100,0</b>
Vorarlberg	8	4	2	5	3	<b>22</b>	36,4	18,2	9,1	22,7	13,6	<b>100,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>209</b>	<b>171</b>	<b>72</b>	<b>170</b>	<b>27</b>	<b>649</b>	<b>32,2</b>	<b>26,4</b>	<b>11,1</b>	<b>26,2</b>	<b>4,2</b>	<b>100,0</b>

Je Gemeindegrößenklasse

	Bürger- meister/in	Amtslei- ter/in	Gemeinde- rat/-rätin Anzahl	Gemeinde- mitarbeiter/in	Andere Funktion	<b>Insgesamt</b>	Bürger- meister/in	Amtslei- ter/in	Gemeinde- rat/-rätin In %	Gemeinde- mitarbeiter/in	Andere Funktion	<b>Insgesamt</b>
Einwohner/innen												
0 bis 1.000	33	25	6	10	0	<b>74</b>	44,6	33,8	8,1	13,5	0,0	<b>100,0</b>
1.001 bis 2.000	78	58	16	41	7	<b>200</b>	39,0	29,0	8,0	20,5	3,5	<b>100,0</b>
2.001 bis 5.000	65	62	27	67	10	<b>231</b>	28,1	26,8	11,7	29,0	4,3	<b>100,0</b>
5.001 bis 10.000	30	17	14	30	5	<b>96</b>	31,3	17,7	14,6	31,3	5,2	<b>100,0</b>
Mehr als 10.000	3	9	9	22	5	<b>48</b>	6,3	18,8	18,8	45,8	10,4	<b>100,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>209</b>	<b>171</b>	<b>72</b>	<b>170</b>	<b>27</b>	<b>649</b>	<b>32,2</b>	<b>26,4</b>	<b>11,1</b>	<b>26,2</b>	<b>4,16</b>	<b>100,0</b>

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

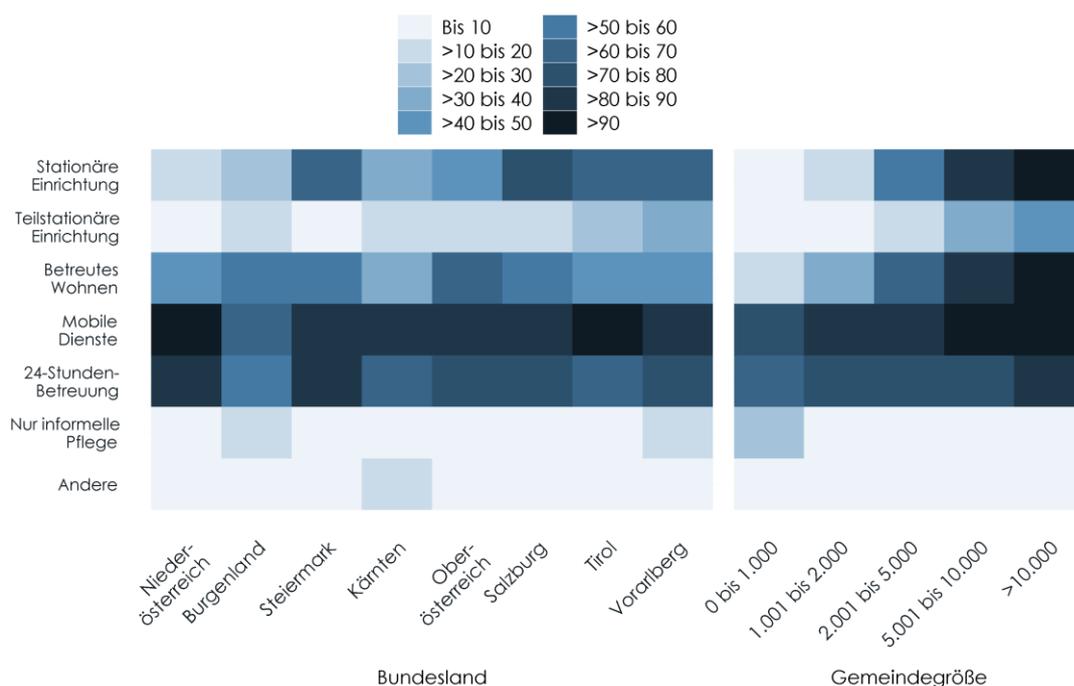
## 4. Pflegevorsorge in Gemeinden: Ergebnisse einer Befragung

### 4.1 Zur Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden

Die 649 bzw. 31% aller österreichischen Gemeinden, die an der Befragung teilgenommen haben, weisen in der Bundesländersicht im Bereich der Pflegeinfrastruktur relativ große Unterschiede auf (Abbildung 6 und Übersicht A 1 im Anhang). Mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung finden die flächendeckendste Verbreitung, gefolgt von stationären Einrichtungen und betreutem/betreubarem Wohnen. Teilstationäre Einrichtungen spielen vor allem in Tirol und Vorarlberg eine größere Rolle. Stationäre Einrichtungen sind im Westen Österreichs sowie in der Steiermark flächendeckender verbreitet als in den restlichen Bundesländern. In Vorarlberg und dem Burgenland geben über 10% der Gemeinden an, dass der bestehende Pflegebedarf nur durch informelle Betreuung abgedeckt wird. Das Angebot an Pflegedienstleistungen ist in größeren Gemeinden höher, wie auch diese Auswertung bestätigt.

Abbildung 6: **Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden**

In % der befragten Gemeinden; Mehrfachnennungen möglich



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Unter der Kategorie "Andere" wurden vor allem Dienstleistungen wie "Essen auf Rädern"<sup>10)</sup>, Pflegeberatung oder Seniorenkaffee genannt (Abbildung 7).

<sup>10)</sup> Wobei laut Pflegefondgesetz "Essen auf Rädern" den mobilen Diensten hinzugerechnet werden.

Abbildung 7: **Weitere Pflegeinfrastrukturen**

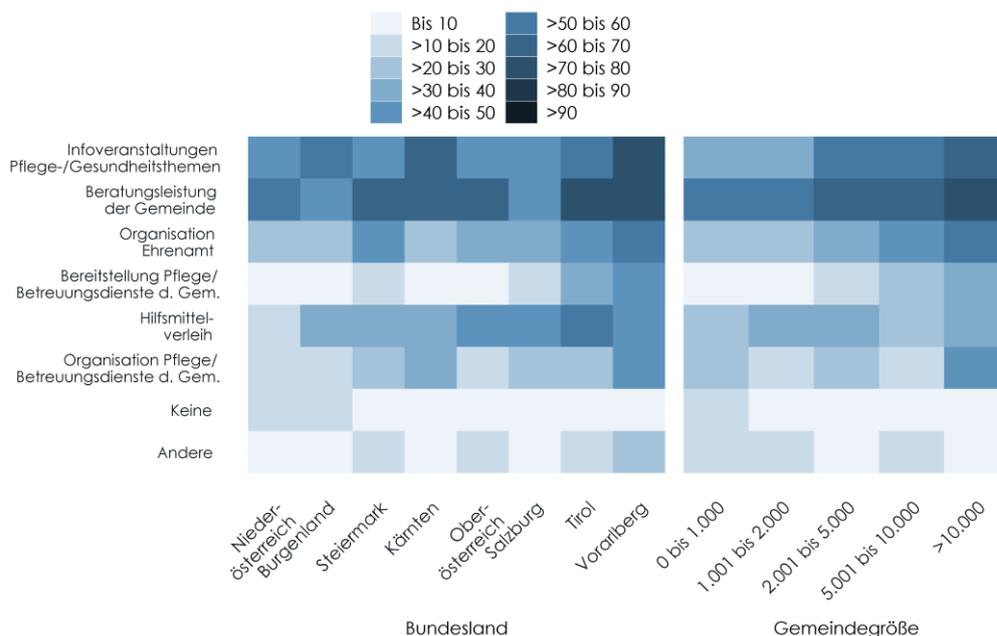


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 23.

Die befragten Gemeinden stellen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. deren Familien im Falle des Eintritts der Pflegebedürftigkeit diverse organisatorische Hilfestellungen zur Verfügung (Abbildung 8 und Übersicht A 3 im Anhang). Der überwiegende Teil der Gemeinden bietet Beratungsleistungen bzw. Informationsveranstaltungen zu Pflege- und Gesundheitsthemen an. In Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bieten auch mehr als 40% der Gemeinden einen Hilfsmittelverleih an. In den beiden Bundesländer Tirol (37%) und Vorarlberg (46%) gibt es auch zahlreiche Gemeinden, die selbst Pflege- und Betreuungsdienste anbieten.<sup>11)</sup>

Abbildung 8: **Organisatorische Hilfestellungen durch die Gemeinde bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit**

In % der Gemeinden; Mehrfachnennungen möglich



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

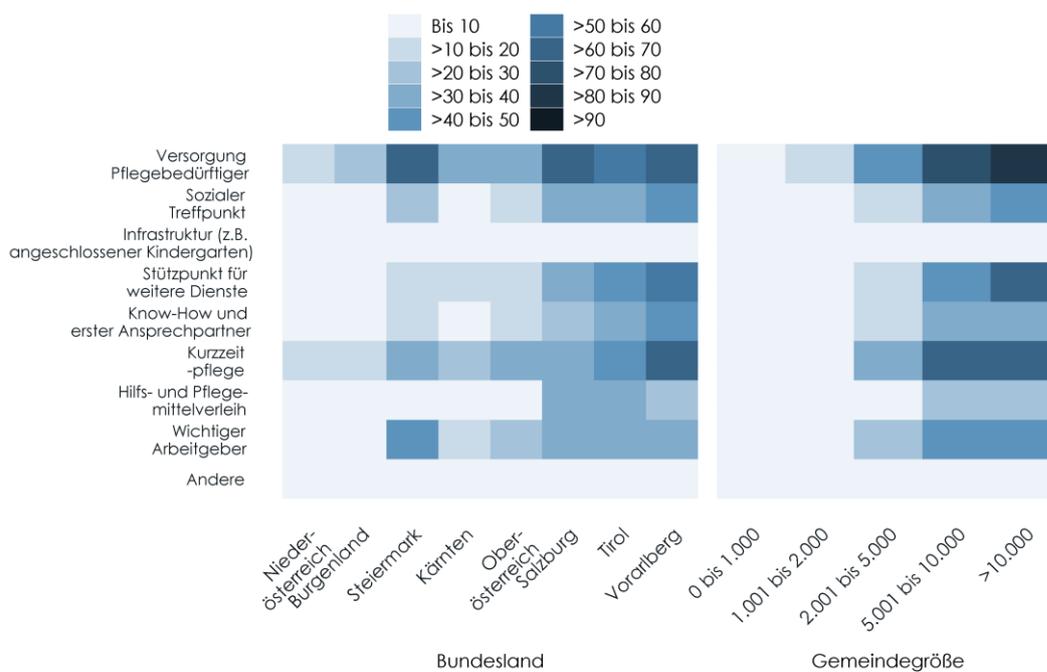
<sup>11)</sup> Laut *Österreichischem Rechnungshof* (2020) gibt es in Tirol rund 70 mobile Betreuungs- und Pflegeorganisationen, wovon rund 60 als Vereine organisiert sind, deren Vereinsmitglieder meist die jeweiligen Gemeinden sind ("Sozialsprengel"). In Vorarlberg gibt es rund 50 mobile Hilfsdienste, die meist an Gemeinden (aber auch örtliche Krankenpflegevereine oder Sozialsprengel) angeschlossen sind. In Tirol (und Salzburg) werden Pflegeheime überwiegend von Gemeinden betrieben, in Vorarlberg wird gut die Hälfte der Pflegeheime von Gemeinden betrieben.



(teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen als sozialer Treffpunkt gesehen (von 50% der Vorarlberger Gemeinden bis nur 4% der Gemeinden Niederösterreichs). (Teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen sind auch erster Ansprechpartner im Bereich des pflegerischen Know-Hows (41% der Vorarlberger Gemeinden bis 4% der Gemeinden Niederösterreichs). In einer beträchtlichen Anzahl an Gemeinden werden (teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen als ein wichtiger Arbeitgeber wahrgenommen (43% in der Steiermark, aber nur 8% in Niederösterreich) und fungieren als Hilfs- und Pflegemittelverleih (31% in Tirol und Salzburg, 1% in Niederösterreich). Die zur Verfügungstellung von Infrastruktur (wie beispielsweise einem angeschlossenen Kindergarten) durch (teil-)stationäre Dienste ist nur in der Steiermark, in Kärnten und – zu einem geringeren Maß – in Salzburg relevant. Die Multifunktionalität von (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen steigt außerdem mit der Gemeindegröße.

Abbildung 10: **Funktionen (teil-)stationärer Einrichtungen**

In % der Gemeinden; Mehrfachnennungen möglich



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Darüber hinaus erwähnen vereinzelte Gemeinden noch andere Funktionen von (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen wie beispielsweise die Versorgung von betreubarem Wohnen, Case- und Caremanagement, Essen auf Rädern oder Cafeteria.

Abbildung 11: **Weitere Funktionen (teil-)stationärer Einrichtungen**

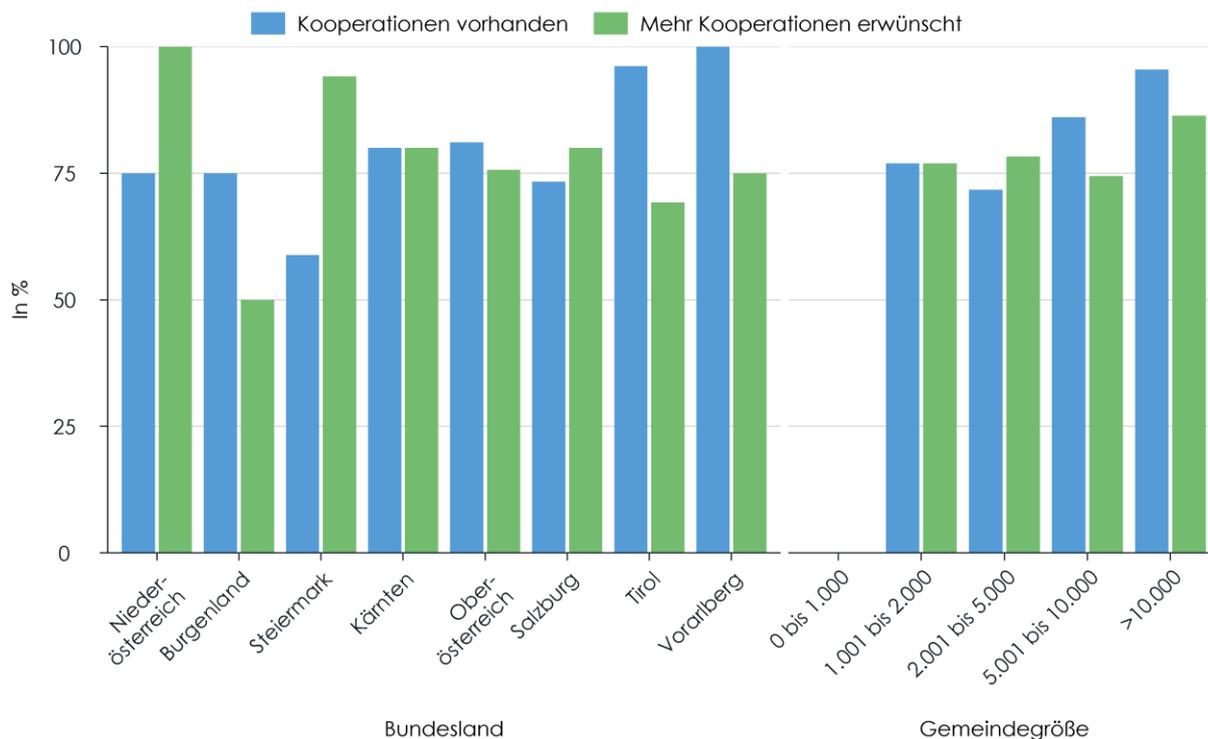


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 12.

Die Befragung zeigt weiters, dass die Kooperation zwischen mobilen und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen durchwegs hoch ist (von 50% in Gemeinden im Burgenland bis 100% in Niederösterreich), aber der Wunsch nach einer noch stärkeren Kooperation in den meisten Gemeinden ebenso hoch ist. Wie auch schon in einer Befragung im Jahr 2014 (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014*) zeigt sich – trotz der bereits bestehenden Kooperationen – eine Ausbaufähigkeit der Kooperationen zwischen (teil-)stationären und mobilen Pflegeeinrichtungen (Abbildung 12 und Übersicht A 5 im Anhang).

Abbildung 12: **Kooperation zwischen (teil-)stationären Einrichtungen und mobilen Diensten**

In % der Gemeinden



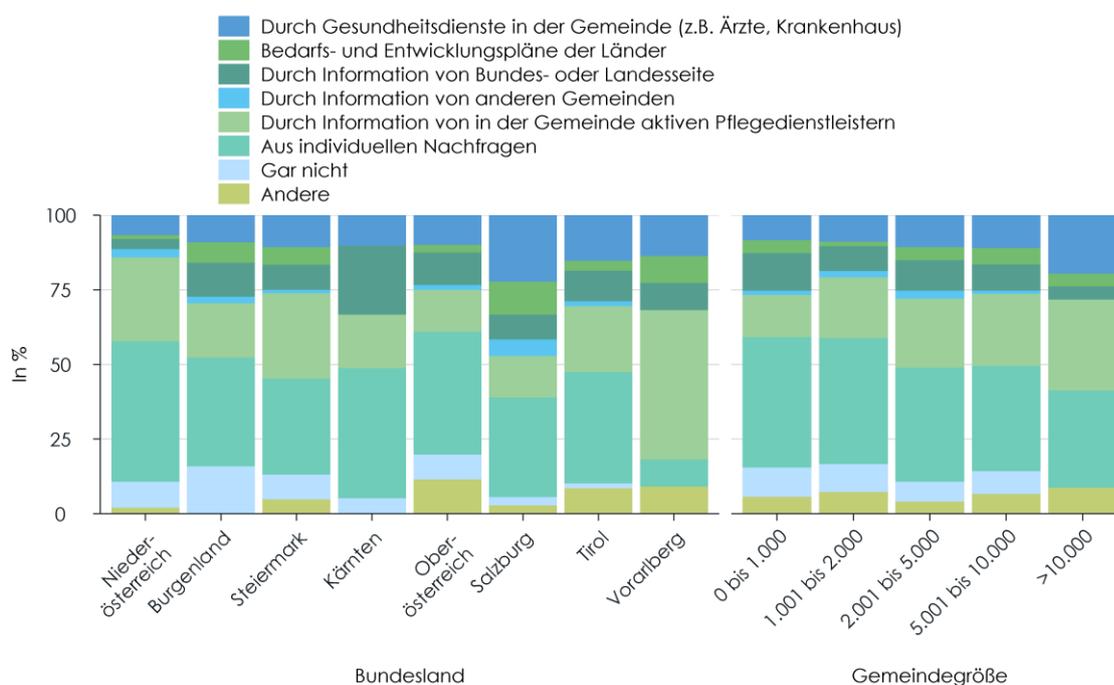
Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 124.

### 4.3 Zur Information der Pflegedienstleistung in den Gemeinden

Gemeinden beziehen ihre Informationen zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen über unterschiedliche Kanäle. Dabei wird in allen Bundesländern außer Vorarlberg die Information hauptsächlich aus individuellen Nachfragen durch die Betroffenen bezogen. Eine weitere wichtige Informationsquelle – wenn auch von geringerer Bedeutung – sind die in den Gemeinden aktiven Pflegedienstleister. In Vorarlberg sind die Pflegedienstleister mit Abstand die wichtigste Informationsquelle zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen. Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder und Informationen von Bundes- oder Landesseite spielen in den meisten Bundesländern eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 13: Informationsbezug über gegenwärtige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen<sup>12)</sup>

In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 625.

In größeren Gemeinden ist die Informationsquelle der individuellen Nachfragen von Betroffenen weniger wichtig als in kleineren, hingegen nimmt die Bedeutung der Pflegedienstleister wie auch der Gesundheitsdienste mit der Größe der Gemeinde als Informationsquelle zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu.

<sup>12)</sup> Es war nur eine Antwortauswahl möglich (single-choice), d.h. die gewählte Antwort stellt die primäre Informationsquelle dar. Natürlich können aber auch andere Informationskanäle abgerufen werden.

Die Kategorie "Andere" ist zwar quantitativ in den meisten Bundesländern nicht sonderlich bedeutsam, eine Wortwolke mit den genannten Informationsquellen gibt dennoch einen Eindruck. In den Bundesländern Steiermark und Oberösterreich, wo die Sozialhilfeverbände in die Organisation der Pflege involviert sind, werden diese Verbände zum Teil als Informationsquelle genannt. Ansonsten werden beispielsweise Sozialberatungsstellen, "Sozialamt" (Sozialministeriumsservice) oder Case- und Caremanagement genannt.

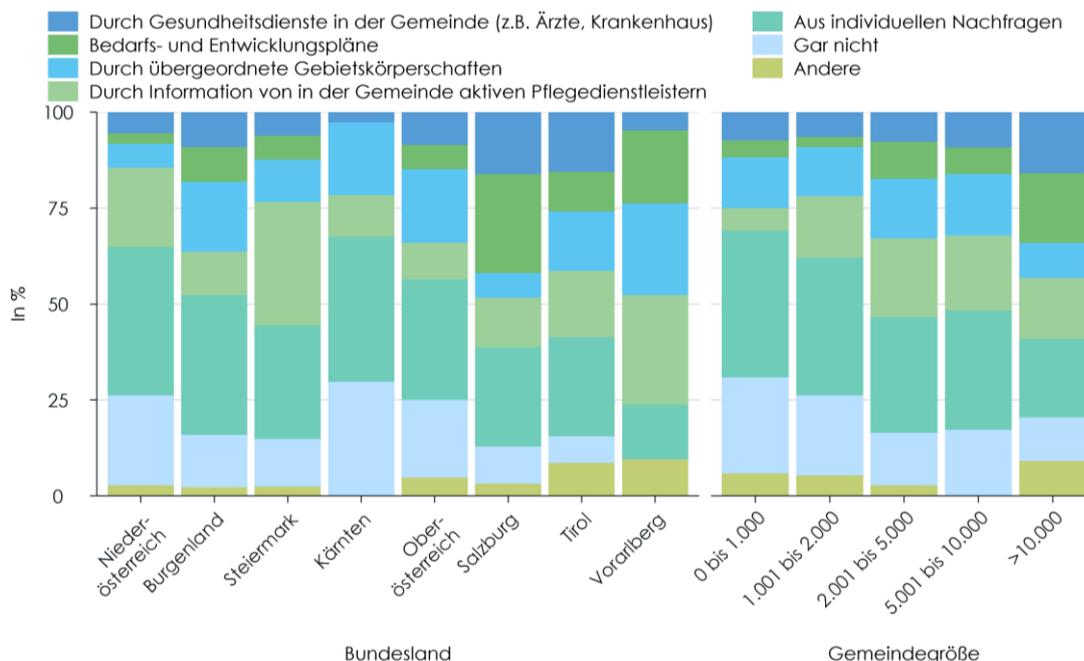
Abbildung 14: **Weitere Informationsquellen zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen**



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 37.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei der Frage des Informationsbezugs über die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen (Abbildung 15).

Abbildung 15: **Informationsbezug über zukünftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen**  
In % der Gemeinden

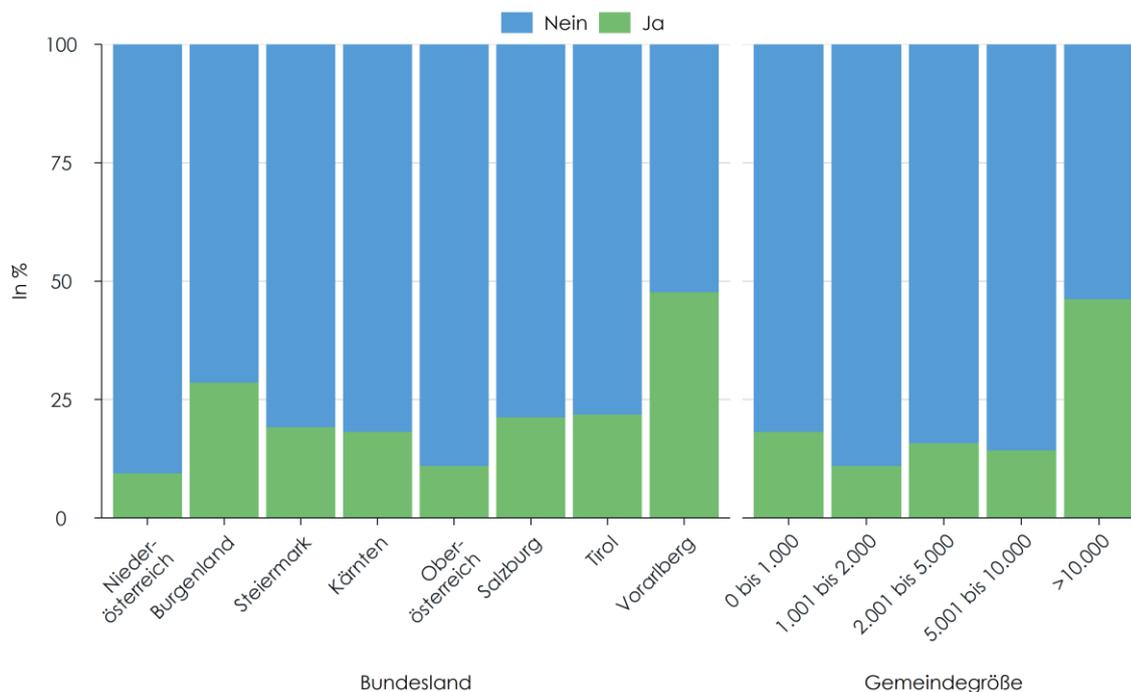


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 605.



Abbildung 17: **Systematische Erhebung der Informationen zur zukünftigen Nachfrage nach Pflege**

In % der Gemeinden

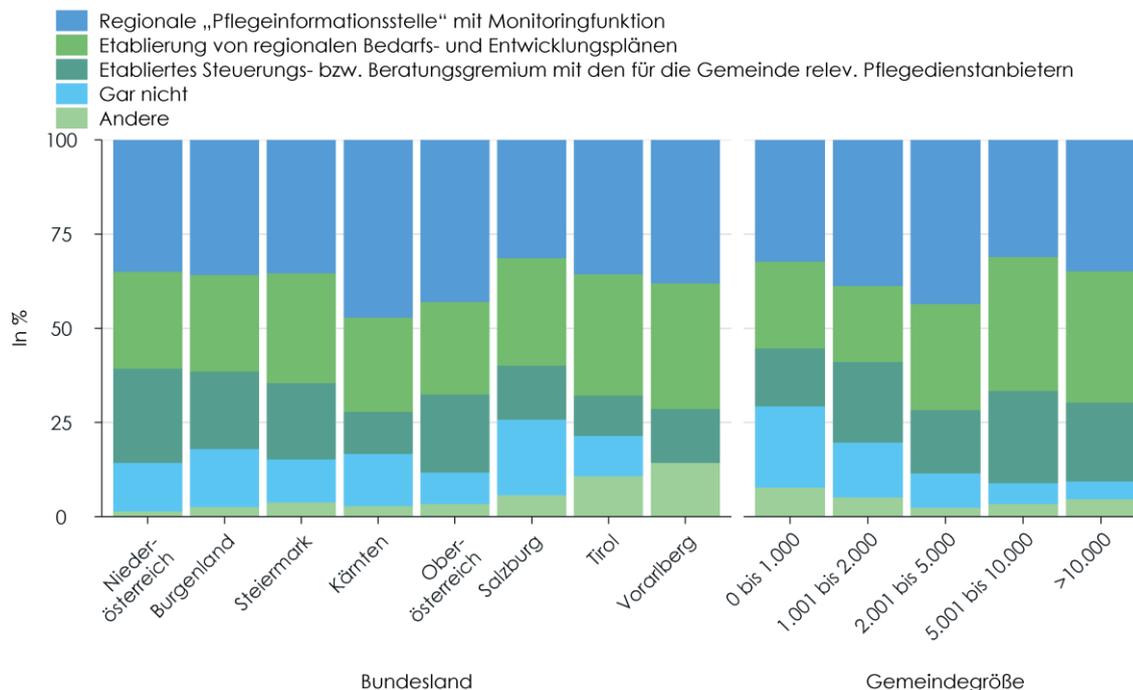


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 568.

Wichtige Einsichten liefert die Auswertung der Frage nach der Ausgestaltung eines optimalen Informationssystems, damit die Gemeinden frühzeitig Kenntnis darüber haben, wie viele Gemeindegliederinnen und -glieder innerhalb der folgenden drei Jahre betreuungs- und pflegebedürftig werden könnten. Es zeigt sich, dass Vorschläge wie regionale Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion sowie die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen die größte Zustimmung in den österreichischen Gemeinden finden. In manchen Bundesländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark) findet auch die vorgeschlagene Etablierung eines Steuerungs- bzw. Beratungsgremiums mit den für die Gemeinden relevanten Pflegedienstleistungsanbietern Zuspruch. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Gemeinden (in Salzburg 20%) geben an, dass es kein optimales Informationssystem geben kann. Nach Gemeindegrößen ausgewertet zeigt sich, dass größere Gemeinden eher in der Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen, aber auch in regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion ein optimales Informationssystem sehen.

Abbildung 18: **Ausgestaltung eines optimalen Informationssystems zum zukünftigen Pflege- und Betreuungsbedarf**

In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 585.

Unter der Kategorie "Andere" wurden u. a. die Sozialhilfeverbände (Steiermark und Oberösterreich), Kommunikation, Case- und Caremanagement und Sozial- und Gesundheitssprengel angeführt.

Abbildung 19: **Weitere Ausgestaltungen eines optimalen Informationssystems zum zukünftigen Pflege- und Betreuungsbedarfs**



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 24.

#### 4.4 Zur Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in den Gemeinden

Der Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird durch Angehörige erbracht. 42% der Pflegegeldbeziehenden nehmen gar keine formelle Pflegedienstleistungen in Anspruch und nur 16% sind in stationärer Pflege (Abbildung 2). Die informelle Pflege ist in Österreich üblicher als in anderen westeuropäischen Staaten, für mobile und stationäre Dienste werden in Verhältnis zum BIP geringere öffentliche Mittel verwendet. Die Leistungsfähigkeit der familiären Pflege kommt jedoch aus drei wesentlichen Gründen zunehmend unter Druck: (1) Steigende Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und damit weniger Zeit für die Pflege, (2) gesunkene Fertilität und damit durchschnittlich weniger Kinder pro pflegebedürftige Person, (3) steigende Anzahl von allein lebenden alten Personen (*Famira-Mühlberger – Firgo, 2018*).

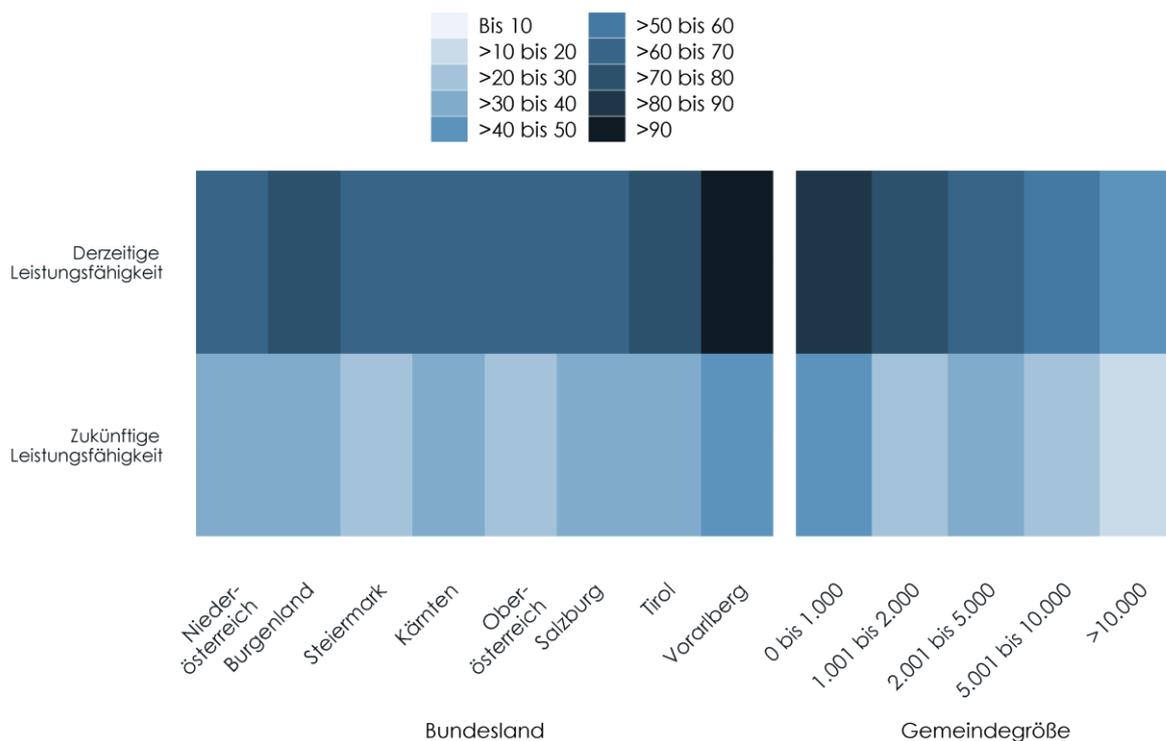
Bei der Einschätzung der derzeitigen Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in den Gemeinden zeigen sich klare Bundesländerunterschiede (Abbildung 20 und Übersicht A 10 im Anhang). Während in Vorarlberg (91%) die Leistungsfähigkeit als sehr hoch eingeschätzt wird und im Burgenland (77%) zwar niedriger, aber auch noch recht hoch, ist dies in den Bundesländern Niederösterreich (69%), Oberösterreich (61%), Steiermark (67%) und Kärnten (69%) zu einem geringeren Anteil der Fall. Dies ist korrespondierend mit den Ergebnissen des Gleichstellungsindex – ein "Gender-Barometer" des österreichischen Arbeitsmarkts – wo Vorarlberg von allen Bundesländern die schlechtesten Werte aufweist.<sup>13)</sup> Die höhere Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung hängt mit der geringeren Verankerung von Frauen am Arbeitsmarkt und der geringeren ökonomischen Absicherung von Frauen zusammen (*Mayrhuber, 2017*). Außerdem ist die Zielsetzung einer erhöhten Frauenbeschäftigung sozialpolitisch zentral für die langfristige Finanzierung des Pensionssystems, für die Bekämpfung des Fachkräftemangels sowie für die Zielsetzung der Gleichberechtigung. Es müssen weitere sozialpolitische Anstrengungen unternommen werden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Frauen zu gewährleisten, die informelle Pflege leisten. Hier kann eine besser leistbare Versorgung mit mobilen Diensten ein wesentlicher Baustein sein.

Die Einschätzungen der künftigen Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in zehn Jahren zeigen, dass alle Bundesländer mit einem Rückgang dieser Leistungsfähigkeit rechnen (Abbildung 20 und Übersicht A 11 im Anhang). Erwartungsgemäß wird die Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in größeren Gemeinden geringer eingeschätzt als in kleineren Gemeinden. Ebenso rechnen größere Gemeinden tendenziell mit einem stärkeren Rückgang der Leistungsfähigkeit der informellen Pflege.

---

<sup>13)</sup> Der "Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt" (*Bock-Schappelwein et al., 2017*) bündelt ein Set von Indikatoren aus den Themenfeldern Arbeit, Einkommen, Bildung und Familie, um in aggregierter Form das Ausmaß der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt österreichweit und in den Bundesländern aufzuzeigen — und zwar einerseits insgesamt (Gesamtindex), andererseits für jedes der vier Themenfelder (vier Teilindizes: Arbeit, Einkommen, Bildung, Familie). Er stellt somit einen "Gender-Barometer" für den österreichischen Arbeitsmarkt dar.

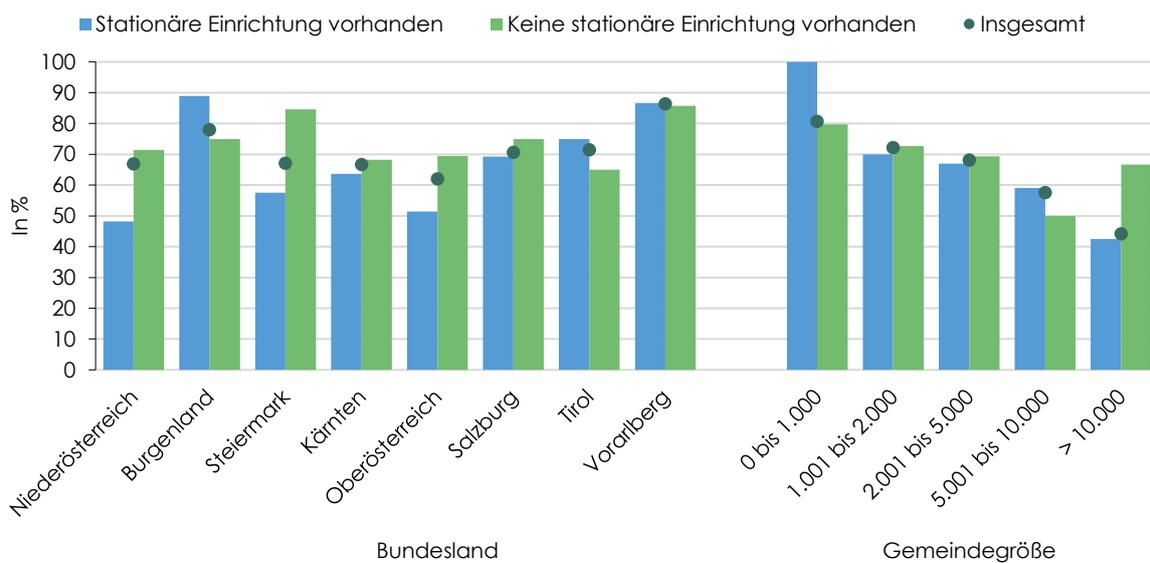
Abbildung 20: **Derzeitige und zukünftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung**  
In % der Gemeinden, Antworten "meist ausreichend" und "eher ausreichend"



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 540.

Abbildung 21: **Derzeitige Leistungsfähigkeit informeller Pflege**

"Meist oder eher ausreichend", in % der Gemeinden mit bzw. ohne stationäre Einrichtung



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 577.

In Niederösterreich, der Steiermark, Oberösterreich, Salzburg und Kärnten zeigt sich, dass Gemeinden ohne stationäre Einrichtung eher angeben, dass sie die derzeitige Leistungsfähigkeit informeller Pflege meist oder eher ausreichend einschätzen (Abbildung 21 und Übersicht A 12 im Anhang). Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass es in diesen Gemeinden durch die hohe Leistungsfähigkeit informeller Netzwerke auch weniger Nachfrage nach stationären Einrichtungen gibt und dadurch der gesellschaftliche Druck, diese zu bauen, geringer ist.

#### **4.5 Die Rolle der 24-Stunden-Betreuung in den Gemeinden**

Die 24-Stunden-Betreuung zu Hause hat sich seit ihrer rechtlichen Verankerung und Beginn der finanziellen Förderung im Jahr 2007 flächendeckend in Österreich etabliert. Gab es im Jahr 2010 noch monatlich durchschnittlich 8.600 Beziehende der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung, waren dies im Jahr 2018 bereits knapp 24.900, also fast dreimal so viele.<sup>14)</sup> Dennoch ist die Inanspruchnahme im Verhältnis zu den Pflegegeldbeziehenden relativ gering: nur rund 5,3% der Pflegegeldbeziehenden erhalten zusätzlich auch eine Förderung für die 24-Stunden-Betreuung über das Sozialministerium. Über die Bedeutung der 24-Stunden-Betreuung und die mit dieser Betreuungsform verbundenen Probleme wurde an anderer Stelle berichtet (*Famira-Mühlberger, 2017*).

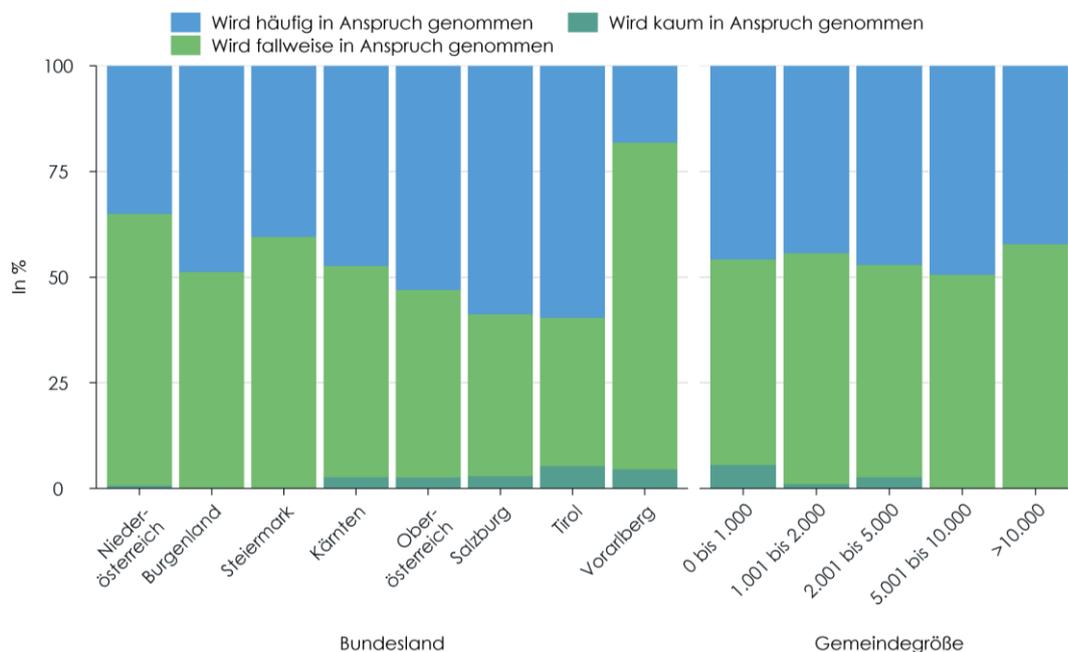
Die Befragungsauswertung zeigt, dass die 24-Stunden-Betreuung eine wichtige Rolle in der Betreuungs- und Pflegeversorgung in den österreichischen Gemeinden spielt (Abbildung 22 und Übersicht A 13 im Anhang). In Tirol geben knapp 60% der Gemeinden an, dass die 24-Stunden-Betreuung häufig in ihrer Gemeinde in Anspruch genommen wird; in Vorarlberg hingegen – auf der unteren Seite des Spektrums – nur knapp ein Fünftel der Gemeinden. Die Wichtigkeit der 24-Stunden-Betreuung wird also flächendeckend in Österreich wahrgenommen. Dass die 24-Stunden-Betreuung kaum in Anspruch genommen wird, geben hingegen nur sehr wenige Gemeinden an – im Burgenland und in der Steiermark keine einzige. Über Gemeindegrößen hinweg zeigt sich eine relative ähnliche Ausprägung der wichtigen Rolle der 24-Stunden-Betreuung: Kleine Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geben zu knapp 46% an, dass die 24-Stunden-Betreuung häufig in Anspruch genommen wird; in größeren Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird in gut 42% der Gemeinden die 24-Stunden-Betreuung häufig in Anspruch genommen.

---

<sup>14)</sup> Nur jene Fälle, die über das BMASGK eine Förderung im Jahr 2018 bezogen.

Abbildung 22: **Inanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung**

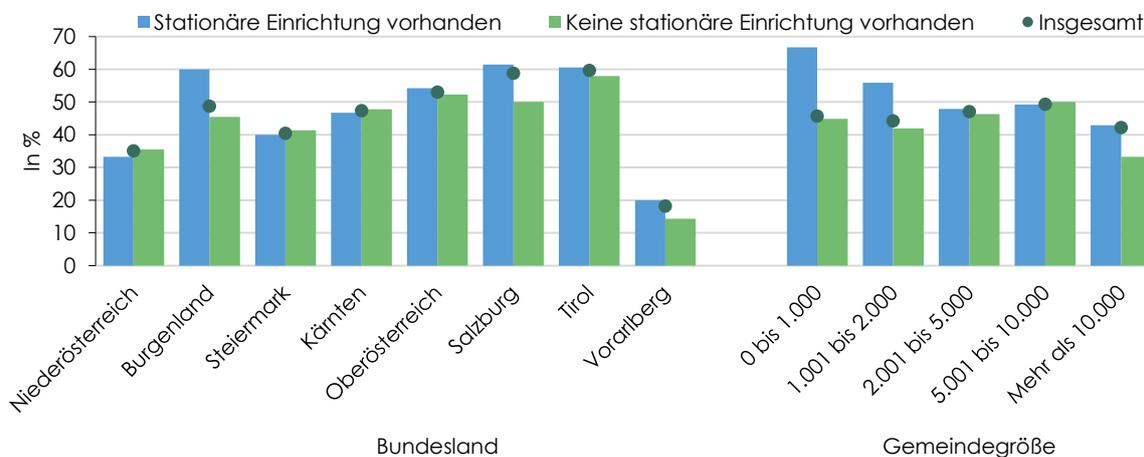
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 623.

Abbildung 23: **Häufige Inanspruchnahme von 24-Stunden-Betreuung**

In % der Gemeinden mit bzw. ohne stationäre Einrichtung



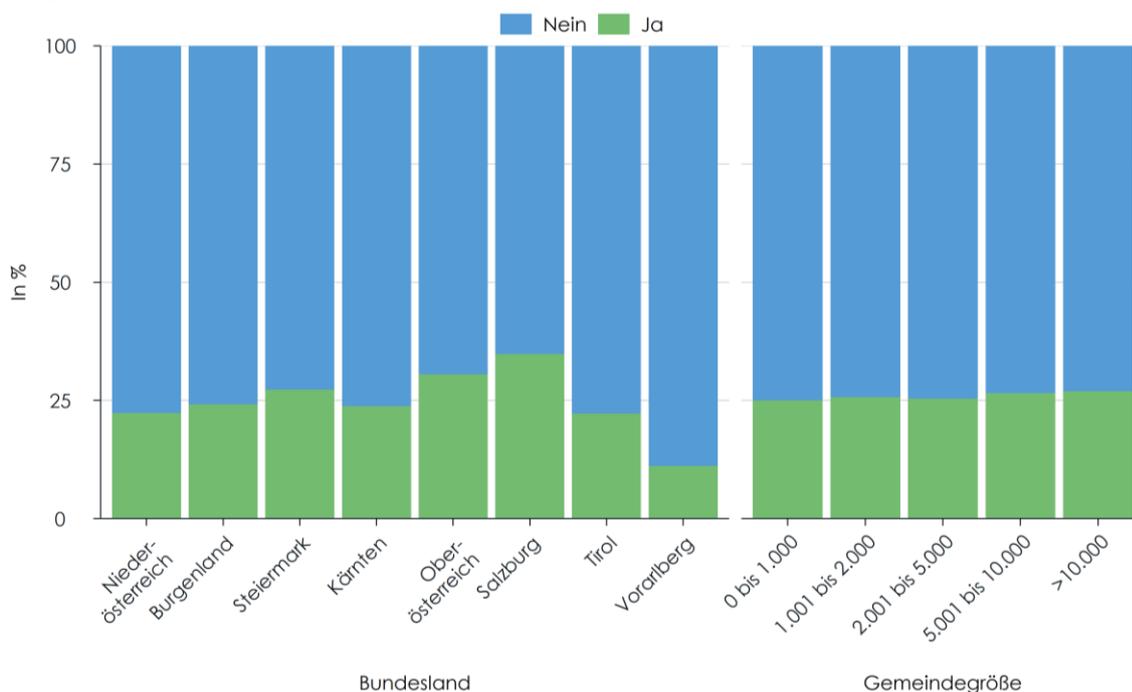
Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 623.

Zwischen der häufigen Inanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung und dem Vorhandensein von stationären Einrichtungen in den Gemeinden zeigt sich kein klarer Zusammenhang (Abbildung 23 und Übersicht A 14 im Anhang). A priori könnte man vermuten, dass in Gemeinden mit stationären Einrichtungen die 24-Stunden-Betreuung weniger in Anspruch genommen wird, falls diese beiden Dienstleistungen Substitute wären. Die Befragungsdaten bestätigen dies jedoch nicht. Gemeinden ohne stationäre Einrichtungen geben nicht öfter an, dass in ihrer

Gemeinde die 24-Stunden-Betreuung häufig in Anspruch genommen wird. In manchen Bundesländern (bzw. Gemeindegrößen) zeigt sich sogar das Gegenteil, wobei die Fallzahlen in diesen Bundesländern klein sind.

**Abbildung 24: Qualitätsprobleme mit der 24-Stunden-Betreuung**

In % der Gemeinden, in denen häufig oder fallweise 24-Stunden-Betreuung in Anspruch genommen wird



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 362.

Diese Ergebnisse verdeutlichen die bedeutende Rolle der 24-Stunden-Betreuung in der österreichischen Pflegelandschaft. Dabei gibt immerhin rund ein Viertel der Gemeinden an, dass es (nicht näher definierte) Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung gibt (Abbildung 24 und Übersicht A 15 im Anhang). Beachtlich ist hier der Unterschied zwischen den Bundesländern: Während in Salzburg fast 35% der Gemeinden von Qualitätsproblemen berichten, sind das in Vorarlberg nur gut 11%. Keine Unterschiede zeigen sich nach den Gemeindegrößen. Hervorzuheben ist, dass die vorliegende Auswertung ein anderes Bild als die Auswertungen der Hausbesuche des Kompetenzzentrums in der häuslichen Pflege (angesiedelt in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern) ergibt. Diese Hausbesuche werden stichprobenartig bei Personen gemacht, die eine Förderung der 24-Stunden-Betreuung beziehen, um die Betreuungsqualität der 24-Stunden-Betreuung zu überprüfen.<sup>15)</sup> In diesen (im Vorfeld angekündigten) Hausbesuchen zeigt sich insgesamt ein besseres Bild der Qualität der 24-Stunden-Betreuung (BMASGK, 2019).

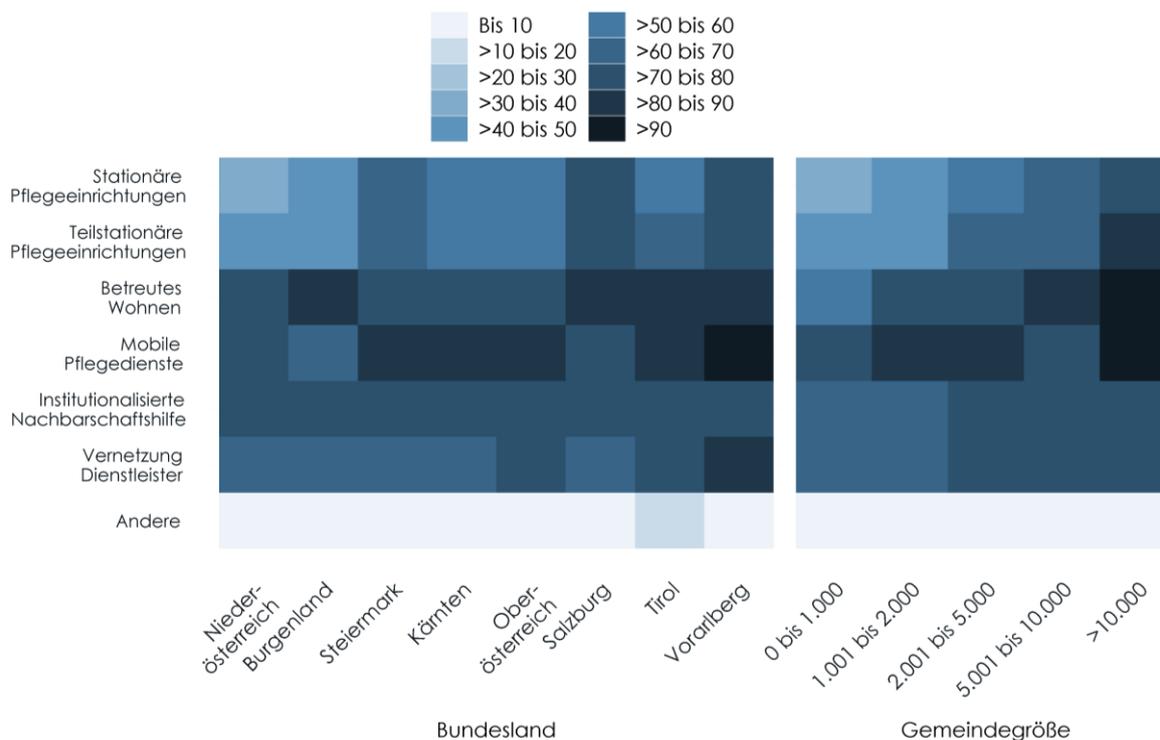
<sup>15)</sup> Beginnend mit dem 3. Quartal 2018 werden nunmehr sukzessive Hausbesuche bei allen 24-Stunden-Betreuung-Förderungsfällen durchgeführt (BMASGK, 2019).

## 4.6 Strategien und Herausforderungen

Die Projektionen in Abschnitt 2.2 zeigen klar, dass sich Gemeinden einer steigenden Nachfrage nach Pflegedienstleistungen gegenüber sehen und diese demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auch auf Gemeindeebene einer Vorbereitung bedarf. Angesichts dieser Entwicklungen verfolgen die Gemeinden unterschiedliche Strategien, um den Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben (Abbildung 25 bis Abbildung 32 und Übersicht A 16 im Anhang). Insgesamt stufen sie den Ausbau von betreubarem Wohnen (Abbildung 28) und mobilen Diensten (Abbildung 29) als wichtiger ein als den Ausbau von (teil-)stationären Diensten (Abbildung 26 und Abbildung 27) – allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Einen Überblick über die jeweils als "sehr wichtig" oder "(eher) wichtig" erachteten Strategien gibt Abbildung 25.

Abbildung 25: **Sehr oder (eher) wichtige Strategien, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

In % der Gemeinden

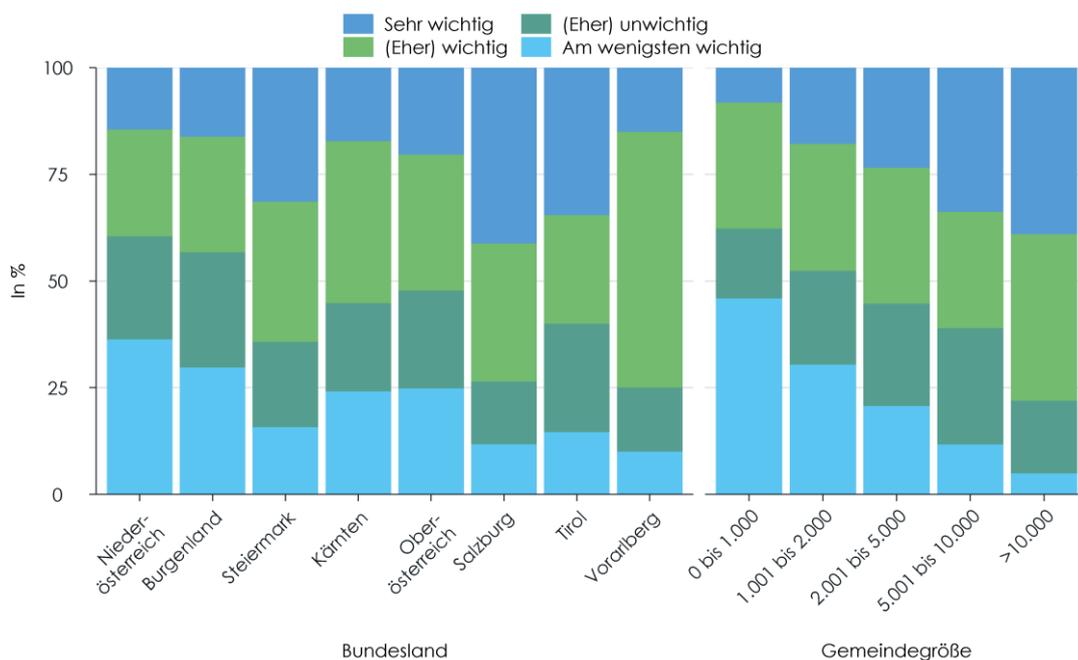


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Besonders Gemeinden in Salzburg (74%), Tirol (60%), der Steiermark (64%) und Vorarlberg (75%) sehen den Ausbau von stationären Pflegeeinrichtungen als sehr oder eher wichtig an, während Gemeinden in Niederösterreich (40%) und im Burgenland (43%) das als weniger wichtig ansehen.<sup>16)</sup> Der Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen wird wichtiger, je größer die Gemeinde ist (Abbildung 26 und Übersicht A 16 im Anhang).

Abbildung 26: **Relevanz des Ausbaus stationärer Pflegeeinrichtungen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

In % der Gemeinden



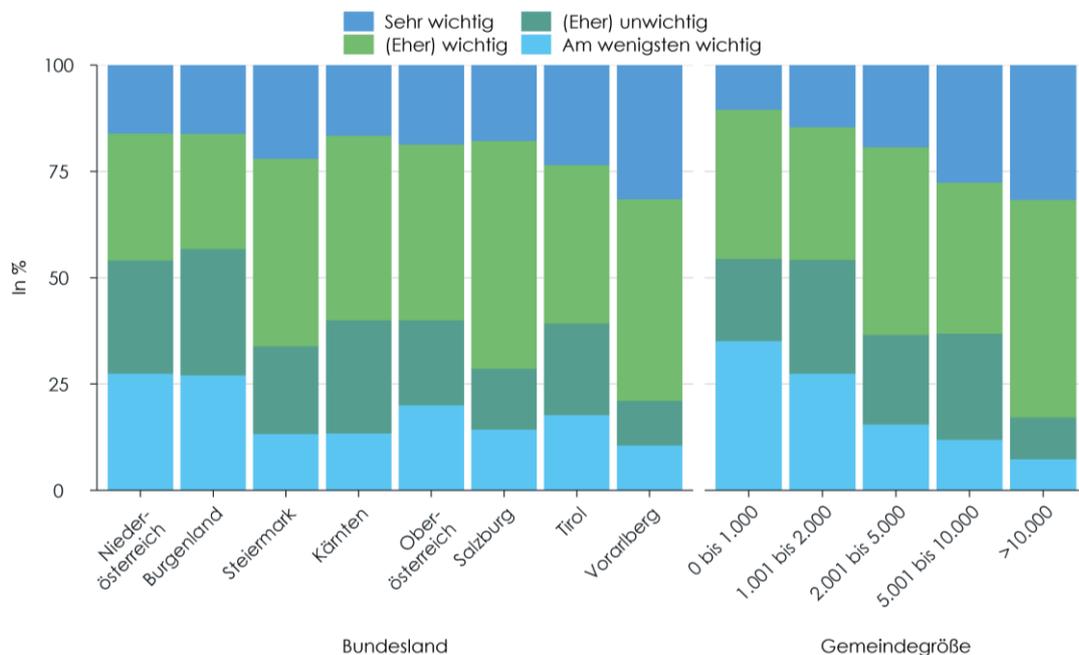
Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 526.

Den Ausbau von teilstationären Pflegeeinrichtungen sehen allen voran Gemeinden in Vorarlberg (79%), Salzburg (72%) und der Steiermark (66%) als wichtige Strategie an, um der steigenden Pflegenachfrage zu begegnen (Abbildung 27 und Übersicht A 16 im Anhang). Auch hier sehen wiederum Gemeinden in Niederösterreich und im Burgenland den geringsten Handlungsbedarf. Wie auch bei stationären Pflegeeinrichtungen sehen größere Gemeinden im Ausbau der teilstationären Pflegeeinrichtungen eine wichtigere Strategie als kleinere Gemeinden.

<sup>16)</sup> Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass Vorarlberg, Tirol und Salzburg zu den Bundesländern mit der größten Steigerung in der Hochaltrigkeit zählen.

Abbildung 27: **Relevanz des Ausbaus teilstationärer Pflegeeinrichtungen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

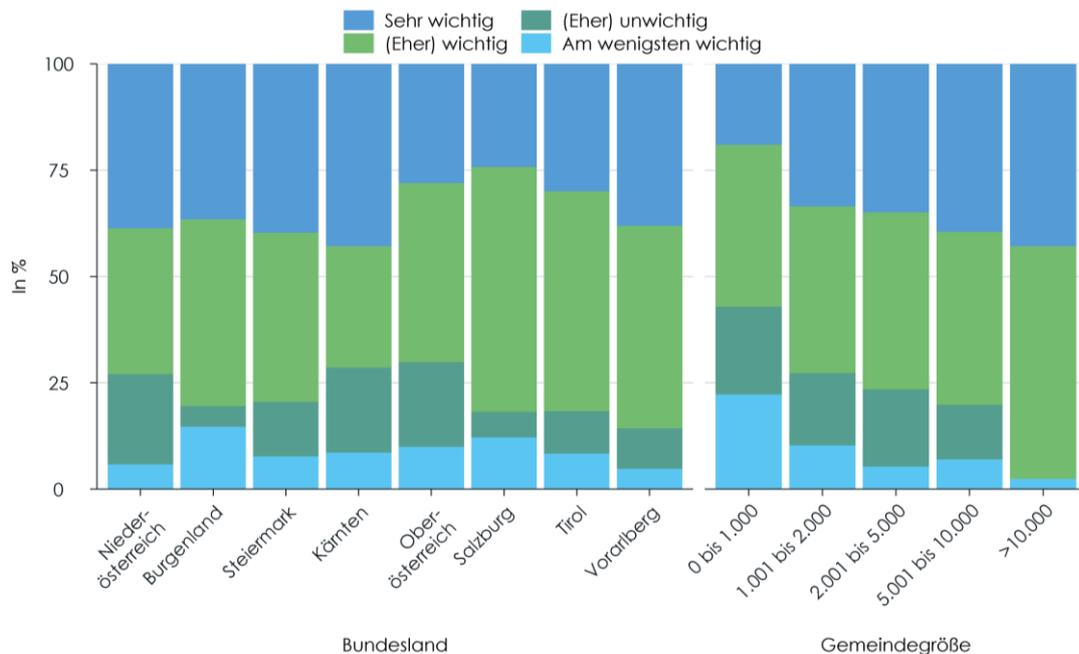
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 512.

Abbildung 28: **Relevanz des Ausbaus von betreutem/betreubarem Wohnen, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

In % der Gemeinden



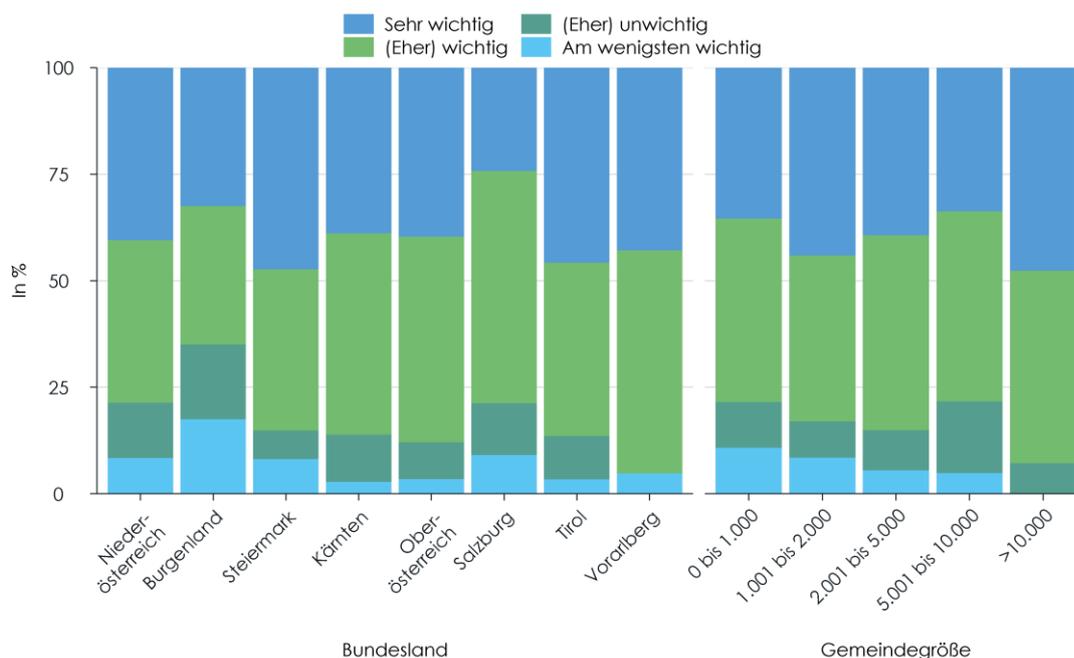
Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 576.

Der Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen findet in den österreichischen Gemeinden quer über alle Bundesländer breite Zustimmung (Abbildung 28 und Übersicht A 16 im Anhang). Ein Großteil der Gemeinden sieht im Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen eine sehr bzw. eher wichtige Strategie der steigenden Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu begegnen. Für größere Gemeinden ist dies darüber hinaus eine wichtigere Strategie als für kleinere Gemeinden, was u. a. mit den geringeren finanziellen Ressourcen (wie auch bei den (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen) in Zusammenhang steht.

Ebenso sehen österreichische Gemeinden im Ausbau der mobilen Pflegedienste eine wichtige Strategie, einzig im Burgenland wird diese Strategie von nur 65% der Gemeinden als sehr oder eher wichtig angesehen (Abbildung 29 und Übersicht A 16 im Anhang). Im Bereich der mobilen Pflegedienste ist der Unterschied zwischen größeren und kleineren Gemeinden geringer. Auch für kleinere Gemeinden ist der Ausbau der mobilen Pflegedienste eine wichtige Strategie, um der steigenden Pflegenachfrage zu begegnen.

Abbildung 29: **Relevanz des Ausbaus mobiler Dienste, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

In % der Gemeinden

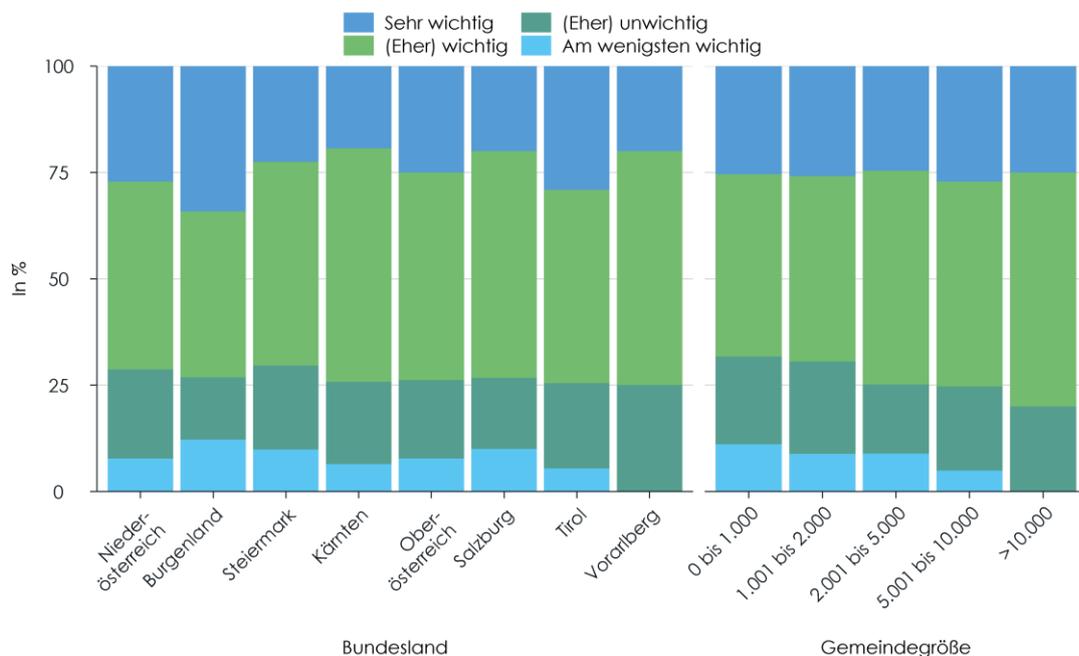


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 568

Auch den Ausbau von institutionalisierter Nachbarschaftshilfe – wie z. B. die Organisation von ehrenamtlicher Hilfe – sehen die meisten Gemeinden (rund drei Viertel) als wichtigen Teil einer Strategie, um das System der Pflegeversorgung zukunftsfit zu machen (Abbildung 30 und Übersicht A 16 im Anhang). Der Ausbau von institutionalisierter Nachbarschaftshilfe wird in größeren Gemeinden für etwas wichtiger eingestuft als in kleineren Gemeinden.

Abbildung 30: **Relevanz des Ausbaus institutionalisierter Nachbarschaftshilfe (z. B. Ehrenamt), um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

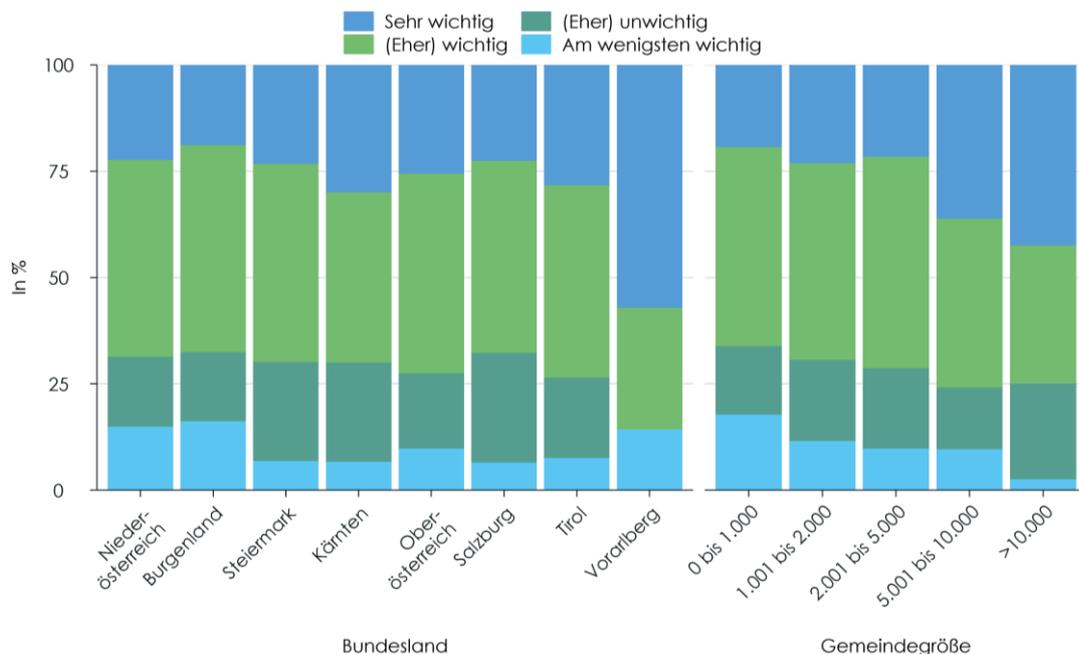
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 545

Abbildung 31: **Relevanz des Ausbaus von Vernetzung verschiedener Dienstleister bzw. einer integrierten Versorgungsstruktur, um Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben**

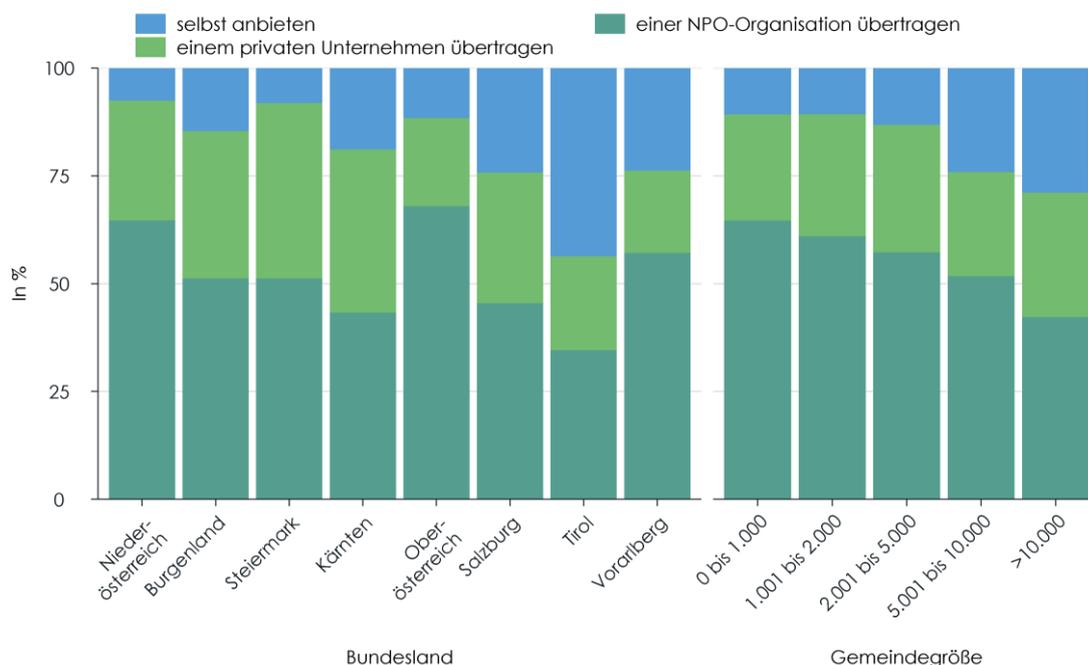
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 543



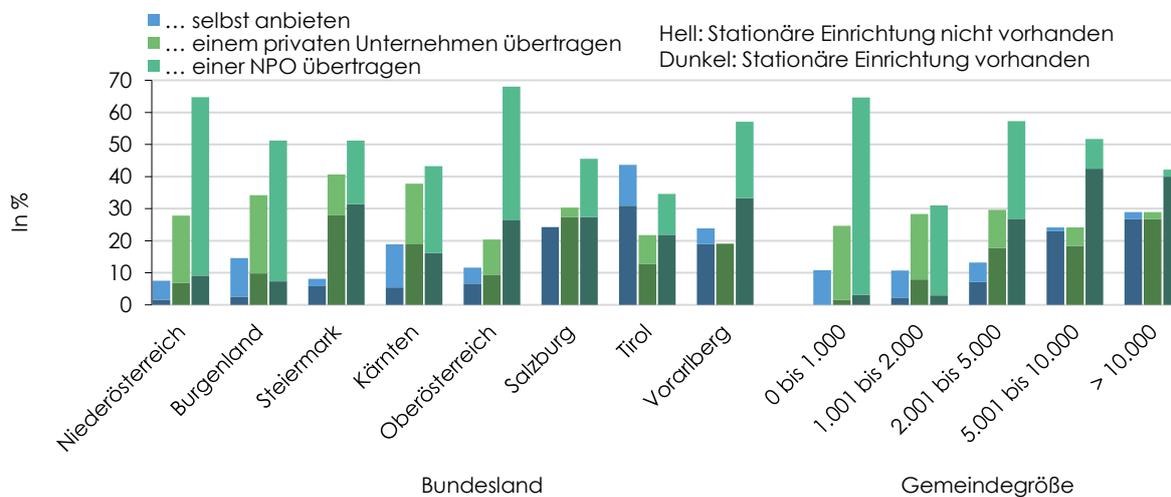
Abbildung 33: **Gemeinde sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung vermehrt Pflegedienste...**  
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 587.

Wer nach Meinung der Gemeinden künftig vermehrt Pflegedienstleistungen anbieten soll, ist auch davon beeinflusst, ob in der Gemeinde eine stationäre Einrichtung vorhanden ist oder nicht (Abbildung 34 und Übersicht A 18 im Anhang). In Niederösterreichs Gemeinden werden NPOs präferiert; wenn eine stationäre Einrichtung vorhanden ist, werden NPOs und private Unternehmen gleich gereiht. In burgenländischen Gemeinden werden zwar NPOs auch präferiert, doch wenn in den Gemeinden eine stationäre Einrichtung vorhanden ist, dann wird vermehrt angegeben, dass private Unternehmen künftig Pflegedienstleistungen anbieten sollen. In der Steiermark haben private Unternehmen den höchsten Zuspruch, wenn auch knapp hinter den NPOs, aber bei Gemeinden mit stationärer Einrichtung sind beide fast gleichauf – wie auch in Kärnten und Salzburg. In Oberösterreich gibt es unter allen Bundesländern den größten Zuspruch für NPOs als Pflegedienstleistungsanbieter; auch bei Gemeinden mit stationären Einrichtungen werden NPOs präferiert. In Tirol sehen sich auch die Gemeinden mit stationären Einrichtungen künftig als die primären Anbieter. In Vorarlberg werden zwar mehrheitlich NPOs als Pflegeanbieter gesehen; jene Gemeinden, die private Unternehmen bevorzugen, sind ausschließlich solche mit stationärer Einrichtung.

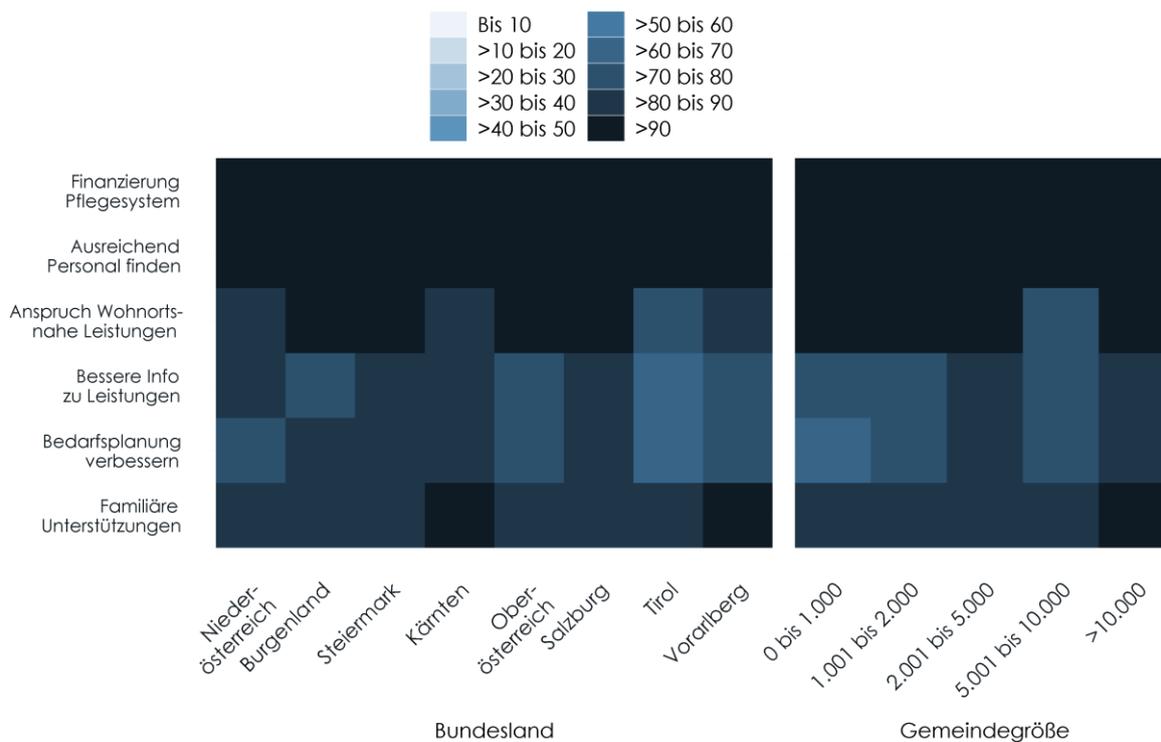
Abbildung 34: **Gemeinde sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung vermehrt Pflegedienste...**  
In % der Gemeinden mit bzw. ohne stationärer Einrichtung



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 587.

Was sind nun mittelfristig die größten Herausforderungen aus Sicht der Gemeinden? Einen Überblick über die als sehr oder (eher) wichtig erachteten Herausforderungen bietet Abbildung 35.

Abbildung 35: **Sehr oder (eher) wichtige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung**  
In % der Gemeinden

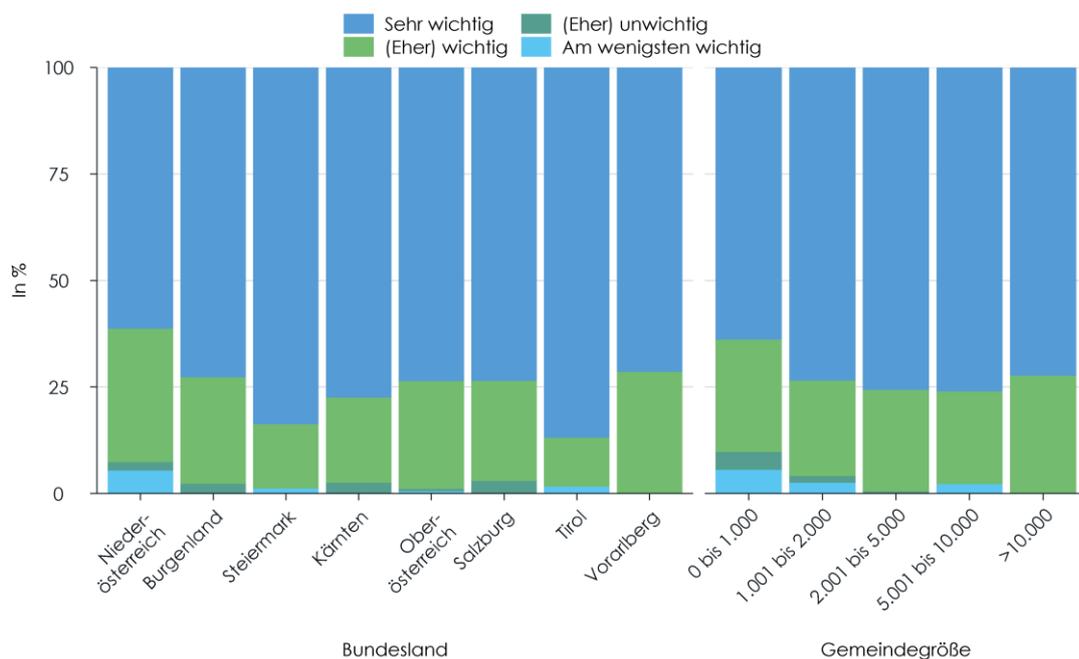


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Die Finanzierung des Pflegesystems wird quer durch alle Bundesländer und Gemeindegrößen als die größte Herausforderung betrachtet (Abbildung 36 und Übersicht A 19 im Anhang). 93% (Niederösterreich) bis 100% (Vorarlberg) der Gemeinden sehen die künftige Finanzierung des Pflegesystems als sehr wichtig oder (eher) wichtig an. Nur ein sehr kleiner Anteil der österreichischen Gemeinden sehen in der Finanzierung der Pflegesystem (eher) keine wichtige Herausforderung (am höchsten ist dieser Wert in Niederösterreich mit gut 7%).

Abbildung 36: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Finanzierung des Pflegesystems**

In % der Gemeinden

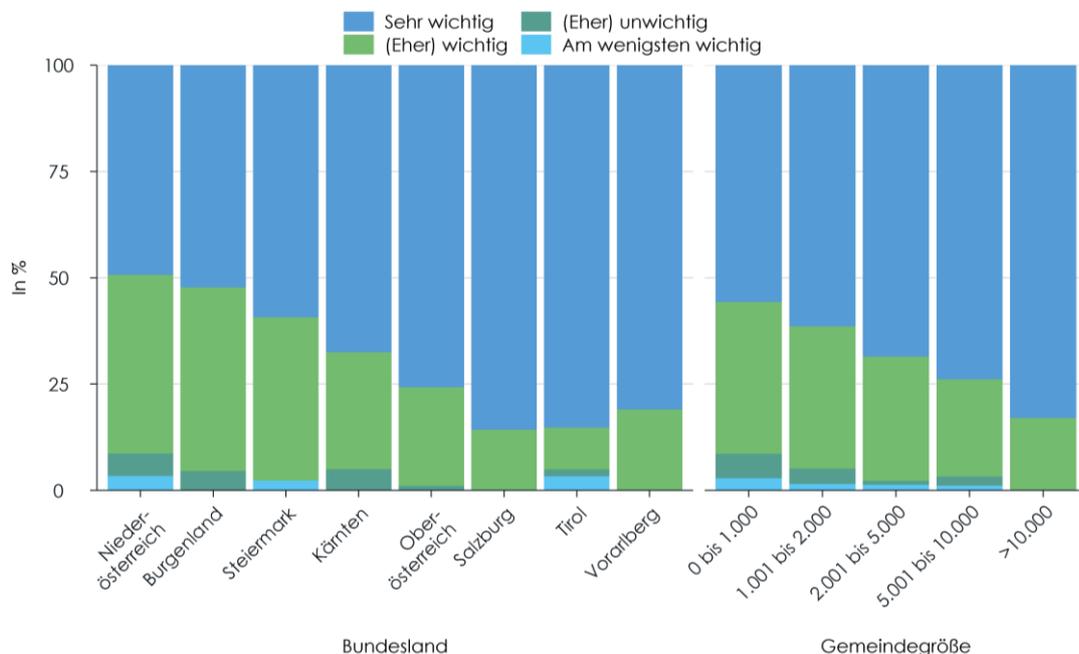


Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 633

Neben der Frage der Finanzierung sehen die österreichischen Gemeinden die Frage des Pflegepersonals als wesentliche Herausforderung (Abbildung 37 und Übersicht A 19 im Anhang). Die Herausforderung, ausreichend Pflegepersonal zu finden, sehen 91% (Niederösterreich) bis 100% (Vorarlberg) der Gemeinden als sehr wichtig bzw. (eher) wichtig an, nur ein kleiner Teil von Gemeinden sehen diese Herausforderung als (eher) unwichtig bzw. am wenigsten wichtig an (am höchsten ist dieser Wert wiederum in Niederösterreich mit knapp 9%). In den westlichen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg betonen sogar jeweils mehr als 75% der Gemeinden, dass die Herausforderung, ausreichend Pflegepersonal zu finden, sehr wichtig ist. Der Anteil der Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die darin eine sehr wichtige Herausforderung sehen, liegt ebenfalls bei über 75%, wohingegen der Anteil bei den kleinsten Gemeinden nur knapp über 55% liegt.

Abbildung 37: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Ausreichend Pflegepersonal zu finden**

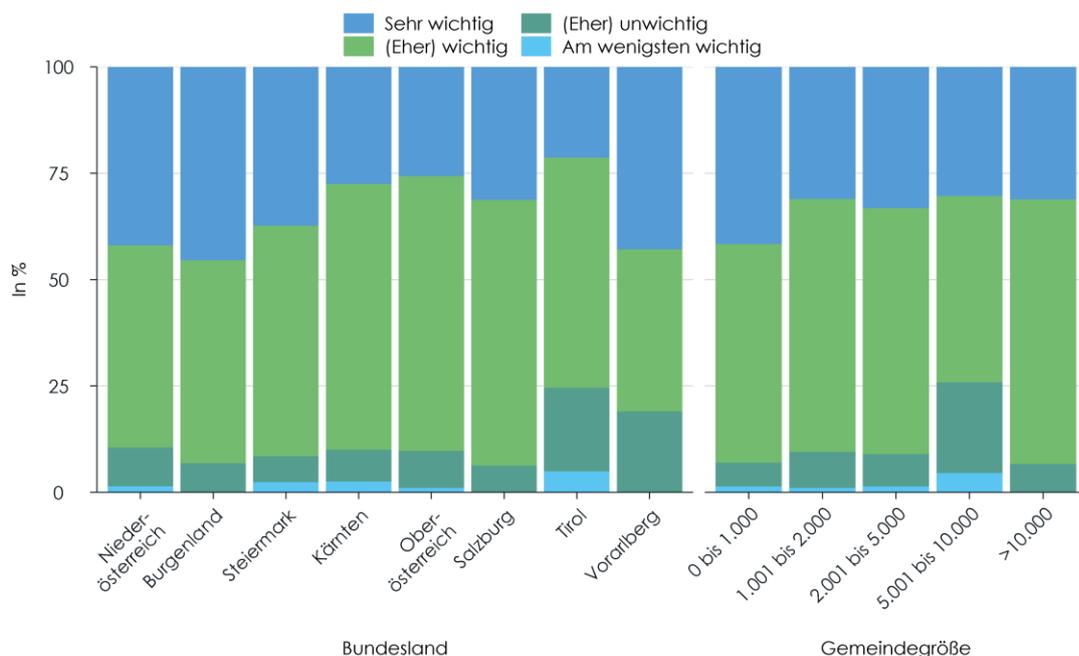
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 635

Abbildung 38: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen zu können**

In % der Gemeinden

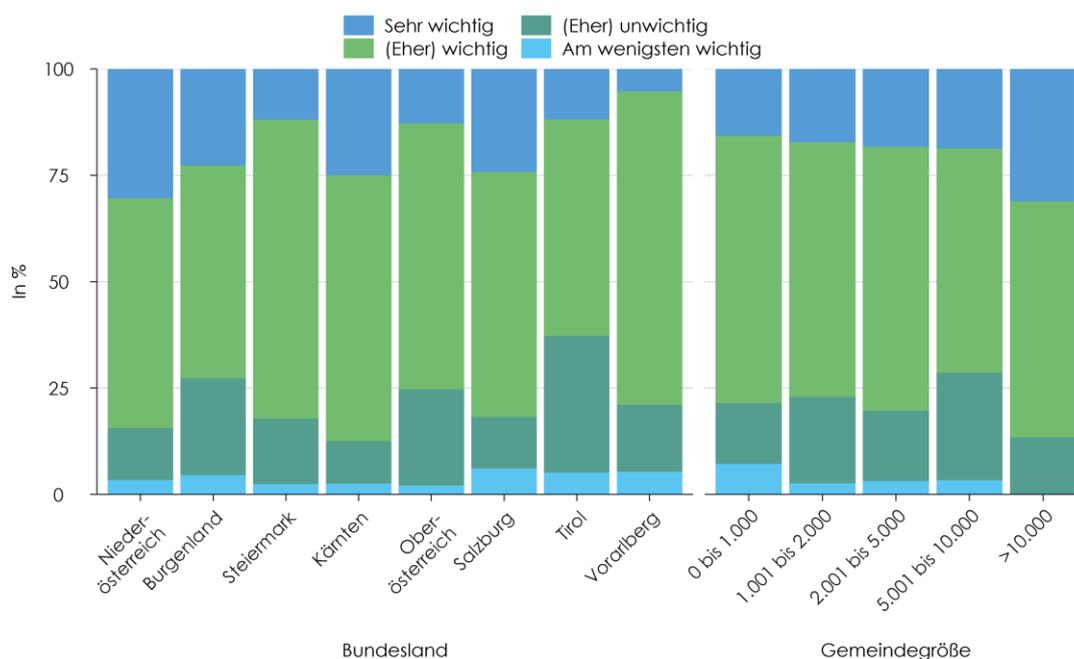


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 619

Die Herausforderung, dass pflegebedürftige Menschen pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen können, sehen auch etwa 75% (Tirol) bis knapp 94% (Salzburg) der Gemeinden als sehr wichtig bzw. (eher) wichtig an, wenn auch mit einem geringeren Zuspruch als die Herausforderungen Finanzierung und Pflegepersonal (Abbildung 38 und Übersicht A 19 im Anhang). In Tirol und Vorarlberg – wo ein großer Anteil der Bevölkerung zentral in Tälern wohnen – ist diese Herausforderung weniger wichtig als in den Flächenbundesländern. Über die Gemeindegrößen hinweg sieht man ein recht ähnliches Antwortverhalten, mit Ausnahme der Gemeinden zwischen 5.001 und 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die die Herausforderung der wohnortnahen pflegerischen bzw. ärztlichen Leistungen als weniger wichtig ansehen als kleinere Gemeinden bzw. Gemeinden mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Etwas differenzierter ist das Antwortverhalten der Gemeinden in den unterschiedlichen Bundesländern bei der Frage, inwieweit eine bessere Information zu möglichen Pflegeunterstützungsleistungen für betroffene Familien zu den wichtigsten Herausforderungen zählt (Abbildung 39 und Übersicht A 19 im Anhang). Auch wenn insgesamt eine relativ breite Unterstützung dieser Frage (63% in Tirol bis knapp 88% in Kärnten sehen diese Herausforderung als sehr wichtig bzw. (eher) wichtig an) erkennbar ist, zeigen sich auch Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Darüber hinaus sehen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern darin eine größere Herausforderung als kleinere Gemeinden.

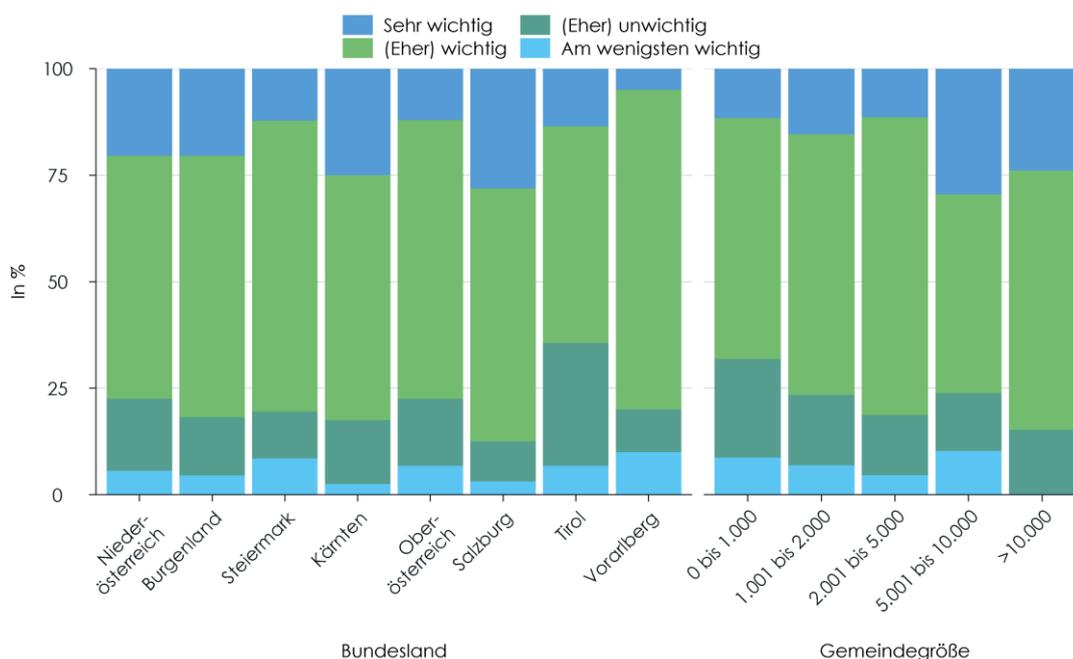
Abbildung 39: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Bessere Information zu möglichen Pflegeunterstützungsleistungen für betroffene Familien**  
In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 622

Die Verbesserung der Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen sehen 64% (Tirol) bis 88% (Salzburg) der Gemeinden als sehr wichtige bzw. (eher) wichtige mittelfristige Herausforderung an (Abbildung 40 und Übersicht A 19 im Anhang). Auch bei dieser Herausforderung zeigt sich, dass größere Gemeinden diese als wichtiger erachten als kleinere Gemeinden.

Abbildung 40: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen zu verbessern**  
In % der Gemeinden

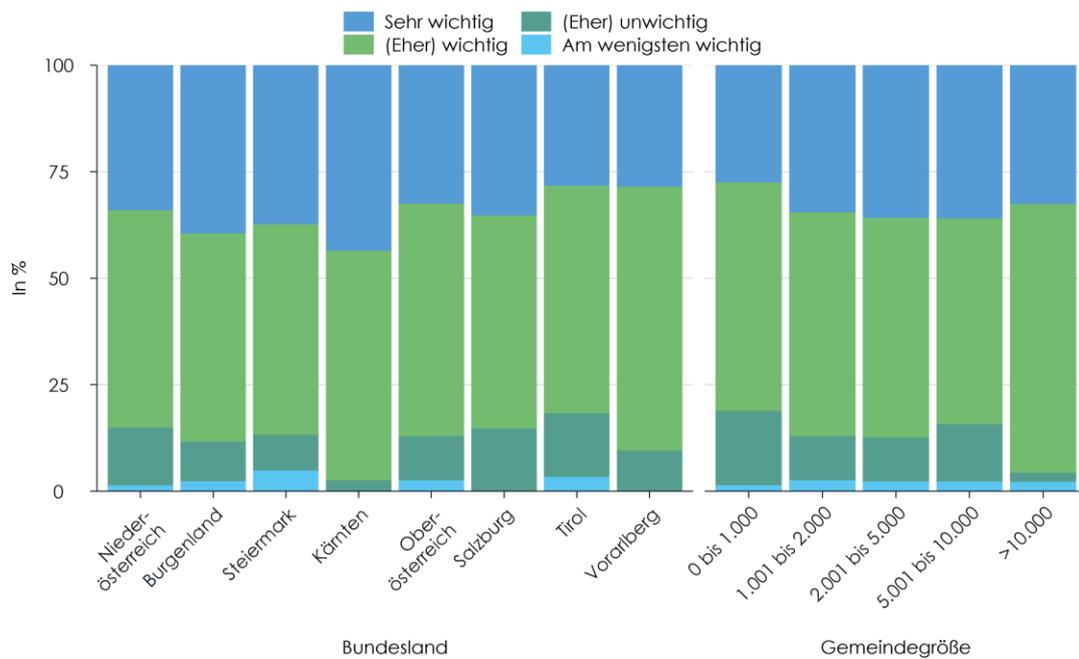


Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 610

Die Herausforderung, die familiäre Unterstützung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten, findet recht hohen Zuspruch in den Gemeinden quer über alle Bundesländer (Abbildung 41 und Übersicht A 19 im Anhang). Die Gemeinden in Kärnten sehen diese Herausforderung insgesamt als am wichtigsten an (44% "sehr wichtig", 97% "sehr oder (eher) wichtig"), während Gemeinden in Tirol dies mit 28% "sehr wichtig" bzw. 82% "sehr oder (eher) wichtig" als am wenigsten wichtig erachten. Für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – also jene Gemeinden, die die derzeitige und künftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung als am problematischsten sehen (vgl. Abbildung 20) – ist diese Herausforderung wichtiger als für kleinere Gemeinden, die die derzeitige und künftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung etwas weniger problematisch beurteilen.

Abbildung 41: **Mittelfristige Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung: Familiäre Unterstützung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten**

In % der Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 621

## 5. Schlussfolgerungen und pflegepolitische Handlungsspielräume

### 5.1 Hauptergebnisse der Studie

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass Gemeinden künftig mit einem deutlichen demographischen und gesellschaftlichen Wandel konfrontiert sind, den es im Bereich der Pflegevorsorge zu gestalten gilt. In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Zahl an alten Menschen in den österreichischen Gemeinden sowohl absolut als auch relativ zu jüngeren Menschen stark erhöhen. Dies hat zur Folge, dass die Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen nicht nur aufgrund der steigenden Zahl an älteren und hochaltrigen Menschen zunehmen wird, sondern auch weil das Potenzial für informelle Pflege durch die relative Abnahme potentieller informeller Pflegepersonen abnehmen wird. In allen Bundesländern ist in den nächsten drei Jahrzehnten mit einer Zweieinhalb- bis Verdreifachung der hochaltrigen Personen im Alter von 85 und mehr Jahren zu rechnen, von denen der überwiegende Teil im Laufe des Lebens pflegebedürftig sein wird. Die Entwicklung ist regional recht unterschiedlich mit einer tendenziell stärkeren Alterung im Westen Österreichs.

Vor diesem Hintergrund verfolgte die Studie das Ziel, auf Basis einer Befragung von Gemeinden die aktuelle Situation der Pflegeversorgung in den Gemeinden sowie einen Ausblick auf die Zukunft aus Gemeindesicht abzubilden um daraus pflegepolitische Handlungsspielräume abzustecken.

Das österreichische System der Langzeitpflege ist gekennzeichnet durch einen hohen Stellenwert der Angehörigenpflege (Nagl-Cupal et al., 2018) und – im europäischen Vergleich – unterdurchschnittliche öffentliche Ausgaben (in Relation zum BIP) für stationäre und mobile Pflege. So nehmen gut 40% der Pflegegeldbeziehenden keine Pflegedienstleistungen in Anspruch. Die öffentliche Hand unterstützt pflegebedürftige Personen durch das Pflegegeld (Zuständigkeit beim Bund; 51% der öffentlichen Kosten für Langzeitpflege) und Sachleistungen in Form von Pflegedienstleistungen (Zuständigkeit bei den Bundesländern und Gemeinden; 49% der öffentlichen Kosten für Langzeitpflege). Die Privathaushalte leisten finanzielle Eigenbeiträge für Pflegedienstleistungen sowie nichtfinanzielle Beiträge im Rahmen der informellen Pflege. Die Organisation der Sachleistungen ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt, was sich auch in der Beantwortung des Fragebogens widerspiegelt.

Die Projektionen über die Nachfrage und die Kosten der Pflegedienste für die öffentlichen Haushalte zeigen markante Anstiege in den kommenden Jahrzehnten. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung wie auch einer sich verbessernden gesundheitlichen Situation älterer Menschen, eines Rückgangs der informellen Pflege und Kostensteigerungen im Pflegektor, zeigen die Projektionen eine deutliche Steigerung der Nachfrage und der Finanzaufwände für Pflegedienstleistungen. Die Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für Pflege- und Betreuungsdienste nehmen um real 77% zu. Der Anstieg der Ausgaben für das Pflegegeld wird im gleichen Zeitraum auf 25% geschätzt. Der fiskalische Effekt der Abschaffung des Eigenregresses in der stationären Pflege wird für das Jahr 2018 auf rund 273 Mio. € geschätzt – im Jahr 2030 wird dieser Betrag auf 596 Mio. € geschätzt (nominell) (Klien et al., 2020).

Bei der online-Befragung zur Pflegevorsorge in den Gemeinden haben 647 Gemeinden – das sind 31% aller Gemeinden in Österreich – teilgenommen. Die höchste Teilnahme wurde in Oberösterreich (46%), die niedrigste in Tirol (22%) verzeichnet. Größere Gemeinden waren eher zur Teilnahme bereit als kleinere Gemeinden. Ausgewertet wurden die Fragen nach Bundesländern (ohne Wien) sowie nach Gemeindegrößen (5 Gruppen). Die wesentlichen Ergebnisse der Befragung lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Pflegeinfrastruktur in den an der Befragung teilgenommenen Gemeinden weist große Unterschiede auf. Mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung weisen die flächendeckendste Verbreitung auf. Stationäre Einrichtungen sind in Gemeinden in Salzburg, Vorarlberg, Tirol und der Steiermark stärker vorzufinden als in den Gemeinden der anderen Bundesländer. Organisatorische Hilfestellungen von Gemeinden bei Pflegebedürftigkeit sind vor allem im Bereich der Information und der Beratung angesiedelt, in Gemeinden der westlichen Bundesländer auch Hilfsmittelverleihe.
- Stationäre bzw. teilstationäre Pflegeeinrichtungen erfüllen in den Gemeinden nicht nur eine Versorgungsfunktion, sondern vor allem in den Gemeinden der westlichen Bundesländer auch die Funktionen eines sozialen Treffpunkts, eines Stützpunktes für andere Pflegedienstleistungen und der Kurzzeitpflege. Diese Multifunktionalität von (teil-)stationären Einrichtungen steigt mit der Gemeindegröße. Kooperationen zwischen (teil-)stationären Einrichtungen und mobilen Diensten sind zahlreich und werden noch stärker gewünscht.
- Die Information zur Pflegenachfrage in den Gemeinden beziehen die meisten Gemeinden (außer in Vorarlberg) vorwiegend aus individuellen Nachfragen durch die Betroffenen. Auch bedeutend für die Informationsgewinnung sind die in der Gemeinde aktiven Pflegedienstleister (besonders in Vorarlberg). Interessant hierbei ist, dass die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder zumeist eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen, ebenso Informationen seitens des Bundes bzw. der Länder. Information über die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen werden zwar auch meist durch individuelle Nachfragen gewonnen – es zeigt sich jedoch, dass eine Reihe von Gemeinden in manchen Bundesländern (Kärnten, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark) angeben, gar keine Information zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu beziehen. Auch für die Erhebung der künftigen Nachfrage spielen für die Gemeinden Bedarfs- und Entwicklungspläne kaum eine Rolle (mit Ausnahme von Salzburg und Vorarlberg). Dieses Bild bestätigt sich auch durch die Antworten der Gemeinden auf die Frage, ob sie selbst systematisch Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflege in der jeweiligen Gemeinde erheben. Während in Vorarlberg fast 48% der Gemeinden diese Frage bejahen, sind das in Niederösterreich nur 9%. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Gemeinden erhebt keine selbst systematischen Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflege in der Gemeinde. Ein optimales Informationssystem würde für die meisten Gemeinden eine regionale Pflegeinformationsstelle mit Monitoringfunktion bzw. die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen beinhalten.

- Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung wird in den Gemeinden der westlichen Bundesländer und im Burgenland als meist bzw. eher ausreichend eingeschätzt, die künftige Leistungsfähigkeit als wesentlich niedriger. Kleinere Gemeinden schätzen die Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung höher ein als größere Gemeinden. In fünf Bundesländern wurde in Gemeinden ohne stationäre Einrichtung die derzeitige Leistungsfähigkeit als zumindest "eher ausreichend" angesehen als in Gemeinden mit stationärer Einrichtung, wodurch der gesellschaftliche Druck, eine stationäre Einrichtung zur Verfügung zu stellen, in Gemeinden mit ausreichend verfügbaren informellen Netzwerken geringer sein dürfte.
- Die 24-Stunden-Betreuung wird flächendeckend über alle Gemeinden in Österreich (Ausnahme: Vorarlberg) als wichtige Betreuungsform gesehen. So gaben z. B. in Tirol 60% der Gemeinden an, dass sie häufig in Anspruch genommen wird, in Vorarlberg hingegen nur knapp ein Fünftel der Gemeinden. Zwischen der Häufigkeit der Inanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung und dem Vorhandensein einer stationären Pflegeeinrichtung zeigt sich kein klarer Zusammenhang. Probleme zeigen sich jedoch mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung: Rund ein Viertel der Gemeinden geben an, dass es Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung gibt (Salzburg 35% bis Vorarlberg 11%).
- Angesichts der demographischen Entwicklungen, denen Gemeinden entgegensehen, verfolgen Gemeinden unterschiedliche Strategien, um den Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben. Dabei stufen die Gemeinden in Österreich den Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen und mobilen Diensten in Summe als etwas wichtiger ein als den Ausbau von (teil-)stationären Diensten, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zeigen. Besonders Gemeinden in Salzburg, Tirol, der Steiermark und Vorarlberg sehen den Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen als wichtig an, während dies in Niederösterreich und im Burgenland weniger der Fall ist, was in den unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den Bundesländern begründbar sein könnte.
- Der Großteil der Gemeinden sieht Non-Profit-Organisationen als künftige Anbieter von Pflegediensten als am besten geeignet, gefolgt von privaten Unternehmen, wobei diese Angaben stark von der gegenwärtigen Organisation in den Bundesländern abhängt. So wollen Tiroler Gemeinden künftig eher selbst Pflegedienste anbieten (wie dies auch jetzt schon der Fall ist) und private Unternehmen werden eher in jenen Bundesländern genannt, die auch jetzt schon ein stärkeres Engagement von privaten Unternehmen aufweisen (etwa die Steiermark).
- Die wichtigsten Herausforderungen im Bereich der Pflegevorsorge sehen die Gemeinden vor allem in der Finanzierung des Pflegesystems sowie im Problem, ausreichend Personal zu finden. Weiters wird u. a. der Anspruch wohnortsnaher Leistungen sowie die Gewährleistung der familiären Unterstützung genannt.

## 5.2 Pflegepolitische Handlungsspielräume

Die Ergebnisse der Befragung in den österreichischen Gemeinden zeigen, dass sich die Gemeinden der Effekte der demographischen Entwicklung durchaus bewusst sind und den Ausbau von Pflegedienstleistungen – auch im (teil-)stationären Bereich – als wichtig erachten. Andererseits zeigen sich für eine zukunftsorientierte Aufstellung der Pflegeversorgung in den Gemeinden noch klare Hindernisse:

Die Mehrheit der Gemeinden scheint keine systematischen Herangehensweisen zu verfolgen, um Informationen über den gegenwärtigen und künftigen Pflegebedarf der lokalen Bevölkerung zu erheben. Es zeigt sich, dass die Bedarfs- und Entwicklungsplänen der Länder bei der Planung der Gemeinden nur in einem untergeordneten Ausmaß zur Informationsgewinnung herangezogen werden. Hier scheint eine bessere Koordination dieser Pläne und eine stärkere Regionalisierung innerhalb der Länder unter stärkerer Einbindung der Gemeinden zielführend. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass die Entwicklung von kleinräumigeren regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen laut Befragungsergebnissen breite Zustimmung bei den Gemeinden finden sollte. Noch stärkeren Zuspruch findet die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion. Diese würden einerseits den Betroffenen eine Anlaufstelle zur Informationsbeschaffung und Hilfestellung im Pflegefall bieten und könnte andererseits auch die Entwicklung des regionalen Pflegebedarfs verfolgend und – im besten Fall – prognostizieren. Seitens der Gemeinden besteht die Notwendigkeit, den regionalen Ausbau des Pflegeversorgungssystem systematisch zu begleiten, da auch die Gemeinden erkennen, dass das Pflegepotenzial von Familien künftig unter Druck kommt und auch dadurch – neben der demographischen Entwicklung – die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigen wird.

Gemeinden setzen auf den Ausbau aller Pflegedienstleistungsformen, mit einer besonderen Relevanz für den Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen und mobilen Diensten, aber auch – etwas abgeschwächt – von stationären und teilstationären Diensten, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zeigen. *Famira-Mühlberger – Firgo (2018)* haben gezeigt, dass pflegepolitische Maßnahmen zur Veränderung des Versorgungsmix in Richtung mehr mobile Pflege kostendämpfende Effekte haben können, die Gesamtauswirkungen erweisen sich jedoch als relativ gering im Vergleich zu den demographiebedingten Effekten auf die künftigen Kostenpfade. Der zu erwartende Nachfrageanstieg in der stationären Pflege kann durch den Ausbau und die Förderung von Alternativen verzögert und abgeschwächt, jedoch nicht verhindert werden. Darüber hinaus zeigten die Ergebnisse einer früheren österreichweiten Befragung von Expertinnen und Experten aus der mobilen und stationären Pflegepraxis, dass in vielen Fällen keine unmittelbare Substituierbarkeit von mobilen und stationären Diensten gegeben ist (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014*). Ein zeitlich vorgelagerter, deutlicher Ausbau mobiler Dienste und alternativen Betreuungsformen ist dringlich, ein späterer deutlicher Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen ist im Lichte der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ebenso unerlässlich. Wichtig ist hinzuzufügen, dass die Beziehung zwischen informeller und professioneller mobiler Pflege in Österreich sehr häufig komplementär ist, wie eine Untersuchung von *Firgo – Nowotny – Braun (2020)* zeigt. Eine funktionierende mobile

Pflege setzt demnach meist die Verfügbarkeit von informellen Pflegepersonen voraus. Genau diese Verfügbarkeit kommt jedoch zunehmend unter Druck, was auch die Gemeinden in der Umfrage für die vorliegende Studie erwarten.

Die 24-Stunden-Betreuung wird flächendeckend in den österreichischen Gemeinden wahrgenommen und ist somit ein wichtiger Baustein des österreichischen Pflegesystems. Die Befragung im Rahmen der vorliegenden Studie zeigt jedoch, dass rund ein Viertel der Gemeinden Qualitätsprobleme in der 24-Stunden-Betreuung wahrnehmen. *Firgo – Famira-Mühlberger (2014)* zeigen, dass Pflegedienstleister das Modell der 24-Stunden-Betreuung als "Konkurrenz" bzw. als Substitut wahrnehmen. Um jedoch die 24-Stunden-Betreuung als Substitut nicht nur von informeller Pflege, sondern auch von formalen Pflegedienstleistungen gestalten zu können, müssten einerseits die Qualitätskriterien weiter verbessert werden und andererseits das eingesetzte Personal besser geschult werden, damit auch vermehrt pflegerische Dienste übernommen werden können (*Famira-Mühlberger, 2017*).

Die Gemeinden sehen – neben der Finanzierungsfrage – im drohenden Arbeitskräftemangel im Pflegesektor eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft. Um dem entgegenzuwirken, ist ein Bündel an Maßnahmen nötig. Eine Befragung aus dem Jahr 2014 (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014*) zeigt, dass höhere Einkommen ein wichtiger Faktor für die Attraktivität von Pflegeberufen ist, aber auch bessere Arbeitsbedingungen sind ein wesentliches Kriterium. Genannt werden hier Aspekte wie eine psychosoziale Begleitung des Pflegepersonals, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst lange im Beruf zu halten, die Reduktion der Zahl an prekären Dienstverhältnissen, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und die Förderung der Höherqualifizierung. In Zeiten von höherer Arbeitslosigkeit durch die COVID-19-Krise wird auch eine Förderung der Requalifizierung von arbeitslosen Personen für den Pflegebereich eine zentrale Bedeutung haben müssen. Ebenso werden schnellere und einfachere Nostrifizierungen von Abschlüssen ausländischer Fachkräfte (bei entsprechender fachlicher und sprachlicher Qualifizierung) wesentlich sein für die Deckung des künftigen Bedarfs an Pflegekräften.

Die Verknappung des potentiellen Pflegepersonals bei gleichzeitig steigender Nachfrage wird zu überdurchschnittlichen Lohn- und Kostensteigerungen im Bereich der Pflegedienste führen. Im Vergleich zu anderen Branchen gibt es im Pflegesektor begrenzte Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung, sowie dem damit verbundenen hohen Anteil an Lohnkosten an den Gesamtkosten – auch wenn neue Technologien dies etwas abfedern können. Außerdem wird die Verknappung des Arbeitskräfteangebots relativ zum hohen Anstieg der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu überdurchschnittlichen Lohnabschlüssen führen, damit die Nachfrage nach Pflegekräften gedeckt werden kann. Dies ist ein wesentlicher Faktor, der beim weiteren Ausbau der Pflegedienstleistungen in den Gemeinden berücksichtigt werden muss.

## Literatur

- Biwald, P., Mitterer, K., Seisenbacher, M., Fact Sheets, Sozialhilfe- und Pflegefinanzierung. Grundlagen und Finanzierung der Sozialhilfe sowie Pflege, KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung), Wien, 2019.
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Horvath, T., Huemer, U., Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt. Eine Analyse des Geschlechterverhältnisses in Österreich – Aktualisierung 2017, WIFO, Wien, 2017, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60903>.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK), Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2018, Wien, 2019.
- Famira-Mühlberger, U., Die Bedeutung der 24-Stunden-Betreuung für die Altenbetreuung in Österreich, WIFO, Wien, 2017, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60718>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, WIFO, Wien, 2018, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61563>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., Fritz, O. und Streicher, G., Österreich 2025 - Pflegevorsorge - Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen, Herausforderungen und volkswirtschaftliche Effekte der Pflegevorsorge, WIFO, Wien, 2017, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60469>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., "Zum künftigen Bedarf an Pflegepersonal in den stationären und mobilen Diensten", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(3), S. 149-157, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61700>.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege, WIFO, Wien, 2014, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/47447>.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., "Zu den Kosten für stationäre Pflege im Bundesländervergleich", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(2), S. 109-120, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61650>.
- Firgo, M., Nowotny, K., Braun, A., "Informal, Formal, or Both? Assessing the Drivers of Home Care Utilisation in Austria Using a Simultaneous Decision Framework", Applied Economics, 2020, DOI:10.1080/00036846.2020.1736500.
- Greifeneder, M., 25 Jahre Pflegegeld in Österreich, Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht, 2018, 3, S. 80-83.
- Grossmann, B., Schuster, Ph., Langzeitpflege in Österreich: Determinanten der staatlichen Kostenentwicklung. Österreichische Nationalbank, Wien, 2017.
- Hilfswerk Österreich, Faktencheck Pflege, Teil 2: Wie fair ist Österreichs Pflegesystem? 2018, <https://www.hilfswerk.at/oesterreich/artikel-detail/news/faktencheck-pflege-teil-2-wie-fair-ist-oesterreichs-pflegesystem/>.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich, WIFO, Wien, 2020, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65854>.
- Mayrhuber, C., Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und ihre Bedeutung für das Frauen-Lebenseinkommen, WIFO, Wien, 2017, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61000>.
- Nagl-Cupal, M., Kolland, F., Zartler, U., Mayer, H., Bittner, M., Koller, M., Parisot, V., Stöhr, D., Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hg.), Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke, Universität Wien, 2018.
- Rainer, L., Theurl, E., "Zur Entwicklung der Pflegegeldausgaben in Österreich: Eine empirische Bestandsaufnahme", Wirtschaft und Gesellschaft, 2015, 41(4), S. 565-592.
- Rechnungshof Österreich, Altenbetreuung in Kärnten und Tirol. RH-Bericht Kärnten 2011/1. Wien, 2011.
- Rechnungshof Österreich, Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes, Wien, 2020.
- Staflinger, H., Der OÖ. Mindestpflegepersonalschlüssel für Alten- und Pflegeheime auf dem Prüfstand. Grundlagen – Herausforderungen – Entwicklungsbedarf. Update: rechtliche Grundlagen in den Bundesländern, Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich, Linz, 2018.
- Statistik Austria, Pflegedienstleistungsstatistik 2018, Wien, 2019a.
- Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2019, Wien, 2019b.

## Anhang

### Anhang 1: Ergänzende Übersichten

Übersicht A 1: **Welche Pflegeinfrastrukturen sind in Ihrer Gemeinde vorzufinden?** – Frage 1  
In % der Gemeinden; Mehrfachnennungen möglich

Je Bundesland

	Stationäre Einrichtung	Teilstationäre Einrichtung	Betreutes/ betreubares Wohnen	Mobile Dienste	24- Stunden- Betreuung	Andere	Nur informelle Pflege
	In %						
Niederösterreich	18,5	7,0	41,4	91,7	83,4	2,6	7,6
Burgenland	22,7	11,4	52,3	65,9	59,1	4,6	11,4
Steiermark	65,5	9,2	54,0	89,7	81,6	5,8	6,9
Kärnten	40,0	12,5	32,5	85,0	70,0	10,0	10,0
Oberösterreich	42,8	16,4	68,2	89,1	78,1	2,0	5,5
Salzburg	77,8	11,1	55,6	83,3	72,2	5,6	2,8
Tirol	67,7	29,0	43,6	91,9	61,3	4,8	3,2
Vorarlberg	68,2	36,4	50,0	81,8	77,3	4,6	13,6

Je Gemeindegrößenklasse

	Stationäre Einrichtung	Teilstationäre Einrichtung	Betreutes/ betreubares Wohnen	Mobile Dienste	24- Stunden- Betreuung	Andere	Nur informelle Pflege
EinwohnerInnen	In %						
0 bis 1.000	5,4	1,4	14,9	75,7	67,6	1,4	24,3
1.001 bis 2.000	17,5	4,0	33,0	88,0	76,5	4,0	7,0
2.001 bis 5.000	52,0	12,6	60,2	86,6	77,9	3,9	3,5
5.001 bis 10.000	83,3	31,3	83,3	95,8	75,0	4,2	4,2
Mehr als 10.000	91,7	50,0	97,9	93,8	81,3	6,3	0,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

Übersicht A 2: **Führt die Gemeinde die stationäre Einrichtung selbst?** – Frage 1a  
In % der Gemeinden, in denen (teil-)stationäre Einrichtungen vorhanden sind

Je Bundesland

	In %
Niederösterreich	3,3
Burgenland	0,0
Steiermark	6,9
Kärnten	0,0
Oberösterreich	28,4
Salzburg	82,1
Tirol	68,3
Vorarlberg	46,7

Je Gemeindegrößenklasse

EinwohnerInnen	In %
0 bis 1.000	0,0
1.001 bis 2.000	21,6
2.001 bis 5.000	35,3
5.001 bis 10.000	24,7
Mehr als 10.000	40,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 286.

**Übersicht A 3: Welche organisatorischen Hilfestellungen stehen Ihren pflegebedürftigen GemeindebürgerInnen bzw. deren Familien im Falle des Eintritts von Pflegebedürftigkeit zur Verfügung? – Frage 5**

In % der Gemeinden

Je Bundesland

	Infoveranstaltungen zu Pflege-/Gesundheitsthemen	Beratungsleistung der Gemeinde	Organisation/Vermittlung ehrenamtlicher (Besuchs-) Diensten	Bereitstellung von Pflege- und Betreuungsdiensten durch Gemeinde	Hilfsmittelverleih	Organisation von Pflege- und Betreuungsdiensten durch Gemeinde	Keine	Andere
	In %							
Niederösterreich	48,4	51,6	28,0	3,8	13,4	14,7	16,6	3,8
Burgenland	52,3	43,2	25,0	2,3	31,8	18,2	13,6	6,8
Steiermark	43,7	63,2	40,2	18,4	34,5	24,1	4,6	13,8
Kärnten	65,0	67,5	27,5	5,0	32,5	37,5	5,0	0,0
Oberösterreich	40,8	68,2	39,8	10,0	40,3	19,9	2,5	9,5
Salzburg	50,0	50,0	33,3	11,1	50,0	25,0	8,3	8,3
Tirol	51,6	71,0	46,8	37,1	51,6	21,0	1,6	11,3
Vorarlberg	72,7	77,3	59,1	45,5	40,9	40,9	0,0	22,7

Je Gemeindegrößenklasse

	Infoveranstaltungen zu Pflege-/Gesundheitsthemen	Beratungsleistung der Gemeinde	Organisation/Vermittlung ehrenamtlicher (Besuchs-) Diensten	Bereitstellung von Pflege- und Betreuungsdiensten durch Gemeinde	Hilfsmittelverleih	Organisation von Pflege- und Betreuungsdiensten durch Gemeinde	Keine	Andere
	In %							
EinwohnerInnen								
0 bis 1.000	36,5	56,8	25,7	2,7	24,3	21,6	14,9	9,5
1.001 bis 2.000	39,0	57,5	27,5	8,5	37,5	15,5	10,0	8,5
2.001 bis 5.000	50,2	62,3	37,7	10,4	36,4	32,4	4,3	7,8
5.001 bis 10.000	59,4	62,5	50,0	21,9	25,0	17,7	4,2	9,4
Mehr als 10.000	68,8	77,1	54,2	37,5	35,4	41,7	4,2	8,3

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 649.

**Übersicht A 4: Falls in Ihrer Gemeinde (zumindest) eine (teil-)stationäre Pflegeeinrichtung vorzufinden ist: Welche Funktion(en) erfüllt/erfüllen diese in Ihrer Gemeinde? – Frage 2**

In % der Gemeinden mit (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen; Mehrfachnennungen möglich

Je Bundesland

	Versorgung Pflegerbe- dürftiger	Sozialer Treffpunkt	Infrastruktur (z. B. ange- schlossener Kindergarten)	Stützpunkt für weitere Dienste	Know-How und erster Ansprech- partner In %	Kurzzeit- pflege	Hilfs- und Pflegemittel- verleih	Wichtiger Arbeitgeber	Andere
Niederösterreich	17,2	3,8	0,0	8,9	3,8	11,5	0,6	7,6	0,6
Burgenland	20,5	9,1	0,0	9,1	9,1	11,4	6,8	9,1	2,3
Steiermark	62,1	23,0	8,1	18,4	19,5	31,0	9,2	42,5	1,2
Kärnten	32,5	5,0	5,0	71,5	7,5	25,0	5,0	20,0	0,0
Oberösterreich	39,3	13,9	0,5	16,9	12,9	34,3	6,5	24,4	1,5
Salzburg	69,4	33,3	2,8	30,6	25,0	38,9	30,6	38,9	2,8
Tirol	58,1	37,1	0,0	43,6	32,3	46,8	30,7	35,5	3,2
Vorarlberg	68,2	50,0	0,0	59,1	40,9	63,6	27,3	36,4	4,6

Je Gemeindegrößenklasse

	Versorgung Pflegerbe- dürftiger	Sozialer Treffpunkt	Infrastruktur (z. B. ange- schlossener Kindergarten)	Stützpunkt für weitere Dienste	Know-How und erster Ansprech- partner In %	Kurzzeit- pflege	Hilfs- und Pflegemittel- verleih	Wichtiger Arbeitgeber	Andere
EinwohnerInnen									
0 bis 1.000	2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	2,7	2,7	0,0
1.001 bis 2.000	16,0	6,0	0,5	4,5	3,0	9,0	3,5	8,5	1,0
2.001 bis 5.000	45,9	16,9	2,2	16,5	16,0	31,6	9,1	29,4	0,4
5.001 bis 10.000	79,2	36,5	3,1	47,9	36,5	65,6	24,0	49,0	7,3
Mehr als 10.000	87,5	41,7	4,2	68,8	33,3	62,5	20,8	41,7	0,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 294.

### Übersicht A 5: Kooperationen zwischen mobilen und (teil-)stationären Pflegedienstleistern – Fragen 3 und 4

In % der Gemeinden

Je Gemeindegrößenklasse	Kooperation ist vorhanden		Kooperation sollte stärker sein	
	In %	In %	In %	In %
Niederösterreich	75,0	100,0	0,0	0,0
Burgenland	75,0	50,0	76,9	76,9
Steiermark	58,8	74,1	71,7	78,3
Kärnten	80,0	80,0	86,1	74,4
Oberösterreich	81,1	75,7	95,5	86,4
Salzburg	73,3	80,0		
Tirol	96,2	69,2		
Vorarlberg	100,0	75,0		

EinwohnerInnen	Kooperation ist vorhanden		Kooperation sollte stärker sein	
	In %	In %	In %	In %
0 bis 1.000	0,0	0,0	0,0	0,0
1.001 bis 2.000	76,9	76,9	76,9	76,9
2.001 bis 5.000	71,7	71,7	71,7	78,3
5.001 bis 10.000	86,1	86,1	86,1	74,4
Mehr als 10.000	95,5	95,5	95,5	86,4

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 124.

### Übersicht A 6: Wie bezieht die Gemeinde die Information zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen? – Frage 6

In % der Gemeinden

Je Bundesland

	Gesundheits- dienste in der Gemeinde	Bedarfs- und Entwicklungs- pläne der Länder	Information von Bundes- oder Landesseite	Information von anderen Gemeinden	Information von in Gemeinde aktiven Pflege- dienstleistern	Individuelle Nachfragen	Gar nicht	Andere
Niederösterreich	6,7	1,3	3,4	2,7	28,2	47,0	8,7	2,0
Burgenland	9,1	6,8	11,4	2,3	18,2	36,4	15,9	0,0
Steiermark	10,7	6,0	8,3	1,2	28,6	32,1	8,3	2,8
Kärnten	10,3	0,0	23,1	0,0	18,0	43,6	5,1	0,0
Oberösterreich	9,9	2,6	10,9	1,6	14,1	41,2	8,3	11,5
Salzburg	22,2	11,1	8,3	5,6	13,9	33,3	2,8	2,8
Tirol	15,3	3,4	10,2	1,7	22,0	37,3	1,7	8,5
Vorarlberg	13,6	9,1	9,1	0,0	50,0	9,1	0,0	9,1

### Je Gemeindegrößenklasse

	Gesundheits- dienste in der Gemeinde	Bedarfs- und Entwicklungs- pläne der Länder	Information von Bundes- oder Landesseite	Information von anderen Gemeinden	Information von in Gemeinde aktiven Pflege- dienstleistern	Individuelle Nachfragen	Gar nicht	Andere
EinwohnerInnen								
0 bis 1.000	8,5	4,2	12,7	1,4	14,1	43,7	9,9	5,6
1.001 bis 2.000	8,9	1,6	8,3	2,1	20,3	42,2	9,4	7,3
2.001 bis 5.000	10,7	4,4	10,2	2,7	23,1	38,2	6,7	4,0
5.001 bis 10.000	11,0	5,5	8,8	1,1	24,2	35,2	7,7	6,6
Mehr als 10.000	19,6	4,4	4,4	0,0	30,4	32,6	0,0	8,7

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 625.

**Übersicht A 7: Wie bezieht die Gemeinde die Information zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen? – Frage 8**

In % der Gemeinden

Je Bundesland

	Gesundheits- dienste in der Gemeinde	Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder	Übergeordnete Gebietskörper- schaften	Information von in Gemeinde aktiven Pflegedienstleistern In %	Individuelle Nachfragen	Gar nicht	Andere
Niederösterreich	5,5	2,8	6,2	20,7	38,6	23,5	2,8
Burgenland	9,1	9,1	18,2	11,4	36,4	13,6	2,3
Steiermark	6,2	6,2	11,1	32,1	29,6	12,4	2,5
Kärnten	2,7	0,0	18,9	10,8	37,8	29,7	0,0
Oberösterreich	8,5	6,4	19,2	9,6	31,4	20,2	4,8
Salzburg	16,1	25,8	6,5	12,9	25,8	9,7	3,2
Tirol	15,5	10,3	15,5	17,2	25,9	6,9	8,6
Vorarlberg	4,8	19,1	23,8	28,6	14,3	0,0	9,5

Je Gemeindegrößenklasse

	Gesundheits- dienste in der Gemeinde	Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder	Übergeordnete Gebietskörper- schaften	Information von in Gemeinde aktiven Pflegedienstleistern In %	Individuelle Nachfragen	Gar nicht	Andere
EinwohnerInnen							
0 bis 1.000	7,4	4,4	13,2	5,9	38,2	25,0	5,9
1.001 bis 2.000	6,4	2,7	12,8	16,0	35,8	20,9	5,4
2.001 bis 5.000	7,8	9,6	15,5	20,6	30,1	13,7	2,7
5.001 bis 10.000	9,2	6,9	16,1	19,5	31,0	17,2	0,0
Mehr als 10.000	15,9	18,2	9,1	15,9	20,5	11,4	9,1

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 605.

Übersicht A 8: **Erhebt Ihre Gemeinde systematisch Information zur künftigen Nachfrage nach Pflege?** – Frage 7

Anteil der Gemeinden, die systematisch Informationen erheben in % der Gemeinden

Je Bundesland		Je Gemeindegrößenklasse	
	In %	EinwohnerInnen	In %
Niederösterreich	9,4	0 bis 1.000	18,2
Burgenland	28,6	1.001 bis 2.000	10,9
Steiermark	19,2	2.001 bis 5.000	15,8
Kärnten	18,2	5.001 bis 10.000	14,3
Oberösterreich	11,0	Mehr als 10.000	46,2
Salzburg	21,2		
Tirol	21,8		
Vorarlberg	47,6		

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 568.

**Übersicht A 9: Wie könnte ein optimales Informationssystem ausgestaltet sein, damit Ihre Gemeinde frühzeitig Kenntnis darüber hat, wie viele GemeindebürgerInnen betreuungs- und pflegebedürftig werden könnten in den nächsten drei Jahren? – Frage 9**  
In % der Gemeinden  
Je Bundesland

	Regionale "Pflegeinformationssstelle" mit Monitoringfunktion	Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen	Etabliertes Steuerungs- bzw. Beratungsgremium mit den für die Gemeinde relevanten Pflegedienstleistern	Andere	Gar nicht
	In %				
Niederösterreich	35,0	25,7	25,0	1,4	12,9
Burgenland	35,9	25,6	20,5	2,6	15,4
Steiermark	35,4	29,1	20,3	3,8	11,4
Kärnten	47,2	25,0	11,1	2,8	13,9
Oberösterreich	43,0	24,6	20,7	3,4	8,4
Salzburg	31,4	28,6	14,3	5,7	20,0
Tirol	35,7	32,1	10,7	10,7	10,7
Vorarlberg	38,1	33,3	14,3	14,3	0,0

Je Gemeindegrößenklasse

	Regionale "Pflegeinformationssstelle" mit Monitoringfunktion	Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen	Etabliertes Steuerungs- bzw. Beratungsgremium mit den für die Gemeinde relevanten Pflegedienstleistern	Andere	Gar nicht
	In %				
0 bis 1.000	32,3	23,1	15,4	7,7	21,5
1.001 bis 2.000	38,8	20,2	21,4	5,1	14,6
2.001 bis 5.000	43,5	28,2	16,8	2,4	9,1
5.001 bis 10.000	31,1	25,6	24,4	3,3	5,6
Mehr als 10.000	34,9	34,9	20,9	4,7	4,7

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 585.

Übersicht A 10: **Wie schätzen Sie die derzeitige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde ein?** – Frage 11

In % der Gemeinden

Je Bundesland

	Je Gemeindegrößenklasse	
	Meist/eher ausreichend In %	Meist/eher nicht ausreichend In %
Niederösterreich	68,5	31,5
Burgenland	76,9	23,1
Steiermark	67,1	32,9
Kärnten	69,0	31,0
Oberösterreich	61,2	38,8
Salzburg	69,7	30,3
Tirol	70,6	29,4
Vorarlberg	90,5	9,5
Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 540.		

Übersicht A 11: **Wie schätzen Sie die künftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde ein?** – Frage 12

In % der Gemeinden

Je Bundesland

	Je Gemeindegrößenklasse	
	Meist/eher ausreichend In %	Meist/eher nicht ausreichend In %
Niederösterreich	36,2	63,8
Burgenland	38,5	61,5
Steiermark	21,4	78,6
Kärnten	34,5	65,5
Oberösterreich	27,7	72,3
Salzburg	39,4	60,6
Tirol	31,4	68,6
Vorarlberg	47,6	52,4
Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 540.		

### Übersicht A 12: **Derzeitige Leistungsfähigkeit informeller Pflege meist oder eher ausreichend**

In % der Gemeinden mit bzw. ohne stationäre Einrichtung

Je Bundesland	Stationäre Einrichtung vorhanden		Keine stationäre Einrichtung vorhanden	
	In %	In %	In %	In %
Niederösterreich	48,2	71,4	100,0	79,7
Burgenland	88,9	75,0	70,0	72,7
Steiermark	57,5	84,6	67,0	69,3
Kärnten	63,6	68,2	59,1	50,0
Oberösterreich	51,4	69,5	42,5	66,7
Salzburg	69,2	75,0		
Tirol	75,0	65,0		
Vorarlberg	86,7	85,7		

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 577.

### Übersicht A 13: **Welche Rolle spielt die 24-Stunden-Betreuung in Ihrer Gemeinde? – Frage 13**

In % der Gemeinden

Je Bundesland	Wird häufig in Anspruch genommen		Wird fallweise in Anspruch genommen		Wird kaum in Anspruch genommen	
	In %	In %	In %	In %	In %	In %
Niederösterreich	35,1	64,2	45,8	48,6	5,6	5,6
Burgenland	48,8	51,2	44,3	54,6	1,0	1,0
Steiermark	40,5	59,5	47,1	50,2	2,7	2,7
Kärnten	47,4	50,0	49,4	50,6	0,0	0,0
Oberösterreich	53,1	44,3	42,2	57,8	0,0	0,0
Salzburg	58,8	38,2				
Tirol	59,7	35,1				
Vorarlberg	18,2	77,3				

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 623.

### Übersicht A 14: Häufige Inanspruchnahme von 24-Stunden-Betreuung

In % der Gemeinden mit bzw. ohne stationäre Einrichtung

Je Bundesland	Stationäre Einrichtung vorhanden		Keine stationäre Einrichtung vorhanden	
	In %		In %	
Niederösterreich	33,3	35,5		
Burgenland	60,0	45,5		
Steiermark	40,0	41,4		
Kärnten	46,7	47,8		
Oberösterreich	54,2	52,3		
Salzburg	61,5	50,0		
Tirol	60,6	57,9		
Vorarlberg	20,0	14,3		

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 623.

Je Gemeindegrößenklasse	Stationäre Einrichtung vorhanden		Keine stationäre Einrichtung vorhanden	
	In %		In %	
0 bis 1.000	66,7	44,9		
1.001 bis 2.000	55,9	41,9		
2.001 bis 5.000	47,9	46,3		
5.001 bis 10.000	49,3	50,0		
Mehr als 10.000	42,9	33,3		

### Übersicht A 15: Gibt es in Ihrer Gemeinde Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung? – Frage 13a

In % der Gemeinden, die häufig oder fallweise 24-Stunden-Betreuung in Anspruch nehmen

Je Bundesland	"Ja" in %	
	In %	
Niederösterreich	22,4	25,0
Burgenland	24,1	25,7
Steiermark	27,3	25,4
Kärnten	23,8	26,5
Oberösterreich	30,5	26,9
Salzburg	34,8	
Tirol	22,2	
Vorarlberg	11,1	

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 362.

Je Gemeindegrößenklasse	EinwohnerInnen	
	In %	
0 bis 1.000	25,0	25,0
1.001 bis 2.000	25,7	25,7
2.001 bis 5.000	25,4	25,4
5.001 bis 10.000	26,5	26,5
Mehr als 10.000	26,9	26,9

**Übersicht A 16: Welche Strategien verfolgt Ihre Gemeinde um einen Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben angesichts der demographischen Entwicklung? – Frage 10**

Ausbau von stationären Pflegeeinrichtungen, in % der Gemeinden

Je Bundesland	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
Niederösterreich	14,5	25,0	24,2	36,3
Burgenland	16,2	27,0	27,0	29,7
Steiermark	31,4	32,9	20,0	15,7
Kärnten	17,2	37,9	20,7	24,1
Oberösterreich	20,4	31,9	22,9	24,8
Salzburg	41,2	32,4	14,7	11,8
Tirol	34,6	25,5	25,5	14,6
Vorarlberg	15,0	60,0	15,0	10,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 526.

Ausbau von teilstationären Pflegeeinrichtungen, in % der Gemeinden

Je Bundesland	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
Niederösterreich	16,1	29,8	26,6	27,4
Burgenland	16,2	27,0	29,7	27,0
Steiermark	22,0	44,1	20,6	13,2
Kärnten	16,7	43,3	26,7	13,3
Oberösterreich	18,7	41,3	20,0	20,0
Salzburg	17,9	53,6	14,3	14,3
Tirol	23,5	37,3	21,6	17,7
Vorarlberg	31,6	47,4	10,5	10,5

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 512.

**Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben angesichts der**

Je Gemeindegrößenklasse	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
0 bis 1.000	8,2	29,5	16,4	45,9
1.001 bis 2.000	17,9	29,8	22,0	30,4
2.001 bis 5.000	23,5	31,8	24,0	20,7
5.001 bis 10.000	33,8	27,3	27,3	11,7
Mehr als 10.000	39,0	39,0	17,1	14,9

Je Gemeindegrößenklasse	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
0 bis 1.000	10,5	35,1	19,3	35,1
1.001 bis 2.000	14,7	31,2	26,8	27,4
2.001 bis 5.000	19,3	44,2	21,0	15,5
5.001 bis 10.000	27,6	35,5	25,0	11,8
Mehr als 10.000	31,7	51,2	9,8	7,3

Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen, in % der Gemeinden  
Je Bundesland

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	38,7	34,3	21,2	5,8				
Burgenland	36,6	43,9	4,9	14,6				
Steiermark	39,7	39,7	12,8	7,7				
Kärnten	42,9	28,6	20,0	8,6				
Oberösterreich	28,1	42,1	19,9	9,9				
Salzburg	24,2	57,6	6,1	12,1				
Tirol	30,0	51,7	10,0	8,3				
Vorarlberg	38,1	47,6	9,5	4,8				

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 576.

Ausbau von mobilen Pflegediensten, in % der Gemeinden  
Je Bundesland

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	40,5	38,2	13,0	8,4				
Burgenland	32,5	32,5	17,5	17,5				
Steiermark	47,3	37,8	6,8	8,1				
Kärnten	38,9	47,2	11,1	2,8				
Oberösterreich	39,7	48,3	8,6	3,5				
Salzburg	24,2	54,6	12,1	9,1				
Tirol	45,8	40,7	10,2	3,4				
Vorarlberg	42,9	52,4	0,0	4,8				

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 568.

Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	19,1	38,1	20,6	22,2				
1.001 bis 2.000	33,5	39,2	17,1	10,2				
2.001 bis 5.000	34,9	41,6	18,2	5,3				
5.001 bis 10.000	39,5	40,7	12,8	7,0				
Mehr als 10.000	42,9	54,8	0,0	2,4				

Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	35,4	43,1	10,8	10,8				
1.001 bis 2.000	44,1	39,0	8,5	8,5				
2.001 bis 5.000	39,3	45,8	9,5	5,5				
5.001 bis 10.000	33,7	44,6	16,9	4,8				
Mehr als 10.000	47,6	45,2	7,1	0,0				

Ausbau von institutionalisierter Nachbarschaftshilfe (z. B. Unterstützung von Ehrenamt), in % der Gemeinden  
Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	27,1	44,2	20,9	7,8				
Burgenland	34,2	39,0	14,6	12,2				
Steiermark	22,6	47,9	19,7	9,9				
Kärnten	19,4	54,8	19,4	6,5				
Oberösterreich	25,0	48,8	18,5	7,7				
Salzburg	20,0	53,3	16,7	10,0				
Tirol	29,1	45,5	20,0	5,5				
Vorarlberg	20,0	55,0	25,0	0,0				

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 545.

Ausbau der Vernetzung der verschiedenen Dienstleister/Integrierte Versorgungsstrukturen, in % der Gemeinden  
Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	22,4	46,3	16,4	14,9				
Burgenland	18,9	48,7	16,2	16,2				
Steiermark	23,3	46,6	23,3	6,9				
Kärnten	30,0	40,0	23,3	6,7				
Oberösterreich	25,6	47,0	17,7	9,8				
Salzburg	22,6	45,2	25,8	6,5				
Tirol	28,3	45,3	18,9	7,6				
Vorarlberg	57,1	28,6	0,0	14,3				

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 543.

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	25,4	42,9	20,6	11,1				
1.001 bis 2.000	25,9	43,5	21,8	8,8				
2.001 bis 5.000	24,6	50,3	16,1	8,9				
5.001 bis 10.000	27,2	48,2	19,8	4,9				
Mehr als 10.000	25,0	55,0	20,0	0,0				

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	19,4	46,8	16,1	17,7				
1.001 bis 2.000	23,1	46,2	19,1	11,6				
2.001 bis 5.000	21,6	49,7	18,9	9,7				
5.001 bis 10.000	36,1	39,8	14,5	9,6				
Mehr als 10.000	42,5	32,5	22,5	2,5				

Übersicht A 17: **Sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung die Gemeinde vermehrt Pflegedienste...** – Frage 14

In % der Gemeinden

Je Bundesland	... selbst anbieten				... einem privaten Unternehmen übertragen				... einer NPO übertragen					
	...	selbst anbieten	...	einem privaten Unternehmen übertragen	...	einem privaten Unternehmen übertragen	...	einer NPO übertragen	...	selbst anbieten	...	einem privaten Unternehmen übertragen	...	einer NPO übertragen
Je Gemeindegrößenklasse	In %				In %				In %					
Niederösterreich	7,5	27,8	64,7		0 bis 1.000	10,8	24,6	64,6						
Burgenland	14,6	34,2	51,2		1.001 bis 2.000	10,7	28,3	31,0						
Steiermark	8,1	40,7	51,2		2.001 bis 5.000	13,2	29,6	57,3						
Kärnten	18,9	37,8	43,2		5.001 bis 10.000	24,1	24,1	51,7						
Oberösterreich	11,6	20,4	68,0		Mehr als 10.000	28,9	28,9	42,2						
Salzburg	24,2	30,3	45,5											
Tirol	43,6	21,8	34,6											
Vorarlberg	23,8	19,1	57,1											

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 587.

**Übersicht A 18: Zur zukünftigen Bedarfsdeckung soll die Gemeinde vermehrt Pflegedienste...**

In % der Gemeinden, Summe je Bundesland = 100%

Je Bundesland	... selbst anbieten		... einem privaten Unternehmen übertragen		... einer NPO übertragen	
	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden
	In %					
Niederösterreich	1,5	6,0	6,8	21,0	9,1	55,6
Burgenland	2,4	12,2	9,8	24,4	7,3	43,9
Steiermark	5,8	2,3	27,9	12,8	31,4	19,8
Kärnten	5,4	13,5	18,9	18,9	16,2	27,0
Oberösterreich	6,6	5,0	9,4	11,0	26,5	41,5
Salzburg	24,2	0,0	27,3	3,0	27,3	18,2
Tirol	30,9	12,7	12,7	9,1	21,9	12,7
Vorarlberg	19,0	4,8	19,1	0,0	33,3	23,8

Je Gemeindegrößenklasse	... selbst anbieten		... einem privaten Unternehmen übertragen		... einer NPO übertragen	
	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden	Stationäre Einrichtung vorhanden	Stationäre Einrichtung nicht vorhanden
	In %					
EinwohnerInnen						
0 bis 1.000	0,0	10,8	1,5	23,1	3,1	61,5
1.001 bis 2.000	2,2	8,5	7,9	20,4	2,9	28,1
2.001 bis 5.000	7,1	6,1	17,8	11,8	26,8	30,5
5.001 bis 10.000	22,9	1,2	18,4	5,7	42,5	9,2
Mehr als 10.000	26,7	2,2	26,7	2,2	40,0	2,2

Q: Kommunalnet-Befragungsfle Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 587.

Übersicht A 19: Was sind mittelfristig die größten Herausforderungen aus Sicht Ihrer Gemeinde im Bereich der **Pflegeversorgung?** – Frage 15

Finanzierung des Pflegesystems, in % der Gemeinden

Je Bundesland	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
Niederösterreich	61,3	31,3	2,0	5,3
Burgenland	72,7	25,0	2,3	0,0
Steiermark	83,7	15,1	0,0	1,2
Kärnten	77,5	20,0	2,5	0,0
Oberösterreich	73,6	25,4	0,5	0,5
Salzburg	73,5	23,5	2,9	0,0
Tirol	86,9	11,5	0,0	1,6
Vorarlberg	71,4	28,6	0,0	0,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 633.

Ausreichend Personal zu finden, in % der Gemeinden

Je Bundesland	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
Niederösterreich	49,3	42,0	5,3	3,3
Burgenland	52,3	43,2	4,6	0,0
Steiermark	59,3	38,4	0,0	2,3
Kärnten	67,5	27,5	5,0	0,0
Oberösterreich	75,8	23,2	1,0	0,0
Salzburg	85,7	14,3	0,0	2,3
Tirol	85,3	9,8	1,6	3,3
Vorarlberg	81,0	19,1	0,0	0,0

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 635.

Übersicht A 19: Was sind mittelfristig die größten Herausforderungen aus Sicht Ihrer Gemeinde im Bereich der **Pflegeversorgung?**

Je Gemeindegrößenklasse

Je Gemeindegrößenklasse	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
0 bis 1.000	63,9	26,4	4,2	5,6
1.001 bis 2.000	73,5	22,5	1,5	2,6
2.001 bis 5.000	75,7	23,9	0,4	0,0
5.001 bis 10.000	76,1	21,7	0,0	2,2
Mehr als 10.000	72,3	27,7	0,0	0,0

Je Gemeindegrößenklasse

Je Gemeindegrößenklasse	In %			
	Sehr wichtig	(Eher) wichtig	(Eher) unwichtig	Am wenigsten wichtig
0 bis 1.000	55,7	35,7	5,7	2,9
1.001 bis 2.000	61,4	33,4	3,6	1,5
2.001 bis 5.000	68,6	29,3	0,9	1,3
5.001 bis 10.000	73,8	22,8	2,2	1,1
Mehr als 10.000	83,0	17,0	0,0	0,0

Pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen zu können, in % der Gemeinden  
Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	42,0	47,6	9,1	1,4				
Burgenland	45,5	47,7	6,8	0,0				
Steiermark	37,4	54,2	6,0	2,4				
Kärnten	27,5	62,5	7,5	2,5				
Oberösterreich	25,6	64,6	8,7	1,0				
Salzburg	31,3	62,5	6,3	0,0				
Tirol	21,3	54,1	19,7	4,9				
Vorarlberg	42,9	38,1	19,1	0,0				

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 619.

Bessere Information zu möglichen Pflegeunterstützungsleistungen für betroffene Familien, in % der Gemeinden  
Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	30,4	54,1	12,2	3,4				
Burgenland	22,7	50,0	22,7	4,6				
Steiermark	11,9	70,2	15,5	2,4				
Kärnten	25,0	62,5	10,0	2,5				
Oberösterreich	12,8	62,6	22,6	2,1				
Salzburg	24,2	57,6	12,1	6,1				
Tirol	11,9	50,9	32,2	5,1				
Vorarlberg	5,3	73,7	15,8	5,3				

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 622.

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	41,7	51,4	5,6	1,4				
1.001 bis 2.000	31,1	59,5	8,4	1,1				
2.001 bis 5.000	33,2	57,9	7,6	1,4				
5.001 bis 10.000	30,3	43,8	21,4	4,5				
Mehr als 10.000	31,1	62,2	6,7	0,0				

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	15,7	62,9	14,3	7,1				
1.001 bis 2.000	17,2	59,9	20,3	2,6				
2.001 bis 5.000	18,3	62,1	16,5	3,1				
5.001 bis 10.000	18,6	52,8	25,3	3,3				
Mehr als 10.000	31,1	55,6	13,3	0,0				

Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen zu verbessern, in % der Gemeinden

Je Bundesland

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	20,4	57,0	16,9	5,6				
Burgenland	20,5	61,4	13,6	4,6				
Steiermark	12,2	68,3	11,0	8,5				
Kärnten	25,0	57,5	15,0	2,5				
Oberösterreich	12,0	65,5	15,7	6,8				
Salzburg	28,1	59,4	9,4	3,1				
Tirol	13,6	50,9	28,8	6,8				
Vorarlberg	5,0	75,0	10,0	10,0				

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 610.

Familiäre Unterstützung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten, in % der Gemeinden

Je Bundesland

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
Niederösterreich	31,0	51,0	13,6	1,4				
Burgenland	39,5	48,8	9,3	2,3				
Steiermark	37,4	49,4	8,4	4,8				
Kärnten	43,6	53,9	2,6	0,0				
Oberösterreich	32,5	65,6	10,3	2,6				
Salzburg	35,3	50,0	14,7	0,0				
Tirol	28,3	53,3	15,0	3,3				
Vorarlberg	28,6	61,9	9,5	0,0				

Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Anzahl der gültigen Antworten: 621.

Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	11,6	56,5	23,2	8,7				
1.001 bis 2.000	15,4	61,2	16,54	6,9				
2.001 bis 5.000	11,4	69,9	14,2	4,6				
5.001 bis 10.000	29,6	46,6	13,6	10,2				
Mehr als 10.000	23,9	60,9	15,2	0,0				

Je Gemeindegrößenklasse

	Sehr wichtig		(Eher) wichtig		(Eher) unwichtig		Am wenigsten wichtig	
	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	unwichtig	unwichtig	wichtig	wichtig
In %								
0 bis 1.000	27,6	53,6	17,4	1,5				
1.001 bis 2.000	34,5	52,6	10,3	2,6				
2.001 bis 5.000	35,9	51,6	10,3	2,2				
5.001 bis 10.000	36,0	48,3	13,5	2,3				
Mehr als 10.000	32,6	63,0	2,2	2,2				

## Anhang 2: Fragebogen für Gemeindebefragung

*(1) Welche Pflegeinfrastrukturen sind in Ihrer Gemeinde vorzufinden? Mehrfachnennungen möglich*

- Stationäre Einrichtung
- Teilstationäre Einrichtung
- Betreutes/betreubares Wohnen
- Angebot von mobilen Betreuungs- und Pflegediensten
- Nutzung von 24-Stunden-Betreuung
- Keine Pflegeinfrastruktur außer informeller Pflege und Betreuung (durch Angehörige, Nachbarn, Freunde, etc.)
- Andere: \_\_\_\_\_

Wenn angegeben "Stationäre Einrichtung" oder "Teilstationäre Einrichtung":

*(1a) Führt die Gemeinde die stationäre Einrichtung selbst?*

- Ja
- Nein

*(2) Falls in Ihrer Gemeinde (zumindest) eine (teil)stationäre Pflegeeinrichtung vorzufinden ist: Welche Funktion(en) erfüllt/erfüllen diese in Ihrer Gemeinde? Mehrfachnennungen möglich*

- Versorgung von pflegebedürftigen Menschen
- Ist ein sozialer Treffpunkt in der Gemeinde
- Zur Verfügungstellung von Infrastruktur (z.B. angeschlossener Kindergarten, Kantine, etc.)
- Stützpunkt für weitere Pflege- und Betreuungsdienste (mobile Dienste, Tagesbetreuung, etc.)
- Know How und erster Ansprechpartner in Pflegefragen
- Kurzzeitpflege (Überbrückung in Notfällen, Ermöglichung von Urlaub für Angehörige etc.)
- Hilfs- und Pflegemittelverleih
- Wichtiger Arbeitgeber
- Andere: \_\_\_\_\_

*(3) Falls in Ihrer Gemeinde (zumindest) eine (teil)stationäre Pflegeeinrichtung und mobile Dienste vorzufinden sind: Gibt es Kooperationen zwischen diesen Pflegedienstleistern?*

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

*(4) Falls in Ihrer Gemeinde (zumindest) eine (teil)stationäre Pflegeeinrichtung und mobile Dienste vorzufinden sind: Sollten diese Pflegedienstleister stärker miteinander kooperieren?*

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

*(5) Welche organisatorischen Hilfestellungen stehen Ihren pflegebedürftigen GemeindebürgerInnen bzw. deren Familien im Falle des Eintritts von Pflegebedürftigkeit zur Verfügung? Mehrfachnennungen möglich*

- Informationsveranstaltungen zu Pflege- und Gesundheitsthemen
- Beratungsleistung durch die Gemeinde
- Organisation oder Vermittlung von ehrenamtlichen (Besuchs-)Diensten
- Bereitstellung von Pflege- und Betreuungsdiensten durch die Gemeinde
- Hilfsmittelverleih
- Organisation von Pflege- und Betreuungsdiensten durch die Gemeinde
- Keine
- Andere: \_\_\_\_\_

(6) Erhebt Ihre Gemeinde systematisch Information zur künftigen Nachfrage nach Pflege

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

(7) Wie bezieht die Gemeinde die Information zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen?

- Durch Gesundheitsdienste in der Gemeinde (z. B. Ärzte, Krankenhaus)
- Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder
- Durch Information von Bundes- oder Landesseite
- Durch Information von anderen Gemeinden
- Durch Information von in der Gemeinde aktiven Pflegedienstleistern
- Aus individuellen Nachfragen
- Gar nicht
- Andere: \_\_\_\_\_

(8) Wie bezieht die Gemeinde die Information zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen?

- Durch Gesundheitsdienste in der Gemeinde (z.B. Ärzte, Krankenhaus)
- Bedarfs- und Entwicklungspläne
- Durch übergeordnete Gebietskörperschaften
- Durch Information von in der Gemeinde aktiven Pflegedienstleistern
- Aus individuellen Nachfragen
- Gar nicht
- Andere: \_\_\_\_\_

(9) Wie könnte ein optimales Informationssystem ausgestaltet sein, damit Ihre Gemeinde frühzeitig Kenntnis darüber hat, wie viele GemeindegängerInnen betreuungs- und pflegebedürftig werden könnten in den nächsten drei Jahren?

- Regionale "Pflegeinformationsstelle" mit Monitoringfunktion
- Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen
- Etabliertes Steuerungs- bzw. Beratungsgremium mit den für die Gemeinde relevanten Pflegedienstleistern
- Gar nicht
- Andere: \_\_\_\_\_

(10) Welche Strategien verfolgt Ihre Gemeinde um einen Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben angesichts der demographischen Entwicklung? Bitte reihen Sie die Antworten nach Wichtigkeit (1=wichtigste Herausforderung, etc.).

- Ausbau von stationären Pflegeeinrichtungen
- Ausbau von teilstationären Pflegeeinrichtungen
- Ausbau von betreutem/betreubarem Wohnen
- Ausbau von mobilen Pflegediensten
- Ausbau von institutionalisierter Nachbarschaftshilfe (z.B. Unterstützung von Ehrenamt)
- Ausbau der Vernetzung der verschiedenen Dienstleister / Integrierte Versorgungsstrukturen
- Andere Strategien: \_\_\_\_\_

(11) Wie schätzen Sie die derzeitige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde ein?

- Meist ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Eher ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Eher keine ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Meist keine ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Kann nicht abgeschätzt werden

*(12) Wie schätzen Sie die künftige Entwicklung die Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung innerhalb von Familien in Ihrer Gemeinde im Jahr 2030 ein?*

- Meist ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Eher ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Eher keine ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Meist keine ausreichende familiäre Unterstützung um Versorgung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten
- Kann nicht abgeschätzt werden

*(13) Welche Rolle spielt die 24-Stunden-Betreuung in Ihrer Gemeinde?*

- Wird häufig in Anspruch genommen
- Wird fallweise in Anspruch genommen
- Wird kaum in Anspruch genommen
- Weiß nicht

Wenn "Wird häufig in Anspruch genommen" oder "Wird fallweise in Anspruch genommen":

*(13a) Gibt es in Ihrer Gemeinde Probleme mit der Qualität der 24-Stunden-Betreuung?*

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

*(14) Sollte zur zukünftigen Bedarfsdeckung die Gemeinde vermehrt Pflegedienste*

- selbst anbieten
- einem privaten Unternehmen übertragen
- einer NPO-Organisation übertragen?

*(15) Was sind mittelfristig die größten Herausforderungen aus Sicht Ihrer Gemeinde im Bereich der Pflegeversorgung? Bitte reihen Sie die Antworten nach Wichtigkeit (1=wichtigste Herausforderung, etc.)*

- Finanzierung des Pflegesystems
- Ausreichend Pflegepersonal zu finden
- Pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen zu können
- Bessere Information zu möglichen Pflegeunterstützungsleistungen für betroffene Familien
- Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen zu verbessern
- Familiäre Unterstützung von Pflegebedürftigen zu gewährleisten

*Kontrollfragen*

Gemeindekennzahl: \_\_\_\_\_

Welche Funktion hat die Person, die diesen Fragebogen beantwortet hat:

- Bürgermeister/Bürgermeisterin
- Amtsleiter/Amtsleiterin
- Andere: \_\_\_\_\_